blätter des iz3w

informationszentrum dritte welt - iz3w



UNCTAD IV

Veränderungen für die Dritte Welt ?

Bericht und Analyse

Nr. 54
Juni 76

Informationszentrum Dritte Welt
78 Freiburg, Postfach 5328
Tel. 0761/74003

AUS DEM INHALT

DM 2,50

blätter des iz3w

herausgegeben vom Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328, D-7800 Freiburg i.Br., Tel. 0761/7 40 03

Zusammengestellt von: S. Bartels, R. Beckert, Y. Broyles, G. Cremer, M. Glatthaar, K. Höweling, C. Jürgenmeyer, L. Klering, S. Lindemann, H. Maur, B. Merk, H. Pöttker, P. Riedesser, J. Rösel, R. Salmela-Gohl, M. Schäfer, B. Schulze-Mittendorf, A. Sommerfeld, B. Stein, B. Thill, H. Wenzler, J. Wilhelm, W. Witzel, M. Winter.

Satz: Composer-satz-Service, Bootsweg 16, 5205 St. Augustin 1
Druck: Druckladen GmbH, Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt 90

Konten (Aktion Dritte Welt e.V.): Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 1482 39 – 755; Österreichische Postsparkasse Nr. 2377.047; Postscheckkonto Basel Nr. 40-35899

Jahresabonnement (acht Ausgaben) im In- und Ausland: DM 28,– (Für Rentner, Arbeitslose, Schüler, Studenten, Wehr- und Zivildienstleistende sowie andere einkommensschwache Gruppen nach Selbsteinschätzung: DM 20,–).
Schweiz: Fr. 28,80 bzw. 20,40
Österreich: S 200,– bzw. 140,–
Einzelpreis: DM/Fr. 2,50 / S. 17,–

Auch Manuskripte, die unverlangt an uns geschickt werden, prüfen wir sorgfältig. Wir bitten die Autoren jedoch, eine Kopie zur Sicherheit bei sich aufzubewahren.

NACHRICHTEN UND KURZBERICHTE

Lateinamerika

ARGENTINIEN

(nach Informationen argentinischer Widerstandskämpfer in Europa)

Die zwei Hauptprobleme, die die heutige Situation Argentiniens bestimmen, sind die anhaltende Wirtschaftskrise und die Repression. Obwohl das Militärregime um General Jorge Videla das Gegenteil behauptet, ist die heutige Situation eine Zuspitzung der repressiven und ausbeuterischen Politik der ehemaligen Regierung Isabel Perons.
Diese Situation ist keineswegs überraschend. Diejenigen, die Veränderungen erwartet hatten, sind enttäuscht worden. Diese Hoffnung auf Verbesserungen war nur der Ausdruck eines Wunschdenkens ohne jeglichen Bezug zur argentinischen Realität. In der Tat ist der Militärputsch und die Einsetzung Videlas nur ein neues Kapitel in der Geschichte des Vorrückens der Streitkräfte auf den Staatsapparat, um die Verteidigung der Interessen der Oligarchie und des ausländischen Kapitals zu garantieren. Das Eingreifen des Militärs am „hellichten Tag" bricht mit der unrechtmäßigen Legalität der Regierung Isabels, die überhaupt nichts mehr mit dem Programm, das 1973 von der Mehrheit des Volkes gewählt worden war, zu tun hatte.

So kann man sagen, daß der Militärputsch mehr Klarheit in dem Hauptkonflikt zwischen den Kräften des Volkes und dem Imperialismus geschaffen hat. Die Zusammensetzung und die Politik der neuen Regierung zeigen deutlich, welches die zwei grundlegenden Elemente der Kräfte sind, die dieses Regime der Abhängigkeit unterstützen:
1) die Multinationalen im Wirtschaftsministerium und
2) die Armee, die den Staatsapparat kontrolliert. Das bedeutet die Konsolidierung des Imperialismus im südlichen Teil Lateinamerikas auf Grund der Besetzung des ganzen Territoriums.
Das Hauptproblem der Militärregierung ist ihr Versagen auf den, Gebieten, die sie für die wichtigsten hält, wie aus ihrer Erklärung vom 24.3.76 zu entnehmen ist: die Wirtschaftskrise zu beheben und mit der „Subversion" aufzuräumen.
Was die Wirtschaftskrise betrifft, ist nur eines zu sagen: sie geht weiter. Dies konnte auch gar nicht anders sein, da die Krise nicht eine Folge der Unfähigkeit der Regierungsmannschaft Isabels war, sondern durch die Strukturprobleme des abhängigen Kapitalismus bedingt ist.
Die „Strangulierung" des externen Sektors, die sich in der negativen Zahlungsbilanz der abhängigen Länder wiederspiegelt, ist das Resultat der internationalen strukturellen Krise des Kapitalismus. Die argentinischen Exporte steigerten ihr Volumen um 26 % im ersten Trimester 1976 im Vergleich zum ersten Trimester 1975. Gleichzeitig aber erlitten sie eine Abnahme der Deviseneinfuhr um 5 %. Dies bedeutet, daß die Exporte eine reelle Abwertung von 31 % erfahren haben. Im gleichen Zeitabschnitt sind die Preise der importierten Produkte um 86,5 % gestiegen.

Wenn der heutige Wirtschaftsminister Martinez de Hoz erklärt: „Wir bemühen uns, die Industrie auf den externen Markt hin zu orientieren, um die Verluste, die wir auf dem Binnenmarkt haben, aufzufangen", so scheint dies schwer verwirklichbar zu sein. Dies ist aber der einzige Ausweg, der ihm bleibt, da er ein Vertreter der ausländischen Interessen ist. Der Reallohn sank im ersten Trimester 1976 um 42 %. Zur gleichen Zeit betrug das Sinken der Verkaufsziffern in der Automobilindustrie 26 %. Die Inflation betrug im April 1976 38 %, was sie seit Anfang des Jahres auf 120 % steigen läßt. („La Nacion").

Diese Politik des „Hungers" hat ihre Kehrseite. In der Automobilfabrik IKA-Renault in Cordoba (an der di e Regie Renault mit 38 % der Aktien beteiligt ist), wurden 1060 Arbeiter, die für eine Lohnerhöhung kämpften, entlassen. Der Streik weitete sich trotz der Drohungen der Regierung auf alle 4.000 Arbeiter des Unternehmens aus. In der Flaschenfabrik SCHOLNIK streiken 1.200 Arbeiter des Unternehmens seit April. Nachdem die Regierung die Fabriken durch Militär hatte besetzen lassen und jegliche gewerkschaftliche Aktivität verboten hatte, erwartete sie keine Ausweitung der Arbeiterkonflikte. Trotzdem vergrößert sich der Widerstand der Arbeiter gegen die Politik des Militärs. So kam es während der letzten zwei Monate zu Streiks bei General Motors, Ford, Fiat und anderen Firmen.
General Liendo, ein Sprecher des Militärs, forderte die Arbeiter auf, „sich nicht für subversive Zwecke herzugeben und sich nicht zum Kampf um falsche Forderungen verleiten zu lassen, keine künstlichen Konflikte hervorzurufen, keine Sabotageakte zu begehen ..."



Einschneidende Veränderungen in Argentinien

Das große Problem, das sich der Regierung stellt, ist, daß diese „industrielle Guerrilla", die angeblich „die Schuld aller Konflikte trägt," nichts anderes als die Masse der Arbeiter selbst ist, die den Wirtschaftsplan der Regierung ablehnt. Ein Plan, der auf Grund seiner ausbeuterischen Absichten eine Aufforderung zu Konflikten darstellt.

Was die repressive Politik der Militärs betrifft, so war diese zunächst selektiv, jetzt aber nimmt sie mehr und mehr Massencharakter an. So erklärte Videla schon vor seiner Machtübernahme auf einer Konferenz der Interamerikanischen Streitkräfte im Oktober 1975 in Montevideo: „morian todos los que sean necesarios" . . . (es werden so viele sterben wie notwendig ist).

Über die öffentliche Veranstaltung, die das Sozialistische Zentrum München im Rahmen der SB-Portugalkampagne am 23.11.75 in München durchgeführt hat, gibts jetzt:

- eine Dokumentation, die neben dem Übersichtsreferat alle wesentlichen Teile der Podiumsdiskussion mit den portugiesischen Genossen Matos Gomes (Hauptmann der port. Armee), Adelino Gomes (Journalist bei Radio Clube Portugues), Artur Cardoso (Setzer und Mitglied der Arbeiterkommission bei „Republica") und Jorge Rato (Bewohnerkommission von Cova da Piedade) enthält;
- eine 90-min. Cassette, die aus Aufnahmen von dieser Veranstaltung zusammengestellt wurde und die neben der Diskussion mit den portugiesischen Genossen fünf Lieder von Francisco Fanhais – neben Jose Afonso einer der bekanntesten linken Sänger Portugals – enthält;

Für die Dokumentation bitte 3,– DM und für die Cassette 10,– DM in Briefmarken oder als Geldschein der Bestellung beilegen. Alles, was unsere Selbstkosten übersteigt, werden wir der portugiesischen Basisbewegung zur Verfügung stellen. Bestellungen sind zu richten an: Sozialistisches Zentrum München, 8 München 2, Lindwurmstr. 101 Rgb.

BASA BOCHUMER AKTIONSKREIS SÜDLICHES AFRIKA
POSTFACH 520 229, 4630 BOCHUM (BRD)

EINHEIT UND KAMPF

KAPVERDISCHE INSELN UND GUINEA-BISSAU
SOMMER 1975

EINDRÜCKE VON EINER REISE

Farbfilm, 30 Minuten, Super 8, Magnetton
Kurze Inhaltsangabe:
Kurzinformation über die Geographie von Guinea-Bissau und den Kapverdischen Inseln.
Zur Geschichte des Befreiungskampfes.
Aufbau nach Erlangen der Unabhängigkeit in drei Abschnitten:
Wirtschaft
Erziehung
Gesundheitswesen
Der Film bringt keine Analyse, sondern will anhand einiger Beispiele (Schwerpunkt: Kapverdische Inseln) zeigen, daß der Kampf mit dem Erreichen der formalen Unabhängigkeit nicht beendet ist.
Die Hinterlassenschaft des Kolonialismus erfordert weitere große Anstrengungen des Volkes.
In der Kommentierung des Films werden keine Kenntnisse über Guinea-Bissau und die Kapverdischen Inseln vorausgesetzt. Wir haben daran gedacht, daß die Vorführung auch z.B. in Schulen möglich sein müßte.
Leihgebühr für eine Vorführung: 40,– DM, bei mehreren Vorführungen nach Vereinbarung.
Überweisung auf Postscheckkonto Dortmund Nr. 78058-462 (Birgit Haase)

So nimmt die Anzahl der massiven Hinrichtungen täglich zu. Die Rechtfertigungen der Militärs, die immer wieder angeben, daß es sich um politische Gefangene „auf der Flucht" oder um „verdächtige Elemente, die das Feuer zuerst eröffnen" handelt, ist keineswegs überzeugend, wenn man bedenkt, daß die Anzahl der Ermordeten seit März 1976 über 200 beträgt. (Journal do Brasil).
Hinzu muß man die Morde der parapolizeilichen und paramilitärischen Organisationen von der Art der AAA (Argentinische Antikommunistische Allianz) rechnen, die noch intensiver als vor dem Putsch arbeiten.
Die repressive Politik richtet sich nicht nur gegen sogenannte „subversive Elemente", sondern gegen jegliche Opposition und auch gegen Unbeteiligte. Amnesty International hat erklärt, daß der auf Arbeitsrecht spezialisierte Rechtsanwalt HECTOR NATALIO SOBEL am 20. April von mehreren bewaffneten Männern entführt wurde.
Am 19. April drang eine Gruppe bewaffneter Männer in die Praxis des Psychoanalytikers HUGO FRANCISCO BELLAGAMBA ein und entführten ihn vor den Augen seiner Patienten.
Der 24-jährige Student an der TH München, KLAUS ZIESCHANK, Sohn einer in Argentinien lebenden deutschen Familie, wurde bereits am 26. März beim Verlassen einer Autofabrik, in der er praktizierte, verhaftet. Militärangehörige brachten ihn nach Hause, nahmen eine Haussuchung vor und beschlagnahmten einige Gegenstände. Sie verweigerten der Mutter ZIESCHANKs jede Erklärung für die Verhaftung des Sohnes. Inzwischen ist bekannt, daß er vom Kommando 128 des argentinischen Geheimdienstes zu einem geheimen Gefängnis gebracht und dort gefoltert wurde.

Die Zusammenarbeit der repressiven Kräfte im südlichen Teil Lateinamerikas ist inzwischen erwiesen. Es gibt z.B. den Fall von vier Leichen, die kürzlich in Buenos Aires aufgefunden und als die uruguayischen Bürger ZELMAR MICHELINI (ehemaliger konservativer Parlamentarier seines Landes), HECTOR GUTIERREZ RUIZ (ehemaliger Präsident der Abgeordneten Kammer Uruguays), der ehemalige Studentenführer WHITELAW und seine Frau ROSARIO BARREDO identifiziert wurden.
Auch am Beispiel EDGARDO ENRIQUEZ (Bruder des ehemaligen Führers der chilenischen MIR), der vor kurzem in Argentinien festgenommen und nach Chile deportiert wurde, wo auf ihn die Todesstrafe wartet, zeigt sich die enge Kooperation der Repressionskräfte beider Länder.
Nach Angaben von AI übersteigt die Zahl der politischen Gefangenen in Argentinien bereits 20.000; andere, nicht bestätigte Quellen sprechen von über 100.000 Gefangenen.

Demgegenüber verstärken die Arbeiterbewegungen und die Guerrilla in verschiedenen Teilen des Landes ihre Aktivitäten gegen das Regime der Militärs. So überfiel ein Kommando der linksperonistischen Organisation „Montoneros" mehrere Polizeistationen, in deren Innern politische Gefangene systematisch gefoltert wurden. Die ERP (Revolutionäre Volksarmee) hat sich für die Entführung eines Offiziers der Luftwaffe, der von der Regierung zur Kontrolle der Technischen Universität von Buenos Aires eingesetzt wurde, verantwortlich erklärt.

CHILE

Bisher wurde das faschistische Chile vom kapitalistischen Ausland finanziell durch Umschuldungsverhandlungen und Kredite unterstützt. Seit kurzem nehmen nun auch Länder des sozialistischen Lagers Handelsbeziehungen zur Junta auf und leisten damit massive Unterstützung für das chilenische Terrorregime.
Wie aus einer Meldung in „Blick durch die Wirtschaft" vom 14.12.1975 hervorgeht, gewährte die VR China Chile einen Warenkredit von über 50 Mio US-Dollar. Es handelt sich dabei um einen gebundenen zinslosen Kredit, wie ihn die VR China auch an

andere Entwicklungsländer vergibt. Der Kredit dient zum Erwerb von Kapitalgütern und kompletten landwirtschaftlichen Produktionseinrichtungen in Chile. Darüber hinaus plant das staatliche chilenische Chemie- und Bergbauunternehmen Handelsabkommen über den Export von ca. 550 000 t Salpeterdünger nach Europa, Japan, den USA, der VR China und Lateinamerika. (NfA 17.4.76)

Finanzielle Unterstützung für das chilenische Regime leistet auch die DDR durch ein Kupferabkommen. Das dokumentierte der „Arbeiterkampf" vom 12.4.76, indem er Lieferscheine aus dem Abkommen abdruckte. Nach seinem Bericht sollen im Jahr 1975 ca. 2 600 t Kupfer aus Chile über den Hamburger Hafen in die DDR gelangt sein.
Daß Länder, die sich als sozialistisch verstehen, Handelsbeziehungen mit Chile aufnehmen, spricht gegen die Prinzipien der Chile-Solidarität: Keine finanzielle Unterstützung der chilenischen Junta!
Gerade die DDR versucht sich mit verbalen Solidaritätsbekundungen gern an die Spitze der Chile-Solidarität zu stellen; sie sollte sich zumindest an die von ihr selbst gestellten Parolen und Forderungen halten: „Wir rufen ... alle demokratischen Kräfte unseres Landes auf, jetzt mit aller Kraft dazu beizutragen, einen wirksamen internationalen Boykott der Junta auf allen Ebenen durchzusetzen, um den Sturz des faschistischen Regimes zu beschleunigen." (Antiimperialistisches Informationsbulletin vom März 1976; beim AIB handelt es sich um ein Blatt der DKP).

KOLUMBIEN

(NZZ 16.5.76 / Le Monde 7.4.76)

Die Regierung des liberalen Ministerpräsidenten M. Lopez Michelsen, die vor zwei Jahren mit Reformversprechungen in den Wahlkampf getreten war und ihn mit deutlicher Mehrheit gewonnen hatte, leidet an zunehmendem Popularitätsschwund. Das zeigte vor allem die geringe Zahl von Einschreibungen in die Wählerlisten der bevorstehenden Kommunal- und Distriktswahlen. Während 1974 von 4 Mill. Wählern ganze 3 Mill. für das Reformprogramm Michelsens stimmten, haben sich bisher – bei bereits geschlossenen Wählerlisten – nur knappe 330 000 Wähler (!) eingeschrieben. Damit fällt Kolumbien in die chronische Wahlenthaltsamkeit zurück, wie sie seit dem Übereinkommen der Liberalen und Konservativen, sich die Macht ungeachtet etwaiger Wahlentscheidungen zu teilen, üblich war. Nicht zuletzt drückt sich darin die Unzufriedenheit und Enttäuschung der Bevölkerung gegenüber der Regierung Michelsen aus, die mit Enthusiasmus und vielseitigen Versprechungen angetreten war.

Da die Vorbereitungen zu den Kommunalwahlen von Streiks, die z.B. in der Zuckerindustrie um Riopaila bereits mehr als drei Monate andauern, sowie von Unruhen an den Universitäten und zunehmenden Guerillaaktionen begleitet sind, hat die Regierung den Ausnahmezustand verhängt, um „den freien Ablauf der Wahlen zu garantieren". Armee-Einheiten haben schrittweise alle Universitäten des Landes besetzt, wobei in Medellin, Monteria und Bogota Studenten tödlich verletzt wurden. Welche Kehrtwendung die zunächst liberale Regierung in diesem Punkt gemacht hat, zeigt die Absetzung des oberkommandierenden Generals Valencia Tovar im vergangenen Jahr, als er sich weigerte, eine von Studenten besetzte Universität räumen zu lassen.
Ein weiteres Zeichen für den Popularitätsschwund der Regierung ist die Uneinigkeit der eigenen Liberalen Partei. Sie stellt sich mit mehreren Listen zur Wahl. Wie die Liberalen, so sind auch die Konservativen und die Peronisten heillos zersplittert. Die Linke kandidiert nur zum Teil. Die Guerillaorganisationen E.P.L. und E.L.N. haben zum Wahlboykott aufgerufen. Letzterer gelang es, anläßlich des 9. Todestages von Camilo Torres einige Stunden lang die Stadt Morales zu besetzen. In dieser Situation greift die Regierung immer mehr auf die Hilfe der Militärs zurück und gesteht damit ihre politische Ohnmacht ein.

MEXIKO

USA wollen Beitritt zur OPEC verhindern

(Le Monde, 21.5.76)
Die USA wollen „geeignete handelspolitische Maßnahmen" gegen Mexiko ergreifen, falls das Land Mitglied der OPEC wird.
Dies erklärte der Unterstaatssekretär des US-Schatzministeriums, Gerald Parsky, am 19.5.1976 auf der 17. BID-Konferenz in Cancun, Mexiko. Die Mexikaner kämen dann nicht mehr in den Genuß der Meistbegünstigungsklausel für ihre Ausfuhren in die USA, die etwa 70 % der mexikanischen Exporte ausmachen. Die USA haben bereits früher eine Reihe von handelspolitischen Begünstigungen für OPEC-Länder gestrichen; keines dieser Länder ist jedoch vom Export in die USA so abhängig wie Mexiko. Parky fügte hinzu, die USA wollten die OPEC zwar nicht bekämpfen, sich aber bis 1985 ausländische Erdölressourcen sichern, die von der OPEC unabhängig sind.
Mexiko hatte seit etwa 2 Jahren alle Aufforderungen, der OPEC beizutreten, abgelehnt. In Anbetracht zunehmender Funde und Exporte von Erdöl hatte der mexikanische Minister für Bodenschätze vor einem Monat die Möglichkeit eines OPEC-Beitritts angedeutet. Nun bangen die USA um ihre große Kolonie im Süden.

PERU

Notstandsgesetz soll Streiks im Bergbau verhindern

(10.5. 76, BFA/NfA)
Nach den jüngsten Repressionsmaßnahmen gegen linke Zeitschriftenredakteure und Rechtsanwälte (siehe Chronik in Nr. 53) erließ die Militärregierung am 6.4. ein Notstandsgesetz für den Bergbausektor. Damit wird das bisherige Arbeitsgesetz, das Entlassungen nur in wenigen Ausnahmefällen zuläßt, für diesen Bereich außer Kraft gesetzt: Das Notstandsgesetz gibt allen Bergbauunternehmen die Möglichkeit, Arbeitnehmer zu entlassen, die sich an Streiks und Arbeitsniederlegungen beteiligen, die von den Ministerien für Arbeit sowie für Energie und Bergbau für illegal erklärt wurden.

Ziel der Regierung ist es, auf diese Weise die in den letzten Jahren in zunehmendem Umfang auftretenden Streiks einzudämmen und so den Erzexport und damit die Deviseneinkünfte Perus zu sichern.
Die in Ansätzen fortschrittliche Gesetzgebung zur Beteiligung der Arbeiter an den Industrieunternehmen (comunidades industriales) wird durch diese neue Maßnahme der Regierung wiederum ein Stück zurückgenommen. In ähnlicher Weise ist die Äußerung von Präsident Bermudez (Ende 1975) zu interpretieren, nach der die Rechte der comunidades industriales auf reine Gewinnbeteiligung beschränkt werden sollen.

Tropisches Afrika

ÄTHIOPIEN

USA liefern Kampfbomber

Rüstungsgüter für 184 Millionen Dollar lieferten die USA in letzterer Zeit an die äthiopische Regierung. Darunter befanden sich auch acht Kampfbomber des Typs F-5e, die nach Angaben der eritreischen Befreiungsfront ELF zu einer Großoffensive in dem Vernichtungskrieg gegen die eritreische Zivilbevölkerung verwendet werden sollen.
Der Mord am eritreischen Volk wird vor allem durch massiven Einsatz der Luftwaffe verübt (vgl. Heft Nr. 52).

TANSANSIA

Neue Maßnahmen zur Stärkung der Landbevölkerung

(Mai 1976, africa)
Bei Massenentlassungen im Öffentlichen Dienst verlieren derzeit 20 % der Beschäftigten, etwa 28 000 Menschen, ihre Stellung. Sie werden aufgefordert, sich eine Beschäftigung auf dem Land zu suchen. Gleichzeitig finden umfangreiche Kampagnen statt, die die Bewohner städtischer Elendsviertel, die keinen zureichenden Grund für ihren Aufenthalt in der Stadt nennen können, zwingen sollen, aufs Land zurückzukehren.
Parlamentsmitglieder, die gleichzeitig im Öffentlichen Dienst beschäftigt sind, wurden angewiesen, sich eine Beschäftigung in ihrem Wahlkreis zu suchen.
Mit diesen Maßnahmen soll dem Ziel des tansanischen Entwicklungsmodells, das Zentrum des wirtschaftlichen und politischen Lebens von der Stadt auf das Land zu verlegen, näher gekommen werden.
Sie stehen im Zusammenhang mit schweren wirtschaftlichen Mißerfolgen im Jahr 1975 und dem steigenden Handelsbilanzdefizit.
Angesichts der schlechten Wirtschaftslage wurde es für Tansania zunehmend untragbar, auf Kosten der Bauern, einen aufgeblähten und unproduktiven Verwal-

tungsapparat zu unterhalten, anstatt alle verfügbaren Kräfte in die landwirtschaftliche Produktion zu schicken. (vgl. Themenblock Heft Nr. 49).



Smith.: Wir werden die schwarzen Massen zügeln

Südliches Afrika

ZIMBABWE / MOZAMBIQUE

Nachdem am 23./24. 2. 76 rhodesische Truppen an der Südostgrenze des Landes nach Mozambique in das Gebiet der Ortschaft Paturi eingedrungen waren, schloß Mozambique am 3. 3. 76 die Grenzen zu Rhodesien. Mozambiques Präsident Samora Machel bezeichnete die rhodesischen Artillerie- und Bombenangriff als Kriegsakt, bei dem »Frauen, Kinder und Männer ermordet und verstümmelt« wurden. (Financial Times 4. 3. 76) Die rhodesische Regierung hatte die Tötung von 24 »Guerillas« bekanntgegeben. Durch die Grenzschließung ist Mozambique einer der wenigen Staaten, die von der UNO 1965 verhängten Sanktionen gegenüber dem Rassistenregime in Rhodesien einhalten. Außer der rhodesischen Wirtschaft dürfte aber auch die von Mozambique schwer getroffen sein. Die Gesamtverluste Mozambiques werden auf knapp 200 Millionen DM geschätzt. (Financial Times 5. 3. 76) Dies würde sich in etwa mit der von Samora Machel erbetenen Summe von 57 Millionen Dollar decken, die vom Generalsekretär des 'Commonwealth-Sanktions-Komitees' Shridath Ramphal aus Guyana als »nur geringe Anfangssumme« bezeichnet wurde. (International Herald Tribune 1. 4. 76) Allein der Verlust aus entgangenen Transporteinnahmen beträgt etwa 90 Millionen DM. Bislang gingen 40% des gesamten rhodesischen Exports (Financial Times 4. 3. 76) und 60% des rhodesischen Außenhandels (Africa, April 76) über die beiden mozambiquanischen Eisenbahnlinien nach Beira und die Hauptstadt Maputo, ehemals Lourenco Marques. Aber auch die Einnahmen aus Zaire, Malawi und Botswana sind betroffen. Zaire schickte bisher 18.000 t Kupfer in der Woche auf dem Schienenweg über Sambia und Rhodesien nach Mozambique. Malawi erhielt mit der Eisenbahn südafrikanische Waren, die von Südafrika über Rhodesien und Mozambique gingen. Zudem wurden rhodesische Waren per LKW von Rhodesien über Mozambique nach Malawi gebracht. Die bislang wichtigsten Deviseneinnahmen Mozambiques werden künftig wegfallen. Der Zeitpunkt für die Grenzschließung dürfte nicht nur mit dem stärker werdenden bewaffneten Kampf in Zimbabwe zusammenhängen. Auch innenpolitische Überlegungen dürften eine Rolle gespielt haben.

Innenpolitische Maßnahmen in Mozambique

In Mozambique wird nach der politischen Unabhängigkeit der Befreiungsprozeß auf der wirtschaftlichen Ebene vorangetrieben. Die bisherigen politischen und sozialen Verhältnisse werden grundlegend umgestaltet. So kündigte Samora Machel an, daß künftig die Volksversammlungen auf den verschiedenen Ebenen – z. B. die Dorfräte – die mozambiquanischen Staatsorgane sind. Diesen Volksversammlungen, die »die Militanten, die Kämpfer und die arbeitenden Massen repräsentieren«, untersteht die Exekutive. (Marchés tropicaux 26. 3. 76) Laut Machel muß der Staat, der bisher den Interessen von kolonialistischer und kapitalistischer Bourgeoisie gedient hat, nun den am meisten unterpriviligierten Klassen dienen. Er warnte gleichzeitig vor der Kleinbourgoisie und der Mittelschicht, die »Vorteile aus dem Sieg des Volkes ziehen und den Platz der kolonialen Bourgoisie einnehmen wollen«. (Jornal de Angola 27. 3. 76). Der Staat hat deshalb alle Häuser vergesellschaftet und Mieten im ganzen Land festgesetzt. Die Mindestmiete beträgt bei einem Monatsverdienst unter 6000 Escudos 680 Es. Die Höchstmiete ist 6000 Es bei einem Monatseinkommen von mehr als 20.000 Escudos (Diario de Noticias 31. 3. 76) Entschädigungssummen für die enteigneten Häuser wurden bisher nicht festgesetzt. Zudem wurden alle kirchlichen Institutionen wie Schulen und Krankenhäuser verstaatlicht. Der Generalsekretär der presbytianischen Kirche begrüßte diese Maßnahme, »weil wir wissen, daß in der Vergangenheit Schulen und Hospitäler – auch die der Kirche – sehr teuer waren und kein Afrikaner sie besuchen oder benutzen konnte«. (IDOC Bulletin März/April 76) Die Allafrikanische Kirchenkonferenz (AACC) wertete die vorangegangenen Gespräche zwischen Machel und einer Delegation der katholischen und evangelischen Kirche von Mozambique sowie dem 'Christlichen Rat von Mozambique' als Aussöhnung zwischen der Kirche und Mozambique. (Africa 5. 3. 76)
Der Staat hat zudem Maßnahmen ergriffen, damit der Geldtransfer von Privatpersonen ins Ausland unterbunden wird. (Diario de Noticias 15. 4. 76) Dieser Aspekt der Grenzschließung dürfte für die Regierung von Mozambique ebenfalls eine bedeutende Rolle spielen.
Außenminister Chissano: »Was wir taten, war keine vorübergehende Maßnahme; es ist notwendig, die gesamte wirtschaftliche Struktur Mozambiques zu verändern. Wir erbten ein koloniales Wirtschaftssystem, das vollkommen von Ländern wie Südafrika und Rhodesien abhängig war. In diesem System dienten unsere Häfen, Straßen und Eisenbahnen den Interessen Südafrikas und Rhodesiens . . . Unsere Landwirtschaft wurde zum Gebrauch und zur Ausbeutung durch Länder mit weißen Minderheitsregimes entwickelt. Wir wurden ein 'natürlicher Markt' für ihre Produkte. Unsere Arbeitskraft wurde zu erniedrigenden Bedingungen in ihre Minen und Farmen exportiert. Dies muß alles geändert werden.« (Star Weekly 27. 3. 76)

Internationale Unterstützung für Mozambique

Mozambique erhielt nach seiner Unabhängigkeit im September 1974 160.000.000 Dollar bis zum März 76. Diese Summe setzt sich zusammen aus (jeweils Dollar): 56 Millionen, die China vor einem Jahr als Kredit mit niedrigsten Zinsen gab. Die USA gaben 25 Tausend in Form von Nahrungsmitteln. Soweit bekannt ist, gab die UdSSR bislang keine direkte finanzielle Unterstützung. (Africa 9. 3. 76) Sie unterzeichnete allerdings im Februar 76 ein Abkommen über umfassende technische Hilfe. Portugal half mit 20 Millionen, Holland mit nahezu 10 Millionen, Schweden mit 20 Millionen, Norwegen 4,5 Millionen, Dänemark über

10 Millionen, Finnland mit 85.000, Sambia 4,5 Millionen, Nigeria 5 Millionen, Ghana 40.000, Ecuador 11.500, die Arabische Liga 1 Million, die OAU 2 Millionen, die UN durch verschiedene Fonds insgesamt etwa 20 Millionen. Weitere 2 Millionen kamen aus europäischen – nicht näher aufgeschlüsselten – Quellen. (Africa 9. 3. 76)
Außenminister Chissano schätzt, daß sein Land zukünftig jährlich 49 Millionen Dollar Unterstützung braucht, (International Herald Tribune 19. 3. 76) Im UN-Sicherheitsrat wurde einstimmig eine Resolution verabschiedet, in der erhöhte wirtschaftliche Hilfe nach der Grenzschließung zu Rhodesien gefordert wird. Die Resolution verurteilte »alle provokatorischen und aggressiven Aktionen, einschließlich der militärischen Übergriffe« durch Rhodesien gegen Mozambique.
Daraufhin schickte die UN am 27. 3. 76 eine Delegation nach Maputo, um die konkreten Maßnahmen mit der Regierung zu erörtern. Aufgabe ist, ein finanzielles und technisches Programm zu entwerfen, das Mozambique die Fortsetzung seiner Entwicklung ermöglicht und zudem die Sanktionsausübung voll garantiert. (Africa 26. 3. 76) Der OAU-Befreiungsrat begrüßte den Schritt Mozambiques und kündigte umfangreiche Unterstützung an. Der algerische Präsident Boumedienne rief alle blockfreien Staatschefs und die internationale Gemeinschaft zur Unterstützung auf, um die traditionelle Solidarität der Blockfreien« bei ihrem obersten Ziel – Auslöschung von Kolonialismus und Rassismus – zu demonstrieren. (Africa 26. 3. 76)
Tansania, Nigeria und Sambia sagten Hilfe zu. Zambia und Mozambique gründeten gemeinsame Komitees auf Regierungsebene, die eine zukünftige Zusammenarbeit im Bereich Handel, Verkehr, Finanzen und Kommunikationsmittel vorbereiten sollen. Prinzipiell wurde dem Bau einer Eisenbahnlinie zwischen beiden Staaten zugestimmt.
In der 'Vereinbarung von Maputo' heißt es: »Beide Parteien (UNIP und FRELIMO) werden immer zusammenarbeiten, weil beide Länder und Völker eines sind.« (Zambia Daily Mail 26. 4. 76)
Zwischen Tansania und Mozambique ist eine erste Brücke über den gemeinsamen Grenzfluß 'Ruvuma River' geplant. Die bestehenden See- und Luftverbindungen sollen ausgebaut werden. Im Telex- und Telefonverkehr sind direkte Leitungen geplant bzw. in der Vorbereitung. Bislang geht ein Anruf von Dar es Salaam nach Maputo über London bzw. Lissabon. (Guardian 5. 4. 76)
Die afro-arabische Ministerkonferenz in Dakar bewilligte einen 6 Millionen-Dollar-Sofortkredit, der in 25 Jahren zurückbezahlt sein muß. Erst nach 10 Jahren muß die Rückzahlung bei einem Zinssatz von 1% beginnen. Weitere Unterstützungsmöglichkeiten von dieser Seite an Mozambique werden erörtert. (Daily News-Tansania 24. 4. 76)
Der Irak hat Öl im Werte von 1 Million Dollar als Hilfe versprochen. (O Tempo 4. 4. 76) Norwegen stellte 22.165.000 norw. Kronen (etwa 10.196.000 DM) zur Verfügung. Schweden zahlt 1975–76 54,6 Millionen schwedischer Kronen (etwa 31,4 Mill. DM), 1976–77 sind es 70 Millionen Kronen (etwa 40 Mill. DM) und 1977–78 werden es ebenfalls 70 Millionen Kronen sein (Marches tropicaux 26. 3. 76). Großbritannien will 15 Millionen Pfund (etwa 68 Millionen DM) langfristig zur Verfügung stellen. Ein Team aus England reiste nach Maputo, um Details über die »friedliche Verwendung« zu klären (The Times 1. 4. 76). Inzwischen hat die mozambiquanische Regierung versichert, daß jegliche Hilfe von England nicht für die Bewaffnung der Guerillas aus Zimbabwe verwendet wird. (Africa 2. 4. 76) Nach dieser Erklärung ist England bereit, »sofort« 5 Millionen Pfund nach Mozambique weiterzuleiten.
Auch das 'Commonwealth-Sanktions-Komitee', dem 35 Länder angehören, will über die UN Hilfe leisten. Dies könnte z. B. dem von den Regierungen in Tansania und Mozambique sowie dem UN-Hochkommissar für Flüchtlinge ausgehandelten Plan zugute kommen, der die Rückkehr von allen mozambiquanischen Flüchtlingen ermöglichen soll, die während der Kolonialzeit das Land verlassen haben. 22.000 Mozambiquaner können sofort aus Tansania in ihre Heimat zurückkehren; weiteren 30.000 wird es in der nächsten Trockenperiode möglich (noch gibt es keine Brücke über den Grenzfluß 'Ruvuma River').
Hilfe wurde auch den 3.000 Flüchtlingen in Sambia und den 40.000 in Malawi angeboten. Ebenfalls jenen 10.000, die nach dem Putsch in Portugal am 25. 4. 74 nach Rhodesien gingen. Das ganze Flüchtlingsprojekt kostet 7 Millionen Dollar. (Marches tropicaux 26. 3. 76)
Auch die USA sollen bereit sein, Mozambique 12,5 Millionen Dollar an Hilfe gewähren. (FR 23. 4. 76)
Die 46 Unterzeichnerstaaten des Abkommens von Lomé begrüßten die Grenzschließung durch Mozambique und sprachen sich für seine und Angolas Aufnahme in das Abkommen aus. (O Século 29. 3. 76) Auch im Land selbst gab es Solidaritätsdemonstrationen des Volkes, das die Regierungsentscheidung unterstützt. (Financial Times 4. 3. 76)
Dagegen bezeichnete der rhodesische Kriegsminister van der Byl die Grenzschliessung als »Teil einer teuflischen psychologischen Kriegsführung«. Der rhodesische Industrieverband (ARNI) meinte, die Grenzschließung sei eine »ärgerliche und unnötig kostspielige Schwierigkeit, von der wir wußten, daß wir uns früher oder später damit auseinanderzusetzen haben.« Das Rassistenregime ist nun beim Transport seines Außenhandels weitgehend auf Südafrika angewiesen. Dorthin besteht augenblicklich die einzige Eisenbahnverbindung. Vorster sah »die Situation« im südlichen Afrika verschlechtert. Daß auch die imperialistischen Mächte weiterhin ihren wirtschaftlichen und militärischen Einfluß halten oder wieder ausbauen wollen, zeigt die Tatsache, daß Frankreich 5 kleinere Militärbasen geheim in der 'Straße von Mozambique' (zwischen Mozambique und Madagaskar) baut.
Laut 'Express' sind die Basen mit Landungsstreifen und Radioposten ausgerüstet, die derzeit schon den Funkverkehr von Schiffen im Indischen Ozean abhören. Die Gründe für die Militärbasen auf den Inseln Bassa da India, Bassa da Europe, Juan-de Nova, Tromelin und Les Glorieuses sieht der 'Express' im Schutz der Handelsroute ums Kap der Guten Hoffnung und der verstärkten Präsens in diesem Teil des Indischen Ozeans. Die Zeitung bestätigt, daß alle diese Basen mit Raketenabschußanlagen ausgerüstet werden. (Africa 9. 3. 76)

Zimbabwes Befreiungskämpfer werden von Mozambique unterstützt

Durch die Grenzschließung wird der Kampf des Volkes von Zimbabwe durch Mozambique indirekt unterstützt. Zudem werden in Lagern, die auf dem Staatsgebiet von Mozambique liegen, tausende von Befreiungskämpfern aus Zimbabwe ausgebildet. In der Provinz Niassa wurden 2 Farmen von der Bevölkerung aufgebaut, die zur Unterstützung der Kämpfer gegen das Smith-Regime dienen. Eine wird von der mozambiquanischen Frauenorganisation OMM betrieben. (Radio Mozambique 20. 3. 76) In seiner ersten englischsprachigen Sendung rief Radio Mozambique, das in ganz Rhodesien zu hören ist, das Volk zum bewaffneten Kampf als einzigen Weg zum Sturz der Rassisten auf. (Africa 6. 4. 76)
Daß der Befreiungskampf in Zimbabwe militärische Unterstützung von Seiten der UdSSR oder Kuba erfahren wird, dürfte zwar nicht ausgeschlossen, aber sehr unwahrscheinlich sein. Außenminister Chissano bestritt, daß Kuba oder die UdSSR Basen in Mozambique zur Unterstützung der Befreiungskampfes in Zimbabwe haben. »Falls in unserem Land ein Kubaner oder Russe ist, sollte dies nicht mit dem Kampf in Zimbabwe in Verbindung gebracht werden.« Lieferungen schwerer Waffen an Mozambique seien nicht erfolgt. Er fügte hinzu: »Aber wir würden dem Volk von Zimbabwe nicht verbieten, von irgendeinem Staat Hilfe anzunehmen.« (International Herald Tribune 19. 3. 76)
Später teilte er dem britischen Außenminister Ennals mit, daß sich »keine kubanischen Guerillas« in seinem Land aufhalten und daß sie auch nicht erwünscht wären. (Africa 2. 4. 76) Der CIA hatte mitgeteilt, daß 18 sowjetische Berater über Tansania nach Mozambique eingereist seien, um dort Guerillas auszubilden. Die gleiche Quelle hatte gemeldet, daß 100 Kubaner sich in Mozambique aufhalten sollen. (Africa 9. 4.) Zudem wird ein verstärktes sowjetisches Engagement in Zimbabwe auch deshalb vermutet, weil der sowjetische Botschafter in Lusaka – Bielokolof – an den Beratungen in Maputo zwischen Mozambique und Sambia teilnahm, auf der die Eröffnung der 3. Front gegen das Rassisten-

Regime beschlossen wurde. Ob Mozambique der UdSSR oder Kuba seine Häfen zur Landung öffnen würde, hat Machel so beantwortet:
»Diese Frage müßte an die Zimbabwer gestellt werden. Jedes Volk ist in der Wahl seiner Freunde und Verbündeten unabhängig.« (Zambia Daily Mail 9. 4. 76) Am 19. 5. 76 reiste er nach Moskau (NZZ 19. 5.).

Der Befreiungskampf in Zimbabwe
Durch die Grenzschließung verloren die rhodesischen Rassisten 16% ihrer Lokomotiven und Eisenbahnwaggons, die sich am 3. 3. 76 in Mozambique befanden. Ihr Wert: etwa 100 Millionen DM. Zudem wurden alle rhodesischen Vermögensgüter in Mozambique in Übereinstimmung mit den UN-Sanktionen beschlagnahmt. (Africa April 76) Auch von Sambia aus wird das Smith-Regime zukünftig mit Aktionen der Befreiungskämpfer zu rechnen haben, nachdem nach Absprache mit Mozambique Sambia die Eröffnung einer 3. Front entlang des Sambesi zugestimmt hat. Erst im Januar 1976 wurde die 2. militärische Front im Hochland von Ostrhodesien und in der südöstlichen Ebene eröffnet. (The Guardian-England 12. 4.) Nachdem die Gespräche zwischen Smith und dem Führer der ANC-Inlandsfraktion Nkomo am 19. 3. abgebrochen wurden, gehen selbst der sambesische Staatspräsident Kaunda und Englands Aussenminister Ennals davon aus, daß die »Bemühungen um eine friedliche Lösung wirkungslos verhallt« sind. (Le Monde 15. 5.) Ennals· »Wir haben klar gemacht, daß wir keinen Sinn in Verhandlungensehen, solange das Smith-Regime nicht das Prinzip der Mehrheitsregierung anerkennt.« (Radio Mozambique 2. 4.) Allerdings gehen die imperialistischen Pläne dahin, daß »der Unabhängigkeit die Mehrheitsherrschaft vorausgehen müsse, die spätestens 2 Jahre nach einem alsbaldigen Abschluß von Verhandlungen erreicht werden muß.« (FR 22. 5.) Diesem Vorschlag des britischen Premier Callaghan vom 22. 3. schloß sich später der amerikanische Außenminister Kissinger an. Die USA möchten gleichzeitig durch diplomatische Kanäle 'Druck' auf Pretoria ausüben, weil sie die »Mitarbeit Südafrikas beim Erzwingen einer Lösung in Rhodesien erwarten.« Wie diese Imperialisten-Lösung aussehen kann, zeigt ein Artikel in der 'Welt' vom 8. 6. anläßlich des Vorster-Besuchs in Bonn. Kissinger will Vorster einen Plan vorlegen. »Dieser Plan sieht eine schwarze Mehrheitsregierung in etwa 2 Jahren vor sowie einen besonderen Minderheitenschutz, einschließlich eigener Gerichtsbarkeit für die weißen Rhodesier. Der Schutz der weißen Minderheit (4%) soll nach amerikanischen Vorstellungen von Pretoria und Washington garantiert werden, während den Streitkräften beider Länder ein **Interventionsrecht** zum Schutz der Weißen in Rhodesien eingeräumt werden soll.« (Die Welt 8. 6.)
»Das Chrom Rhodesiens, das Uran Südwestafrikas, die hochwertigen Metalle Südafrikas sind für die ganze westliche Welt weiterhin von Bedeutung.« (NZZ 9. 5.) (vgl. dazu auch den Artikel zur »neuen Antiapartheid-Bewegung« in »blätter des iz3w«, Nr. 53, Mai 76) Auch die rhodesische Wirtschaft bereitet sich auf einen 'Machtwechsel' vor. Die Whitsun-Stiftung, eine von den wichtigsten rhodesischen Firmen getragene Vereinigung an deren Spitze ehemalige Experten der Weltbank und »führende Afrikaner des Landes« stehen, legte ein langfristiges Entwicklungsprogramm vor, das auch die Basis für eine Wirtschaftsplanung unter einer schwarzen Regierung bilden könnte.« (NZZ 15. 5.) Die Stiftung möchte mit einem 50 Millionen Dollar-Budget ein Ausbildungsprogramm für Afrikaner, eine regionale und urbane Planung und die Entwicklung der ländlichen Gegenden in die Wege leiten.
In diese Planung ist bereits die »Unweigerlichkeit eines politischen Wechsels« einbezogen (NZZ 15. 5.) Die Stiftung stellt fest, daß bisher nur 4% der Gesamtinvestitionen Rhodesiens in die afrikanischen »Reservate« – die Tribal Trust Lands –, die über die Hälfte des Landes umfassen und wo mehr als die Hälfte der Bevölkerung lebt, geflossen sind. 2/3 der afrikanischen Tribal Trust Lands fallen nach einer Untersuchung der Stiftung in die Kategorie von nur beschränkt für landwirtschaftliche Zwecke nutzbarem oder überhaupt nicht zu bearbeitendem Land. Die Afrikaner sind zudem, wie es im Bericht heißt, unter dem gegenwärtigen Landsystem doppelt benachteiligt: einerseits dürfen sie kein freiverfügbares Grundeigentum in den von Weißen bewohnten Städten erwerben. Andererseits beschränkt das von den Rassisten geförderte Stammessystem, in dem nur »gemeinschaftlicher Besitz« existiert, die Bauern auf dem Lande. Die Landwirtschaft, in der 2/3 der arbeitsfähigen Bevölkerung lebt, hat am Bruttosozialprodukt nur einen Anteil von 10%. Meist handelt es sich um reine Subsistenzwirtschaft (dient lediglich der eigenen Versorgung). Ein außerhalb der Landwirtschaft beschäftigter Afrikaner verdient im jahr durchschnittlich 556 Dollar und liegt damit unter der von der (weißen) Universität Salisbury errechneten Armutsgrenze von 670 Dollar. Ein Weißer kommt durchschnittlich im Jahr auf 4333 Dollar. (NZZ 15. 5.)



Maßnahmen des Smith-Regimes
Smith versucht derzeit, sich mit Taktierereien und verstärktem Ausbau seines Militärapparates an der Macht zu halten. Er nahm 7 Schwarze in seine Regierung auf. 4 Stammeshäuptlinge wurden als Minister und 3 weitere Schwarze als Staatssekretäre vereidigt. Alle waren von den Weißen berufene 'Parlamentsmitglieder'. Diese angepaßten Zöglinge haben zudem kaum einen Einfluß im Rassistenregime. »Die Häuptlinge haben nämlich nicht Posten übernommen, die vorher von Weißen besetzt waren, sondern neue Aufgaben für 'regionale afrikanische Angelegenheiten'.« (NZZ 1. 5.) Die NZZ vom 30. 4. schreibt dazu: »Wenn je gesagt werden mußte, 'zu wenig und zu spät', so in bezug auf diese Bewegung. Heute wird es sowohl den gemäßigten wie den radikalen unter den schwarzen Nationalisten nicht schwerfallen, die afrikanischen Regierungsmitglieder in Salisbury als 'Onkel Toms', als Kollaborationisten zu diskriminieren.« (NZZ 30. 4.) Diese Augenwischerei von Smith wurde von den Befreiungsorganisationen denn auch als solche zurückgewiesen. Seinen wahren Charakter zeigt das regime in weiteren Mobilisierungsmaßnahmen. Nach der Verlängerung der allgemeinen Wehrpflicht von 12 auf 18 Monate und der unbefristeten Einberufung vieler Reservisten

aus jüngeren Jahrgängen hat das Kriegsministerium nun alle bisherigen Rückstellungen vom Kriegsdienst aufgehoben. (NZZ 18. 5.) Außerdem wurde eine Teilzensur verfügt. Ein neugeschaffener 'nationaler Sicherheitsausschuß' muß der inländischen Presse und den ins Ausland berichtenden Journalisten eine Genehmigung erteilen, falls sie über militärische, allgemein verteidigungspolitische oder wirtschaftliche Vorgänge berichten. Dies gilt auch für Berichte die den Wirtschaftsinteressen des Staates schaden könnten. Veröffentlichungen, die geeignet sind, unter der Bevölkerung Panik oder Resignation zu verbreiten, sind verboten, Verstöße werden mit hohen Geldstrafen und 5 Jahren Gefängnis bestraft. (SZ 28. 4.) Damit soll jegliche Berichterstattung über die Aktionen der Befreiungskämpfer unterdrückt

Der Befreiungskampf geht weiter

Alle Mannöver der Rassisten können den Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe nicht aufhalten. Derzeit stehen etwa 1000 Kämpfer auf dem Boden von Zimbabwe (NZZ 18. 5.) Weitere Verstärkung kommt aus den Lagern in Tansania und Mozambique, wo sich tausende freiwillig einer militärischen Ausbildung unterziehen.

Den Befreiungskämpfern ist es im April 76 erstmals gelingen, tief im Süden von Zimbabwe Aktionen durchzuführen. Sie haben bei einem Angriff auf die wichtige Straßenverbindung Salisbury – Pretoria auf der Strecke zwischen Fort Victoria und dem südafrikanischen Grenzposten Beitbridge 3 südafrikanische Touristen getötet. Daraufhin wurde die Straße gesperrt und sämtliche Südafrikatouristen wurden bei Tage im Militärkonvoi nach Südafrika zurückgebracht. (NZZ 21. 4.) Der nächtliche Eisenbahnverkehr zwischen Salisbury und der drittgrößten Stadt Umtaly – nahe der Grenze zu Mozambique – wurde eingestellt. (NZZ 18. 5.) Vorausgegangen war ein Sprengstoffanschlag im grenznahen Inyazura auf die wichtige Hauptstraße Salisbury – Umtaly, die dort parallel zur Eisenbahn verläuft. Bereits am 6. 5. wurde eine der beiden Eisenbahnlinien nach Südafrika stellenweise in die Luft gesprengt. (NZZ 8. 5.) Dies war der erste Anschlag auf diese Linie. Auch an der nördlichen Grenze zum Transvaal wird gekämpft. (NZZ 1. 5.) Die rhodesische Armee, die seit Anfang Mai »zur Offensive entlang der Grenze zu Mozambique überging«, gab zu, daß sie »von zeit zu zeit« nach Mozambique eindringt. (Financial Times 4. 3.) Die amerikanische Regierung wies die etwa 900 US-Staatsangehörigen in Rhodesien an, sich auf eine Evakuierung vorzubereiten. (Le Monde 15. 5.) Die bewaffneten Aktionen der Befreiungskämpfer finden im Ausland immer mehr Unterstützung. Der UN-Entkolonialisierungsausschuß sieht im bewaffneten Kampf die einzige Lösungsmöglichkeit für ein unabhängiges Zimbabwe. (FR 19. 4.) Auch die vier Präsidenten von Mozambique, Tansania, Sambia und Botswana hatten bei ihren Gesprächen einstimmig beschlossen, keine weiteren Gespräche mit der Minderheitsregierung zu unterstützen, sondern statt dessen mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln den Befreiungskämpfern zu helfen. Sie einigten sich auf ein gemeinsames und koordiniertes Ausbildungsprogramm für die Guerillas. (NZZ 22. 4.) Auch die Internationale Juristenkommission hat in einem mit dem katholischen Institut für internationale Beziehungen (Sitz London) erarbeiteten Bericht »Guerillaoperationen in gewissem Maßstab gerechtfertigt.« (NZZ 6. 5.)

Die verschiedenen Fraktionen bei den Befreiungsbewegungen in Zimbabwe

In Zimbabwe existieren verschiedene Befreiungsorganisationen, deren politische Auffassungen zum Teil voneinander abweichen, die aber nicht zu einer unaufhebbaren Trennung führen müssen.

Der ANC, dem die 4 Befreiungsorganisationen 'African National Council' (ANC) unter Bischof Muzorewa, 'Zimbabwe African People's Union' (ZAPU) unter Joshua Nkomo, 'Zimbabwe African National Union' (ZANU) unter Pfarrer Sithole und die 'Front for Liberation of Zimbabwe' (FROLIZI) unter Chikorema angehörten, hat sich nach seiner Etablierung als Dachverband, in dem die einzelnen Organisationen zusammenarbeiten sollen, wieder aufgespalten. Es existiert derzeit ein Inlands-ANC unter Nkomo, der zuletzt die Gespräche mit Smith entgegen den Abmachungen erneut aufgenommen hatte. Nkomo war auch der einzige, der mit dem amerikanischen Außenminister Kissinger während seiner Afrikareise zusammentraf. Zudem gibt es eine zweite Fraktion des ANC im Exil, dem Muzorewa und Sithole vorstehen. Sie nennt sich 'Zimbabne Liberation Council' (ZLC) und hat ihren Sitz in Lusaka. Der ANC-ZLC hat sich immer für die Intensivierung des bewaffneten Kampfes ausgesprochen. Es scheint aber, daß diese 'Führung' derzeit in Lusaka von den realen Kämpfen isoliert ist. Die Kämpfer, die vor allem in den Lagern von Mozambique, aber auch in Tansania ausgebildet werden, waren unzufrieden mit dieser Führung. (Guardian 7. 4.) Stellenweise wurden sogar schwere Vorwürfe von diesen Kämpfern gegen einzelne Personen der ANC-ZLC-Führung erhoben. In Europa gesammelte Spenden sollen die Lager zum Teil nicht erreicht haben. Deshalb haben diese Kämpfer eine eigene 18-köpfige militärische Führung mit dem ZANU-Zentral-Komitee-Mitglied Robert Mugabe an der Spitze gewählt. Diesem militärischen Oberkommando ZIPA gehören vor allem die bewaffneten kader der ZANLA (militärischer Arm der ZANU), aber auch Kämpfer der ZAPU und FROLIZI an, wenngleich diese bislang nur eine Minderheit darstellen. Einen politischen Zusammenschluß stellt die ZIPA (zumindest derzeit) noch nicht dar. Dieses militärische Oberkommando untersteht keiner der beiden ANC-Fraktionen. Innerhalb der ZIPA ist Rex Nhongo ZANU-Kommandeur und Mangena Kommandeur bei den ZAPU-Kämpfern. (Guardin-England 21. 4.) Die politischen Organisationen existieren weiterhin. Eine politische Vereinheitlichung der Befreiungsorganisationen erscheint derzeit in Zimbabwe noch schwierig. Dennoch sind verschiedene Bemühungen im Gange, die auf diplomatischer Ebene während der OAU-Konferenz im Juli 76 weitergehen dürften.

Obwohl die vier Präsidenten von Mozambique, Tansania, Sambia und Botswana bei ihrem Treffen die Kämpfer als »3. Kraft« anerkannt haben (Guardian 21. 4.), Samora Machel sogar von den Guerillas als hauptsächlicher Kraft in Zimbabwe sprach (Guardian 7. 4.), dürfte der Erfolg des Befreiungskampfes auch von einer politischen Vereinheitlichung der verschiedenen Organisationen in Zimbabwe abhängen. Kaunda, Machel und Nyerere riefen den ANC zur Einheit auf. (FR 20. 4.)

ASIATISCHE MILITÄRPOTENTIALE

	Military Budget millions US$	Armed Forces 1000's	Cost per serviceman US$	Per capita cost US$
IRAN	10,405	250	41,620	314
CHINA	10,000 (approx)	3,000	3,333	12
JAPAN	4,484	237	18,920	40
INDIA	2,660	1,220	2,180	4
TAIWAN	1,265	900	1,406	77
AUSTRALIA	2,331	59	39,508	178
INDONESIA	1,108	260	4,262	9
N. KOREA	770	467	1,649	48
PAKISTAN	722	395	1,828	12
S. KOREA	719	605	1,188	21
MALAYSIA	445	60	7,417	36
PHILIPPINES	407	67	6,075	10
THAILAND	371	205	1,810	9
SINGAPORE	269	30	8,967	118
N. ZEALAND	233	13	17,923	75
BURMA	101	170	594	3
AFGHANISTAN	45	88	511	2
SRI LANKA	24	13.6	1,765	2
NEPAL	8	20	400	0.66

Militärausgaben sind grundsätzlich sehr schwer zu schätzen, da die Zahlen nur teilweise oder auch gar nicht veröffentlicht werden. Pakistan zum Beispiel hat für das Haushaltsjahr 1975/76 einen Militärhaushalt in Höhe von 722 Mio US-Dollar angekündigt, doch werden die Ausgaben von Fachleuten auf 1008 Mio US-Dollar geschätzt, 286 Mio US-Dollar mehr als angegeben. Ebenso Indien: Die Militärausgaben betragen ein dreifaches der offiziell angegebenen Summe von 2.660 Mio US-Dollar, wobei in jener Zahl die Kosten für die Nuklear- und Raumfahrtforschung sowie für die paramilitärischen Verbände und Polizeistreitkräfte nicht enthalten sind. Die riesigen Summen, die für militärisches Material ausgegeben werden, gehen zu Lasten der Sozialausgaben. Während auf der ganzen Welt pro Jahr 219 US-Dollar für einen Schüler investiert werden, sind es bei einem Militärangehörigen 12.239 US-Dollar. Die staatlichen Ausgaben für das Gesundheitswesen betrugen im Jahre 1974 weltweit 160.000 Mio. US-Dollar, das sind nur 3 % des Weltbruttosozialprodukts. In den Ländern der Dritten Welt beliefen sie sich auf durchschnittlich 134 US-Dollar pro Kopf. (Alle Zahlen aus: Far East, Ec. Rev., 7.5.76; zu diesem Thema ist auch das in diesem Heft besprochene Buch „Rüstung und Unterentwicklung" zu empfehlen.)

Asien

INDIEN

Neuer Verteidigungsminister

In Heft Nr. 51 der „blätter" berichteten wir im Rahmen der Spalte „Nachrichten und Kurzberichte", daß nun das Verteidigungsministerium von Indira Gandhi selbst geleitet wird, nachdem sie den alten Verteidigungsminister Swaran Singh aus seinem Amt entlassen hatte. Drei Wochen nach der Kabinettsumbildung hat die Ministerpräsidentin jedoch dieses Ressort abgegeben und dem Parteimitglied Bansi Lal übertragen (Le Monde, 23.12.75). Bansi Lal war bislang Ministerpräsident des Bundesstaates Haryana und ist, so die NZZ vom 18.5.76, „nach eigenen Angaben ein gehorsamer Diener Frau Gandhis." Er besorgte auch dem Indira-Sohn Sanjay für dessen, bis heute noch nicht funktionierende PKW-Firma ein Areal von 120 ha, das zuvor Kleinbauern zwangsweise enteignet worden war (Der Spiegel 16/1976).

PAKISTAN

Tarbela-Staudamm weiterhin beschädigt

5.5.76 (NZZ) (vgl. auch Chronik, Heft 43/44)

Auch der zweite Test des größten Erddammes der Welt in Tarbela verlief negativ, da die anfallenden Wassermassen neue Löcher in die Ausflußteile zweier Kanäle gerissen haben. Schon bei der ersten Genralprobe im Sommer 1974 wurde der Damm schwer beschädigt und mußte für ca. 350 Mio. DM (Voranschlag: 150 Mio. DM) repariert werden. Die Gesamtplanung des 1969 begonnenen und auf über 3 Mrd. DM veranschlagten Projekts liegt in Händen der amerikanischen Firma „Tams", die Bauausführung bei einem italienisch-französischen und einem deutsch-schweizerischen Konsortium. Wenn auch die Beschädigungen diesmal geringer als bei der ersten Probe sind, so muß doch mit einer weiteren Verzögerung der Inbetriebnahme des Staudammes von zwei bis drei Jahren gerechnet werden. Dabei müssen besonders die negativen Folgen für die pakistanische Landwirtschaft in Rechnung gezogen werden.

SRI LANKA

Politische Karriere von Anura Bandaranaike

8. 5.76 (NZZ)

Die gleiche Rolle, die Sanjay Gandhi in Indien spielt, scheint nun in Sri Lanka Anura Bandaranaike, der einzige Sohn der Ministerpräsidentin S. Bandaranaike, anzunehmen. Obwohl der Bandaranaike-Clan alle zentralen Posten und Entscheidungsfunktionen des Landes schon innehat (vgl. Heft 51), soll jetzt mit Anura Bandaranaike ein Amtsnachfolger aufgebaut werden, um die Macht auch in Zukunft innerhalb der eigenen Familie zu halten. Es ist anzumerken, daß Sri-Lanka seit 1956 von ein und derselben Familie regiert wird: Solomon Bandaranaike war von 1956 bis zu seiner Ermordung im Jahre 1959 Premierminister von Sri Lanka, seine Nachfolgerin wurde seine Frau, Sirimavo Bandaranaike, die bis heute dieses Amt bekleidet.

Prügelstrafe auf Ceylon

COLOMBO, 1. Juni (Reuter). Wer in Sri Lanka (Ceylon) Staatseigentum stiehlt oder zerstört, darf ab sofort ausgepeitscht und ferner mit fünf bis sieben Jahren Haft bestraft werden. Das Inkrafttreten entsprechender Notverordnungen wurde am Dienstag in Colombo bekanntgegeben.

Amura Bandaranaike ist Chef des Jugendverbandes der herrschenden Partei SLFP und kontrolliert zwei überregionale Tageszeitungen. Es war ihm gelungen, vor einigen Monaten einen dominierenden Einfluß auf ein großes Verlagsunternehmen zu gewinnen, nachdem schon ein anderer großer Verlag seit geraumer Zeit sich in Händen der Regierung befindet. Damit kontrolliert der Bandaranaike-Clan de facto die gesamte Presse von Sri Lanka, und er kann sie entsprechend für seine eigennützigen Ziele einsetzen. Die noch nicht unter direkter Kontrolle stehenden Zeitungen und Zeitschriften wurden einer strengen Zensur unterworfen (vgl. Heft 53). Schon früher hat Anura Bandaranaike die Wochenzeitung „Today" herausgegeben und in diesem Blatt z.B. erfolgreich eine Kampagne gegen die Trotzkisten betrieben, um sie aus der Regierung auszubooten (vgl. dazu Heft 50).

UNCTAD IV

Der folgende Themenblock gliedert sich in vier Teile. Die ersten drei informieren über die wichtigsten Fakten, die man zum Thema UNCTAD und „Neue Weltwirtschaftsordnung" kennen sollte: Was ist von UNCTAD IV und von den vorangegangenen UNCTAD-Konferenzen beschlossen worden? Wie definieren die Länder der Dritten Welt die allgemeinen Ziele ihrer Entwicklung? Welches sind die Hauptforderungen, die von den Entwicklungsländern auf den UNCTAD-Konferenzen gestellt worden sind, um die „Neue Weltwirtschaftsordnung" zu schaffen?

Der vierte Teil soll die Fakten einschätzen helfen. Dort wird kritisch untersucht, welchen Wert das Konzept der „Neuen Weltwirtschaftsordnung" zur Erreichung der allgemeinen Entwicklungsziele tatsächlich hat. Die Schaubilder, die diesen vierten Teil ergänzen, stammen aus dem unten besprochenen Buch von Rudolf H. Strahm: „Überentwicklung – Unterentwicklung", das ausgezeichnet zur Erhellung der UNCTAD-Problematik geeignet ist.

Die kritische Analyse des Konzepts der „Neuen Weltwirtschaftsordnung" zeigt, daß eine klare politische Haltung gegenüber den UNCTAD-Forderungen der Entwicklungsländer schwierig ist. Einerseits gibt es fortschrittliche Dritte-Welt-Länder mit bewußt antiimperialistischer Entwicklungsstrategie, deren Bemühungen um unabhängigen wirtschaftlichen und kulturellen Aufbau die „Neue Weltwirtschaftsordnung" zweifellos entgegenkommen wird. In Hinsicht auf diese Länder verdient z.B. das Integrierte Rohstoffprogramm politische Unterstützung.
Andererseits käme eine Realisierung der „Neuen Weltwirtschaftsordnung" aber auch so reaktionären Regimes wie denen in Indonesien, Iran oder Brasilien zugute, was den parasitären Bourgeoisien dieser Länder die Möglichkeit geben würde, ihren Repressionsapparat zu verstärken und die Rolle als subimperialistische „Ordnungsmacht" noch perfekter zu spielen als bisher. In Bezug auf diese Regimes käme die politische Unterstützung der UNCTAD-Forderungen geradezu einer Unterstützung von Unterdrückung und Ausbeutung gleich.
Innerhalb unserer Redaktion hat die eingehende Diskussion dieser Problematik bisher zu keiner einheitlichen politischen Haltung geführt. Nicht zuletzt ist es der Zweck des Themenblocks, dieser Diskussion, von der wir annehmen, daß sie auch anderswo geführt wird, eine Grundlage zu geben.

Red.



ERGEBNISSE UND VORGESCHICHTE

Vom 3. – 30. Mai trafen in der kenianischen Hauptstadt Nairobi Vertreter der westlichen Industriestaaten, der östlichen Hemisphäre und – zahlenmäßig am stärksten – der Dritten Welt zusammen, um über Welthandels- und Entwicklungsfragen zu diskutieren.
Den Hintergrund für diese Konferenz stellen dar: der erneute Rohstoffpreiszerfall (nachdem 1974 die absoluten Preise vieler Rohstoffe auf Höchstwerte gestiegen waren), die weitere Verschlechterung der Austauschbedingungen der Entwicklungsländer, das damit verbundene Elend in der Dritten Welt bei gleichzeitigem beharrlichen Bestreben der Industrieländer, ihren Wohlstand zu erhalten.
Um wirtschaftliche Benachteiligungen ist es schon bei der Gründung der Vereinten Nationen gegangen: Von November 1947 bis März 1948 wurden zum ersten Mal internationale ökonomische Probleme in Havanna diskutiert.
Die **United Nations Conference on Trade and Employment** arbeitete eine Welthandelscharta aus, welche aber von den wichtigsten Handelsnationen nicht unterzeichnet wurde. Nur ein Teil dieser Konferenz, das GATT (General Agreement on Tariffs and Trade = Allg. Zoll- und Handelsabkommen) wurde in der Strategie von Entwicklung und Wiederaufbau der Industrienationen angewandt.
Die Entwicklungsländer versuchten erst zu Beginn der sechziger Jahre, ihre Probleme (rapides Sinken der Exporterlöse für wichtige Rohstoffe, Verschlechterung des Austauschverhältnisses von Industriegütern und Rohstoffen) in die Vereinten Nationen einzubringen. Es stellte sich aber heraus, daß ein geeignetes Forum nicht vorhanden war: in den Wirtschafts- und Finanzkomitees der UNO können die Entwicklungsländer keinen entscheidenden Einfluß nehmen. Die Sowjetunion zeigte in dieser Zeit großes Interesse an einer Welthandelsorganisation im Rahmen der Vereinten Nationen, zum einen, um ein Gegengewicht zu den westlichen Industrienationen zu bilden, zum anderen, um Einfluß auf die ‚Blockfreien' zu gewinnen. So war es mit Unterstützung der Entwicklungsländer und der Länder des Ostblocks 1962 möglich, in der Vollversammlung der Vereinten Nationen die Einberufung einer Welthandels- und Entwicklungskonferenz, UNCTAD, zu beschließen.
Die Ziele der Entwicklungsländer während der **UNCTAD I (Genf 1964)** bestanden in der Änderung der GATT-Politik, in der Verbesserung der Austauschbedingungen, des Weltwährungssystems und der Rohstoffmärkte.

UNCTAD I hatte zur Folge, daß gegen den Willen der Industrieländer die UNCTAD als neues Organ der UNO konstituiert wurde. Sehr bedeutungsvoll war auch der Zusammenschluß vieler Entwicklungsländer zur „Gruppe der 77", weil dadurch die organisatorische Basis für eine einheitliche Politik der Entwicklungsländer in bestimmten Fragen gelegt wurde.
Als sich im März 1968 133 Länderdelegationen zur **UNCTAD II in Neu-Delhi** zusammenfanden, hatte sich die Lage in der Dritten Welt weiter verschlechtert.
Trotz dieser Tatsache waren die Verhandlungen in Neu-Delhi vom Desinteresse der Industrienationen, sich an der Lösung der anstehenden Probleme zu beteiligen, gekennzeichnet. In den Ausschußdebatten ging es wieder um Rohstoff- und Handels-

probleme, um die Bereiche Halb- und Fertigwaren sowie Finanzen und Entwicklungshilfe. Nur die Resolution zum allgemeinen Zoll-Präferenzsystem wurde für die Weiterarbeit wichtig.
UNCTAD III (Santiago de Chile 1972) war gekennzeichnet von der Weltwährungskrise 1972. Ausgelöst durch rapide Kursverluste des US-Dollars als internationaler Leitwährung war es zur Krise des gesamten Währungs- und Handelssystems gekommen. Zahlungsbilanzdefizite, neue Zollbarrieren der Industrieländer gegen Importwaren und Kürzungen der Auslandshilfen waren Schritte, welche den Entwicklungsländern bedeutenden Schaden zufügten. Außer diesen Problemen standen die Punkte der vorangegangenen Konferenzen erneut zur Debatte. Die Delgationen einigten sich darauf, einen weiteren Ausschuß für die Probleme der ärmsten Länder einzurichten.

GOLDENE WORTE

des deutschen Delegationsleiters Joachim Jänicke auf der UNCTAD IV

„Die Faulenzer in den Entwicklungsländern sollen sich erst mal angewöhnen, selber zu arbeiten, ehe sie anderer Länder fleißig verdiente Gelder verlangen."

„Wir Deutschen haben nach dem Weltkrieg die Ärmel hochgekrempelt und zugepackt."

„Der Wohlstand in der Bundesrepublik geht nicht auf die Ausbeutung anderer Länder zurück, denn wir mußten unsere Kolonien schon 1919 abgeben."

„Ich spreche hier für die Bundesregierung und nicht für die Zweite Internationale."

„Stellen Sie sich vor, die haben tatsächlich 'Scheiße' gesagt, als sie unsere Papiere zu Gesicht bekamen."

Jänicke beklagte sich nach einem Anpfiff von Entwicklungsminister Egon Bahr, daß er sich von Journalisten „Faschist" nennen lassen mußte, wo er doch nur konsequent die Interessen der Bundesrepublik habe verteidigen wollen.

Zitate nach: Schwartz, Deutsche Elefanten im Konferenzladen von Nairobi, FR vom 1.6.1976

Die Perspektiven für **UNCTAD IV (Nairobi 1976)** ergaben sich somit aus den bisherigen Konferenzen sowie aus den zwischenzeitlichen Beurteilungen und Entschließungen der Entwicklungsländer (z.B. Erklärung von Cocoyoc vom Oktober 1974, Deklaration der Rohstoffkonferenz von Dakar). Die Entwicklungsländer – aus der Erfahrung der vergangenen Konferenzen und der anhaltenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten klug geworden – forderten nicht nur mehr stabilere Preise, sondern auch regelmäßige Preissteigerungen für ihre Rohstoffe und zwar im gleichen Umfang wie die Preissteigerungen bei ihren Importen aus den Industrieländern. Diese „Indexierung" sollte ein Bestandteil des Integrierten Rohstoffprogramms werden, welches der Generalsekretär von UNCTAD IV, Gamani Corea aus Sri Lanka, vorgelegt hatte.
Obwohl die „Gruppe der 77" das Konzept „einer umfassenden Strategie zur Ausweitung und Diversifizierung des Exports von Fertig- und Halbfertigwaren der Entwicklungsländer" als das wichtigste Problem ansah, hatte dieser Punkt während UNCATAD IV weit weniger Bedeutung als die Rohstoffprogramme und Schuldenprobleme. 3 Wochen nach Beginn der Konferenz in Nairobi war noch keine Einigung zu auch nur einer Sachfrage in Sicht. Bis dahin wurde lediglich der Beschluß gefaßt, UNCTAD V in Manila abzuhalten. Die „hartköpfigen" Deutschen und Engländer wurden in Nairobi Zielscheibe scharfer Kritik. Die Entwicklungsländer legten es als Mangel an Ernsthaftigkeit aus, daß die reichen Industrieländer auf das Manila-Dokument nicht mit einem geschlossenen Gegendokument geantwortet hatten, obwohl die konkrete Position der Schlüsselländer zu den Grundfragen spätestens seit März hinreichend klar gewesen sei. Unentwegt wurde mit besonderer Erbitterung um den gemeinsamen Fonds im Rahmen des Integrierten Rohstoffprogramms gekämpft. Die Einheit der „Gruppe der 77" wurde gefährdet, als Brasilien, Kolumbien und Chile offiziell ihre Interesselosigkeit gegenüber dem Fonds zum Ausdruck brachten. Erst ein Solidaritätsappell brachte diese Länder in die Gruppe zurück. Nur stark abgeschwächte Entschließungen zu den einzelnen Punkten verhinderten in letzter Minute ein Scheitern der Konferenz. Die Konferenz konnte sich zu folgendem Bündel von Kompromißformulierungen entscheiden:

1) Auf einer Konferenz soll bis 1977 geprüft werden, „ob" ein gemeinsamer Fonds zur Finanzierung der Weltrohstofflager geschaffen werden soll. Die Industrieländer haben also weiteren Folgeverhandlungen zugestimmt, „in der Sache jedoch nicht nachgegeben". (Regierungssprecher Grünewald) Der entscheidende Satz der Kompromißformel lautet: „Es wird vereinbart, daß Schritte in Richtung auf das Aushandeln eines gemeinsamen Fonds unternommen werden", das heißt, daß die beteiligten Länder keinerlei konkrete Bindungen eingegangen sind.

2) Zum Schuldenproblem der Entwicklungsländer einigte man sich darauf, einheitliche Kriterien zu entwickeln, welche in zweiseitigen Umschuldungsverhandlungen angewendet werden sollen.
Globale Schuldenerleichterungen sollen demnach nicht gewährt werden.

3) Bezüglich des Technologietransfers einigte man sich darauf, eine für alle Länder offene Expertengruppe zu gründen, welche bis zum nächsten Jahr einen Verhaltenskodex ausarbeiten soll. Dabei steht es ihr frei, verpflichtende oder freiwillige Regeln zu formulieren.

Der vierten Session der Welthandels- und Entwicklungskonferenz (UNCTAD IV) werden zumindest ein Dutzend neuer Verhandlungen folgen, um Rohstoffprobleme, Fragen des Technologietransfers und weitere Probleme zu erörtern. Materiell scheint auch Nairobi den Dialog zwischen armen und reichen Staaten einstweilen nicht weiter gebracht zu haben. Nimmt man die Hoffnungen der Dritten Welt – beispielsweise in Form der Manila Erklärung – zum Ausgangspunkt, so bleibt das meiste unerledigt.

uka

ZU DEN ALLGEMEINEN ZIELEN

DIE ERKLÄRUNG VON COCOYOC (Auszüge)

Verabschiedet von den Teilnehmern des UNEP/UNCTAD-Symposiums über Rohstoffnutzung, Umweltschutz und Entwicklung, das in der Zeit vom 8. – 12. Oktober 1974 in Cocoyoc, Mexiko, stattfand.

1. Ziel und Zweck von Entwicklung

Als erstes müssen wir überhaupt Ziel und Zweck von Entwicklung neu definieren. Es kann sich nur darum handeln, den Menschen, nicht die Dinge zu entwickeln. Menschen haben bestimmte Grundbedürfnisse: Nahrung, Unterkunft, Kleidung, Gesundheit und Bildung. Jeder Wachstumsvorgang, der nicht zur Befriedigung dieser Bedürfnisse führt – oder sogar störend eingreift – ist eine Verkehrung des Entwicklungsgedankens.

Wir befinden uns noch in einem Stadium, wo das Hauptanliegen der Entwicklung ist, wie weit die elementaren Bedürfnisse der ärmsten Teile in der Gesellschaft, die bis zu 40 % der Bevölkerung ausmachen können, befriedigt werden können. Hauptziel des wirtschaftlichen Wachstums sollte es sein, die Verbesserung der Lebensbedingungen dieser Gruppen sicherzustellen. Ein Wachstumsprozeß, der nur der wohlhabenden Minderheit nutzt und die Gefälle zwischen den Ländern und innerhalb der Länder noch vergrößert, ist keine Entwicklung. Es handelt sich vielmehr um Ausbeutung. Und der Zeitpunkt, ein echtes wirtschaftliches Wachstum, das zu einer besseren Verteilung und zur Befriedigung der Grundbedürfnisse führt, einzuleiten, ist heute gekommen. Wir sind nach dreißig Jahren Erfahrung der Meinung, daß die Hoffnung, daß schnelles wirtschaftliches Wachstum zum Nutzen weniger zur Masse des Volkes „durchsickern" wird, sich als illusorisch erwiesen hat. Deshalb verwerfen wir den Gedanken: Erst Wachstum, – Gerechtigkeit bei der Verteilung des Nutzens später.

Entwicklung soll sich nicht auf die Befriedigung von Grundbedürfnissen beschränken. Es gibt noch andere Bedürfnisse, andere Ziele, andere Werte. Entwicklung heißt auch Freiheit der Meinung und deren freie Weitergabe, auch das Recht, Ideen und Anregungen zu geben und zu erhalten. Es besteht ein tiefes soziales Bedürfnis, an der Gestaltung der Grundlagen seiner eigenen Existenz mitzuwirken und einen Beitrag zur Gestaltung der Zukunft der Welt zu leisten. Vor allem aber heißt Entwicklung auch Recht auf Arbeit, womit wir nicht nur meinen, einen Broterwerb zu haben, sondern Selbstverwirklichung in der Arbeit zu finden, das Recht nicht veräußert zu werden durch Produktionsprozesse, die Menschen nur als Werkzeug benutzen.

2. Die Verschiedenheit der Entwicklung

Viele dieser mehr als materiellen Bedürfnisse, Ziele und Werte hängen von der Befriedigung der Elementarbedürfnisse ab, die unsere Hauptsorge sind. Noch besteht keine Übereinstimmung darüber, welche Strategien zu verfolgen sind, um zur Befriedigung der Elementarbedürfnisse zu kommen. Es gibt aber einige gute Beispiele auch unter armen Ländern. Sie zeigen, daß der Ausgangspunkt für den Entwicklungsprozeß sich von Land zu Land aus historischen, kulturellen und anderen Gründen beträchtlich verändert. Folglich unterstreichen wir die Notwendigkeit, viele verschiedene Wege zur Entwicklung zu verfolgen. Wir verwerfen die Ansicht von einem Wege, die unter Entwicklung wesentlich und zwangsläufig das Bemühen versteht, das historische Beispiel der Länder nachzuahmen, die aus verschiedenen Gründen heute reich sind. Aus dem gleichen Grunde verwerfen wir auch den Begriff von den „Lücken" in der Entwicklung, Ziel ist nicht, ‚aufzuholen', sondern Lebensqualität für alle zu sichern mit einer Produktionsgrundlage, die mit den Bedürfnissen zukünftiger Generationen vereinbar ist.

Wir haben von der Mindestbefriedigung von Elementarbedürfnissen gesprochen. Es gibt aber auch ein Höchstniveau, es gibt oberste und unterste Grenzen. Der Mensch muß essen, um zu leben. Er kann sich aber auch überessen. Es nützt uns nichts, immer mehr zu produzieren und zu verbrauchen, wenn das Ergebnis ein ständig steigender Bedarf an Beruhigungsmitteln und Kliniken für Geistesgestörte ist. Und ebenso wie der Mensch nur eine beschränkte Möglichkeit hat, materielle Güter aufzunehmen, wissen wir, daß die Biosphäre eine begrenzte Belastungsfähigkeit hat. Einige Länder belasten sie in einem Maße, die in keinerlei Verhältnis zu ihrem Anteil an der Weltbevölkerung steht. So schaffen sie Entwicklungsprobleme für andere wie auch für sich selbst.

Folglich sieht sich die Welt heute nicht nur dem Fehlzustand der Unterentwicklung gegenüber. Wir müssen auch über zu sehr auf Verbrauch ausgerichtete Arten der Entwicklung sprechen, die die inneren Grenzen des Menschen und die äußeren Grenzen der Natur schädigen. Unter diesem Winkel gesehen, ist auch eine Neudefinition unserer Ziele, sind auch neue Entwicklungsstrategien, neue Lebensstile, einschließlich bescheidener Konsumstrukturen bei den Reichen notwendig. Wenn auch die erste Priorität dahin geht, das Minimum zu sichern, sollten wir doch nach Entwicklungsstrategien suchen, die auch den wohlhabenden Ländern helfen können, im wohlverstandenen eigenen Interesse menschlichere Lebensstrukturen zu finden, die die Natur, den Nächsten und einen selbst weniger ausbeuten.

3. Selbstbewußtsein

Wir sind der Meinung, daß eine Grundstrategie für die Entwicklung die Steigerung des nationalen Selbstbewußtseins sein muß. Das heißt nicht Autarkie, es heißt beiderseitiger Nutzen aus Handel und Zusammenarbeit und eine gerechtere Verteilung der Quellen, die elementarsten Bedürfnisse zu befriedigen. Es heißt Selbstvertrauen, Vertrauen zunächst in die eigenen menschlichen und natürlichen Hilfsquellen und die Fähigkeit zu selbständiger Zielsetzung und Entscheidungnahme. Es schließt Abhängigkeit von äußeren Einflüssen und Mächten, die zu politischem Druck werden können, aus. Es schließt auch ausbeuterische Handelsstrukturen aus, die die Länder ihrer natürlichen Hilfsquellen für die eigene Entwicklung berauben. Es besteht offensichtlich ein Bedarf an Spielraum für Technologietransfer, aber das Hauptgewicht sollte auf der Anpassung und Erfindung örtlicher Technologie liegen. Das beinhaltet auch die Dezentralisierung der Weltwirtschaft und manchmal auch der nationalen Volkswirtschaft, um das Gefühl der persönlichen Teilnahme zu erhöhen. Es beinhaltet aber auch wachsende internationale Zusammenarbeit für kollektives Selbstvertrauen. Vorallem aber heißt es, Vertrauen in Völker und Nationen, Vertrauen in die Fähigkeit der Menschen selbst, neue Hilfsquellen und Techniken zu erschließen, um ihre Fähigkeit zu verstärken, sie zu übernehmen, zum sozialen Nutzen anzuwenden, die Wirtschaft

zu beherrschen, zu steigern und einen eigenen Lebensstil zu schaffen.
In diesem Entwicklungsprozeß wird die Erziehung zu vollem sozialem Bewußtsein und Beteiligung eine grundlegende Rolle spielen, und das Ausmaß, in dem sie mit augenblicklichen Schulstrukturen vereinbar ist, wird untersucht werden müssen.

Um zu dieser Voraussetzung – Selbstvertrauen – zu kommen, werden oft grundlegende wirtschaftliche, soziale und politische Veränderungen der Gesellschaftsstruktur notwendig sein. Ebenso notwendig ist die Entwicklung eines internationalen Systems, das vereinbar ist mit Schritten auf Selbstvertrauen hin und sie unterstützen kann.

Selbstvertrauen auf nationaler Ebene kann auch ein zeitweiliges Loslösen von dem augenblicklichen Wirtschaftssystem beinhalten; es ist unmöglich, Selbstvertrauen zu entwickeln durch volle Beteiligung an einem System, das wirtschaftliche Abhängigkeit festschreibt. Große Teile der heutigen Welt bestehen aus einem Zentrum, das einen weiten Umkreis ausbeutet, wie auch unser gemeinsames Erbe, die Biosphäre. Das Ideal, das wir brauchen, ist eine harmonische, auf Zusammenarbeit ausgerichtete Welt, in der jeder Teil ein Zentrum ist, das auf niemandes Kosten lebt, in Partnerschaft mit der Natur und in Solidarität mit künftigen Generationen.

Es gibt eine internationale Machtstruktur, die Tendenzen in dieser Richtung Widerstand leisten wird. Ihre Methoden sind wohlbekannt: die gewollte Aufrechterhaltung der bestehenden einseitig ausgerichteteten internationalen Marktmechanismen, andere Formen der wirtschaftlichen Manipulation, Kündigung oder Sperrung von Krediten, Embargos, wirtschaftliche Sanktionen, subversive Nutzung von Nachrichtendiensten, Unterdrückung einschließlich Folterung, Maßnahmen gegen Aufstände und sogar regelrechte Intervention. Zu denen, die solche Methoden anzuwenden beabsichtigen, sagen wir: „Hände weg! Laßt die Länder ihren eigenen Weg zu einem besseren Leben für ihre Bürger finden.” Zu denen, die – manchmal unbewußt – Werkzeuge solcher Absichten sind – Schüler, Geschäftsleute, Polizei, Soldaten und viele andere – würden wir sagen: „Lehnt es ab, Euch für Ziele mißbrauchen zu lassen, die einer anderen Nation das Recht absprechen, sich selbst zu entwickeln.” Zu den Natur- und Sozialwissenschaftlern, die helfen, die Instrumente zur Unterdrückung zu entwickeln, würden wir sagen: „Die Welt braucht Eure Begabungen für konstruktive Ziele, um neue Technologien zu entwickeln, die dem Menschen nutzen und die Umwelt nicht stören.”

aus: ENTWICKLUNGSPOLITIK Materialien, Nr. 49, Bonn, Juni 1975
herausgegeben vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit.

DIE WICHTIGSTEN FORDERUNGEN

KURZE DARSTELLUNG DER WICHTIGSTEN FORDERUNGEN UND THEMEN DER UNCTAD IV

I. Integriertes Rohstoffprogramm

Durch das **Integrierte Rohstoffprogramm** soll den Entwicklungsländern für ihre Rohstoffe gerechtere und sichere Preise möglich gemacht werden, und zwar mit Hilfe folgender Maßnahmen:

1. **Errichtung von Ausgleichslagern** (bufferstocks)
Die wichtigsten Rohstoffe, die die Entwicklungsländer exportieren, sollen in diesen „bufferstocks” gelagert werden, um so Angebots-, Nachfrage-, und Ernteschwankungen auszugleichen. Es handelt sich dabei um folgende Rohstoffe: Kaffee, Kakao, Tee, Zucker, Baumwolle, Kautschuk, Jute, Hartfaserprodukte (Sisal, Hanf), Kupfer und Zinn.

2. **Gemeinsamer Finanzierungsfond** (Common Commodities Fund)
Die Einrichtung eines solchen Fonds soll die Finanzierung der obengenannten Ausgleichslager möglich machen. Die Kosten werden mit ca. 11 Milliarden Dollar veranschlagt. Beiträge sollten sowohl die Produzentenländer wie auch die Verbraucherländer und die ölproduzierenden Länder leisten. Außerdem sollen Gelder aufgenommen werden von Finanzierungsinstitutionen und vom Kapitalmarkt. Die Kosten für alle Industrieländer zusammen wären nur ungefähr so hoch, wie das Kaffeesteueraufkommen der BRD.

3. **System von Liefer- und Abnahmeverpflichtungen**
Die Regierungen der Produzenten- und Verbraucherländer sollen in direkte Verhandlungen treten und langfristige Verträge abschließen. So wäre es möglich, die Rohstoffbörsen und damit auch die Spekulation zu umgehen. (vgl. Kasten „Wie die Spekulation funktioniert”)

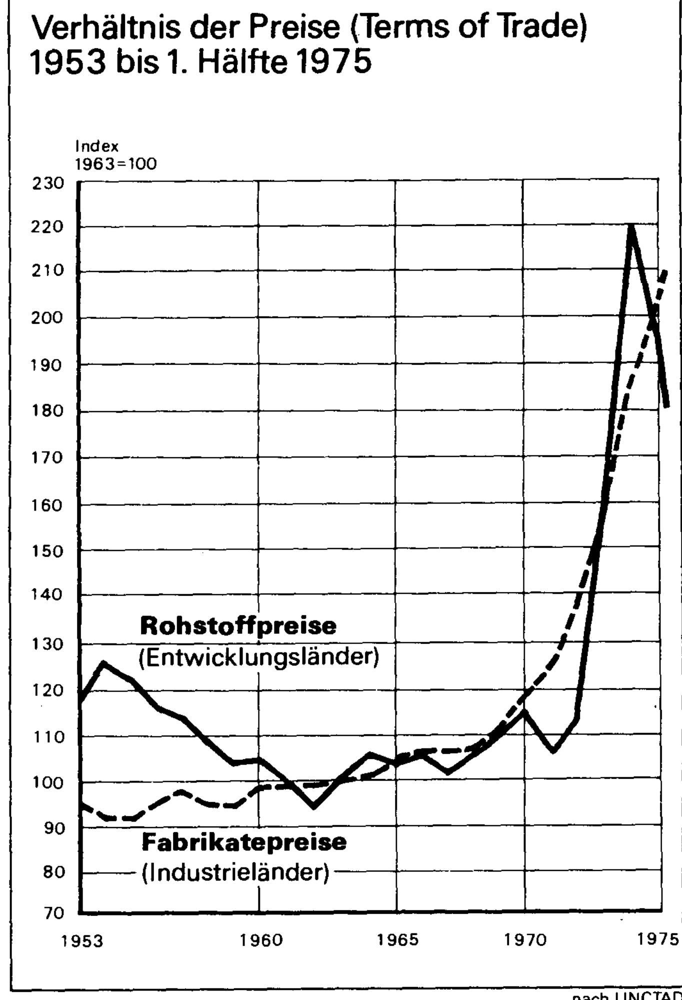
4. **System der Ausgleichsfinanzierung**
Dieses Konzept soll den Entwicklungsländern helfen, Verluste bei den Exporteinkommen zu verkraften. Bei unvorhergesehenen Preisstürzen sollen sie Darlehen erhalten. Den Entwicklungsländern wird ein bestimmter Erlös zugestanden. Abweichungen davon werden ausgeglichen.

5. **Förderung der Eigenverarbeitung von Rohstoffen** (Diversifizierung)
Um die Abhängigkeit vom Weltmarkt zu durchbrechen, ist es für die Entwicklungsländer nicht nur nötig, die Preise für die bisher exportierten Güter zu sichern, sondern auch wichtig, die bisherigen Strukturen zu ändern. So stammen z.B. 90 % der Exporterlöse Bangla Deshs aus der Juteausfuhr, so daß Preisstürze auf dem Jutemarkt zu einem nicht abzufangenden Sinken der Exporteinnahmen des Landes führen. Eine Verbreitung der Produktion durch Anbau mehrerer Erzeugnisse wäre vonnöten. Im Falle eines solchen Vorgehens spricht man von horizontaler Diversifizierung. Bedeutsamer für die Entwicklungsländer ist allerdings die vertikale Diversifizierung. D.h. ein Entwicklungsland exportiert nicht den Grundstoff (z.B. Kaffeebohnen) sondern ein weiterverarbeitetes Produkt (z.B. gefriergetrockneten Pulverkaffee). Das hat den Vorteil, daß die Exporterlöse höher werden, da man für Fertigwaren mehr bekommt und außerdem dieses Land in der Industrialisierung vorankommt, was wiederum eine Grundvoraussetzung ist, um die internationale Arbeitsteilung zu durchbrechen.

II. Indexierung

Um den verheerenden Folgen der sich verschlechternden Austauschbedingungen (terms of trade) (vgl. Schaubild

Die Entwicklung der Rohstoff- und Fabrikatepreise



nach UNCTAD

„Die Entwicklung der Rohstoff- und Fabrikatepreise") zu entgehen bzw. entgegenzuwirken, fordern die Entwicklungsländer, daß die Exportpreise ihrer Rohstoffe mit den Preisen, die sie für unerläßliche Importe aus den Industrieländern bezahlen, gekoppelt werden. Die Preise für Industriegüter sind in den letzten Jahrzehnten kontinuierlich gestiegen. Nur so ist es möglich, daß die Entwicklungsländer nicht mehr die einseitig Geschädigten der Weltinflation sind. Das würde bedeuten, daß die Preise der Exportgüter der Entwicklungsländer im gleichen Verhältnis steigen wie die Preise für die Industriegüter aus den Industrieländern.

III. Erleichterung des Zugangs zu den Märkten der Industriestaaten

1. Abbau tarifärer Handelshemmnisse (Importzölle), Ausbau des allgemeinen Präferenzsystems

Bisher bleiben die Märkte der Industriestaaten den Halbfertig- und Fertigprodukten aus den Entwicklungsländern weitgehend verschlossen. (Vgl. Schaubild „Importzölle für Textilien") Diese Importzölle der Industrieländer sollen abgebaut werden. Dies ist bereits eine alte UNCTAD-Forderung. Doch bisher sind Zollvergünstigungen für Halbfertig- und Fertigwaren nur wenigen Entwicklungsländern zugute gekommen (vgl. Schaubild „Die Vorzugszölle nützen nur den reicheren Entwicklungsländern").

2. Abbau nichttarifärer Handelshemmnisse

Darunter versteht man alle sonstigen Hindernisse, denen sich die Entwicklungsländer beim Handel von Fertigprodukten mit den Industrieländern gegenübersehen, z.B. Währungsmanipulationen und Spekulationsgeschäfte. Dadurch werden die Liefermöglichkeiten der Entwicklungsländer zusätzlich eingeschränkt.

IV. Währung und Finanzen

1. Verschuldung der Entwicklungsländer

Da die Entwicklungsländer noch sehr viel aus den Industrieländern einführen müssen, aber nur wenig Exporterlöse haben,um diese Importe zu bezahlen, haben sie eine negative Handelsbilanz. Um diese auszugleichen, müssen sie auf dem internationalen Kapitalmarkt teure Kredite aufnehmen und sind daher stark verschuldet. Deshalb fordern sie auf der UNCTAD eine generelle Tilgung ihrer Schulden, zumindest für die am wenigsten entwickelten Länder. Für die übrigen sollen die Schulden durch Moratorien (= vereinbarte Zahlungsaufschübe) gestundet werden. Um Genaueres zu regeln, wird eine allgemeine Schuldenkonferenz vorgeschlagen.

2. Sonderziehungsrechte –Link

128 Länder (fast alle außer den sozialistischen Staaten) sind im Internationalen Währungsfond (IWF0)organisiert. Diese Institution stellt Ländern, die in Zahlungsschwierigkeiten gekommen sind, Devisen zur Verfügung, um kurzfristig solche Zahlungsbilanzschwierigkeiten zu beseitigen. Wieviel Devisen ein Land maximal aufnehmen kann, richtet sich nach seiner Quote. Diese werden nach bestimmten Kritierien festgelegt: das wichtigste ist das Volkseinkommen. Nach dieser Quote richtet sich auch der Stimmrechtsanteil der Fondsmitglieder.

Nachdem der Dollar seine Rolle als internationale Leitwährung verloren hatte, man aber vermehrte internationale Liquidität brauchte, wurden die Sonderziehungsrechte (SZR) geschaffen. Sie sind ein Buchgeld, das der Internationale Währungsfond den Mitgliedsländern bereithält und das verteilt wird nach den festgelegten Quoten. So bekommt ein Land maximal 200 % SZR seiner Quote. Allerdings haben die Entwicklungsländer nur einen geringen Anteil an diesen SZR (vgl. Schaubild „Das internationale Währungssystem benachteiligt die schwachen Länder"). Deshalb ist eine Forderung ihrerseits: eine Verbindung zwischen Entwicklungshilfe und Sonderziehungsrechten zu schaffen (Link). Das bedeutet: die Industrieländer sollen den Entwicklungsländern nicht mehr nur bilaterale Kapitalhilfe oder technische Hilfe gewähren, sondern ihnen auch einen höheren Anteil an den Sonderziehungsrechten einräumen, als es der jeweiligen Quote des Entwicklungslandes entspricht. Das hätte für die Entwicklungsländer den Vorteil, daß sie freier über das gewährte Geld verfügen könnten und nicht nur kurzfristig Löcher stopfen, sondern dieses Geld auch für längerfristige Ziele einsetzen könnten.

3. Verbesserung der Finanzhilfe an die Entwicklungsländer

Neben einer Erhöhung der Sonderziehungsrechte fordern die Entwicklungsländer auch noch bessere Möglichkeiten der Kreditaufnahme. Vor allem die öffentliche Entwicklungshilfe der Industrienationen sollte nach den Vorstellungen der Entwicklungsländer das Ziel 0,7 % des Bruttosozialprodukts erreichen. Außerdem sollte die Darlehnsvergabe der internationalen Organisationen wie Weltbank, IDA (International Development Association) u.a. ausgedehnt werden.

V. Transfer von Technologie

1. Verhaltenskodex für Technologietransfer

Die Übertragung von Technologien und know how aus

den Industriestaaten in die Entwicklungsländer liegt weitgehend in den Händen multinationaler Konzerne. Diese bedienen sich dabei oft sog. „restriktiver Geschäftspraktiken". D.h. Patenterteilungen und Niederlassungen erfolgen nur unter der Bedingung, daß das entsprechende Entwicklungsland keine mit diesen Technologien produzierten Waren exportiert, um somit jede Konkurrenz auszuschalten. Um solche Mißbräuche zu verhindern, fordern die Entwicklungsländer einen Verhaltenskodex für den Technologietransfer. Über dessen Rechtsverbindlichkeit ist jedoch noch nicht entschieden.

2. Reform des Patentwesens
Im Patentwesen sind die Entwicklungsländer ebenfalls stark benachteiligt, vor allem weil sie die vorhandenen Patente zu stark überhöhten Preisen von den Industrieländern kaufen müssen. Sie fordern deshalb eine Revision des bestehenden Systems. Ihr Ziel ist dabei der uneingeschränkte Zugang zu den bestehenden Technologien.

3. Errichtung von technologischen Informationsbanken
Vor allem die Forschung soll in den Entwicklungsländern gefördert werden. Damit sie die Ergebnisse austauschen können, werden regionale Zusammenschlüsse sowie die Einrichtung von technologischen Informationsbanken gefordert.

UNCTAD – MATERIALIEN DES EPD

Eine abschließende Gesamtberichterstattung über UNCTAD IV bietet epd-Entwicklungspolitik Nr. 11/76. Ein Drittel der 25 Seiten widmen sich der Berichterstattung über den Ablauf der Konferenz in Nairobi. Ein weiteres Drittel bringt Auszüge aus den wichtigsten Texten: die verschiedensten Resolutionen, Auszüge aus den Reden des Bundeswirtschaftsministers Friederichs, den Eröffnungsreden der Delgationen Pakistans und Guyanas und die Kernpunkte der Ausführungen Ittys, des Direktors der Kirchlichen Entwicklungskommission des Weltkirchenrates. Das Kernstück dieser Ausführungen bietet eine Beurteilung von UNCTAD IV. Dazu präsentiert die Redaktion eine ausführliche kommentierende Analyse, ein Interview mit Samir Amin und einen Kommentar Zwiefelhofers aus der Sicht der Kirchen.

Für die breite Streuung legt die epd-Reaktion ebenfalls in dieser Ausgabe 2 Ausgaben von epd-Dritte Welt-Information vor. Die Nr. 6/76 bringt den Hintergrund von UNCTAD IV, die Nr. 7/76 die Ergebnisse in leicht verständlicher und übersichtlicher Form.

Nachbestellungen größerer Stückzahlen dieser illustrierten Kurzinformation sind preisgünstig zu haben bei:
Redaktion Entwicklungspolitik, Evangelischer Pressedienst, Friedrichstr. 2-6, 6000 Frankfurt/M.

4. Verhinderung des ‚brain drain'
Eine große Schwierigkeit für die Entwicklungsländer ist die Abwanderung ihrer Wissenschaftler und gut ausgebildeten Leute in die Industrieländer. In der BRD arbeiteten z.B. 1970 1651 asiatische Ärzte, das sind mehr Ärzte als in der gesamten deutschen Entwicklungshilfe eingesetzt sind. Für die Entwicklungsländer ist das ein großer Verlust. Die UNCTAD soll bei der Feststellung der Ursachen helfen. Maßnahmen müssen die Länder selbst treffen.


Sonderziehungsrechte

VI. Kollektive Eigenständigkeit
1. Verbesserte wirtschaftliche Zusammenarbeit unter den Entwicklungsländern
In der Erklärung von Cocoyoc wird die Bedeutung der „kollektiven Eigenständigkeit" der Entwicklungsländer hervorgehoben. Hierunter wird konkret besonders die Stärkung der Handelsbeziehungen zwischen den Entwicklungsländern verstanden. Es wurden bereits Vorschläge zur Erweiterung der regionalen und überregionalen wirtschaftlichen Kooperation und Integration ausgearbeitet. Über die Formen dieser Zusammenarbeit müssen allerdings die Entwicklungsländer selber entscheiden.

2. Möglichkeit der Enteignung des Auslandskapitals
Es ist nicht nur vorgesehen, die Tätigkeit der multinationalen Konzerne zu kontrollieren, sondern die Entwicklungsländer haben nach der „Charta der wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Staaten" (1974) auch das Recht, ausländisches Vermögen zu verstaatlichen bzw. zu enteignen. Eine Entschädigung soll nach Maßgabe des nationalen Rechts und nicht des Völkerrechts, das hohe Entschädigungen fordert, erfolgen.

hiwe

MATERIALIEN ZUM THEMA UNCTAD

1. Rudolf H. Strahm: „Überentwicklung – Unterentwicklung". Siehe unsere Rezension in diesem Heft.

2. Entwicklungspolitik Materialien Nr. 45, Mai 1974: „Die UN-Rohstoffkonferenz" und Nr. 49, Juni 1975 „Die neue Weltwirtschaftsordnung". In diesen Broschüren sind die wichtigsten UN-Dokumente zur Neuen Weltwirtschaftsordnung enthalten.
Kostenlos erhältlich beim Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit, Referat Öffentlichkeitsarbeit, Friedrich-Ebert-Allee 114, 5300 Bonn.

3. „Kaffee, Kupfer und Konzerne. Der Kampf um das ‚Integrierte Rohstoffprogramm' ", Hrsg. von der unctad-kampagne, Kennedy-Allee 111a, 6000 Frankfurt 70, für DM 1,–.

4. unctad-info Nr. 1 – 6 der unctad-kampagne. Diese Kampagne unterstützt die Forderungen der Entwicklungsländer auf der UNCTAD. Es wird eingegangen auf die derzeitige Situation der Entwicklungsländer, auf die Forderungen der Entwicklungsländer auf der UNCTAD und die Stellungnahmen der Industrieländer hierzu.
Kostenlos bestellbar bei der unctad-kampagne (siehe Punkt 3).

VERÄNDERUNGEN FÜR DIE 3.WELT?

„NEUE WELTWIRTSCHAFTSORDNUNG" – VERÄNDERUNGEN FÜR DIE DRITTE WELT?

H. Heyne

I. Das Konzept der „Neuen Weltwirtschaftsordnung"

Zwei Jahrzehnte wurde im institutionellen Rahmen der UNO zwischen armen und reichen Nationen fruchtlos dialogisiert. Ausgelöst durch die (scheinbare) Umschichtung von Macht und Reichtum durch die „Ölkrise" 1973 ist das Verlangen von Regierungsvertretern aus den Entwicklungsländern nach einer gerechteren Gestaltung der sozioökonomischen Beziehungen innerhalb des Weltwirtschaftssystems inzwischen lauter geworden. Die augenblickliche entwicklungspolitische Diskussion wird daher von dem Schlagwort „Neue Weltwirtschaftsordnung" bestimmt.

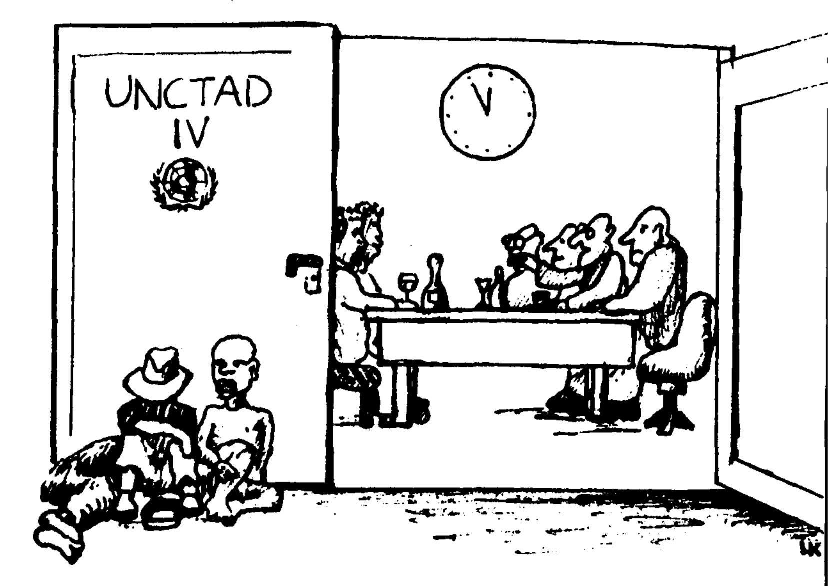
Die Auseinandersetzungen über eine Neugestaltung der Weltwirtschaft fand (und findet noch) statt in einer Serie internationaler Konferenzen, von denen derzeit die 4. Welthandelskonferenze (UNCTAD IV) im Mittelpunkt des Interesses steht; vor allem deshalb, weil es gerade hier um die konkrete Ausgestaltung einiger umstrittener Reformen im Bereich des Welthandels ging.

In Nairobi setzte sich fort, was auf der 3. Welthandelskonferenz (Santiago 1972) mit der Forderung des mexikanischen Präsidenten Luis Echeverria nach einer „Charta der wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Staaten" (endgültig verabschiedet auf der 29. UN-Vollversammlung, Dezember 1974) begonnen und in der „Deklaration zur Errichtung einer Neuen Weltwirtschaftsordnung" (auf Initiative des algerischen Staatspräsidenten H. Boumedienne auf der 9. UN-SonderVV 1974 angenommen) einen Höhepunkt gefunden hatte. Seither geht es auf allen Konferenzen und Dialogen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern um die Neuordnung des bestehenden Weltwirtschaftssystems.
Was genau verbirgt sich hinter dem Slogan „Neue Weltwirtschaftsordnung"? Wie sind die einzelnen Vorschläge und Diskussionen darüber kritisch einzuordnen?

a. Blockbildung innerhalb der UNCTAD

Zunächst einmal kann von einem Konflikt zwischen DEN Entwicklungsländern und DEN Industrieländern nicht gesprochen werden. Hinter den einzelnen Forderungen und Gegenpositionen auf UNCTAD IV stehen handfeste politische und wirtschaftliche Interessen, die zu einer viel differenzierteren Blockbildung geführt haben. Zum Beispiel haben ölexportierende und ölimportierende Entwicklungsländer in bezug auf die Ölpreisentwicklung widersprüchliche Interessen, was auch für andere auf dem Weltmarkt gehandelte Produkte zutreffen kann.

Bei den gegenwärtigen Auseinandersetzungen um die neue Weltwirtschaftsordnung tun sich inbesondere BRD und USA als Streiter gegen jegliche Änderung des jetzigen Systems hervor, von dem sie ja auch am meisten profitieren. Während es für die Vertreter der BRD in Nairobi vornehmlich um die Alternative „freie Marktwirtschaft" oder „dirigistische Misswirtschaft" ging (Genscher wollte auf der letzten UNO-Vollversammlung wenn schon, dann nur „mit fliegenden Fahnen untergehen"), hielten die USA wenigstens eine Art Gegenstrategie bereit (den sogenannten Kissinger-Plan), die mit einer Fülle von Einzelalmosen aufwartete, um die Ansprüche der Politiker aus der Dritten Welt zurückzuschrauben. Die anfänglich strikt ablehnende Haltung der meisten Industrieländer hatte überhaupt erst bewirkt, daß die Regierungen vieler Entwicklungsländer mit unterschiedlichen Interessen sich zu einer Einheit gegenüber den „reichen Ländem" zusammenschlossen. Innerhalb der „Gruppe der 77" (Bezeichnung für die Entwicklungsländer im UN-Bereich, mittlerwei-



le ca. 120 Mitglieder) gibt es einmal einen radikaleren Flügel um Wortführer Algerien, also ein Land mit antiimperialistischer Entwicklungsperspektive. Als dessen Außenminister Bouteflika den Vorsitz in der UNO-Vollversammlung führte, ist es zu diesem Zusammenschluß der Entwicklungsländer gekommen. Zum anderen gibt es einen „gemäßigten" Flügel um den mexikanischen Präsidenten Echeverria, dessen Bekenntnisse zum Sozialismus und zur Unabhängigkeit rein verbal sind und sich kaum in der Praxis mexikanischer Politik niederschlagen.
Wenn nun im folgenden näher auf die Neue Weltwirtschaftsordnung eingegangen werden soll, so ist vorauszuschicken, daß sich gleiche Forderungen durchaus nicht immer auf dieselben Motive zurückführen lassen, von daher also nur schlecht Rückschlüsse gezogen werden können auf den „Entwicklungsweg", der damit eingeschlagen werden soll. So kann die Forderung nach Stabilisierung und Erhöhung der Rohstoffpreise sowohl vom Verlangen nationaler Eliten nach erhöhten Exportprofiten bestimmt sein (z.B. Brasilien) als auch der Beschaffung von Devisen dienen, die ein rohstoffarmes Land mit sozialistischer Entwicklungsstrategie benötigt (z.B. Tansania).

b. Ziel der „Neuen Weltwirtschaftsordnung": Gerechtere Austauschverhältnisse auf dem Weltmarkt

Gemeinsam ist allen Forderungen im Rahmen der „Neuen Weltwirtschaftsordnung", daß allgemeine Aussagen über die politische Unabhängigkeit, Nicht-Einmischung, Befreiung vom Kolonialismus etc. vorangestellt werden, denen wohl alle Staaten, zumindest verbal, zugestimmt haben. Dabei ist anzumerken, daß die westlichen kapitalistischen Länder im allgemeinen nicht zur Wiedergutmachung imperialistischer und kolonialistischer Ausbeutung in der Vergangenheit aufgefordert werden, sondern nur eine „Chancengleichheit" im augenblicklichen Welthandel angestrebt wird.

Im Kern bezieht sich die Neue Weltwirtschaftsordnung lediglich auf den Komplex Rohstoffe und allgemeiner Handel zwischen westlichen Metropolen und Peripherien in der Dritten Welt.
Für die meisten Entwicklungsländer ist als koloniales Erbe u.a. eine Exportabhängigkeit von meist nur wenigen mineralischen oder landwirtschaftlichen Rohstoffen zurückgeblieben, die wesentlich niedrigere Handelsgewinne abwerfen als verarbeitete Produkte. Die meisten dieser unverarbeiteten Produkte unterliegen dem Diktat der Rohstoffbörsen in London und New-York, wo es – gesteuert von Terminmarktspekulationen – zu Preisschwankungen von bis zu tausend Prozent kommt (vgl. Schaubild „Wie die Spekulation funktioniert"). Weil die dadurch bedingten Schwankungen ihrer Einnahmen eine längerfristige Wirtschaftsplanung unmöglich machen, wollen viele Entwicklungsländer ihre Exporterlöse auf höherem Niveau stabilisieren; höhere und sichere Preise für ihre Exportprodukte würden den Entwicklungsländern ermöglichen, mehr Investitionsgüter aus den Industrieländern zu importieren. Das Verhältnis der Preise der exportierten Rohstoffe zu den Preisen der importierten Industriegüter (Austauschverhältnis bzw. „terms of trade") hat sich in den letzten 25 Jahren für die Entwicklungsländer verschlechtert, so daß sie für ihre Exporte immer weniger Investitionsgüter kaufen konnten. Daß dieses auf Marktmechanismen beruhende Austauschverhältnis – abgesehen vom Exportprodukt Rohöl – ohnehin ungerecht ist, zeigt sich am Maßstab der aufgewendeten Arbeitszeit (vgl. Schaubild „In Arbeitszeiten ausgedrückt findet ein ungleicher Tausch statt.")

Eine Gefahr der Neuen Weltwirtschaftsordnung liegt darin, daß gerechtere Austauschverhältnisse auf dem kapitalistischen Weltmarkt zu einer Stabilisierung der gegenwärtigen internationalen Arbeitsteilung führen können. Die Spezialisierung der Entwicklungsländer auf Rohstoffe und Agrarprodukte ist nämlich nicht naturgegeben und unüberwindbar, sondern das historische Produkt jahrhunderterlanger Fremdbestimmung durch die jetzigen Industriegesellschaften: Vor der Kolonialisierung bestand in der Dritten Welt eine Landwirtschaft, die auf die Versorgung der einheimischen Bevölkerung ausgerichtet war. Um unter Ausnutzung der günstigen natürlichen Bedingungen und der extrem billigen Arbeitskraft hohe Profite zu erwirtschaften, wurde von den Kolonialmächten die traditionelle Landwirtschaft weitgehend kaputtgemacht und stattdessen Monokulturen errichtet, deren Produkte ausschließlich für den europäischen

Welthandel/Rohstoffe

Rohwaren können an den Rohstoffbörsen (London, New York, Paris) auf Termin gekauft oder verkauft werden. Das heißt: Man kann Kaffee, Kakao, Zucker usw. kaufen, wenn diese noch gar nicht geerntet sind. Zum Zeitpunkt des Kaufs wird ein Termin der Lieferung vereinbart – meistens 3 oder 6 Monate später –, und der Käufer macht eine Anzahlung von 10 Prozent des vereinbarten Preises. Der Rest ist erst bei Ablieferung zu zahlen. Nun gibt es Händler, Maklerhäuser und Spekulanten, die Rohwaren in großem Stil auf Termin kaufen und wieder veräußern, bevor die Lieferung fällig ist.
Bei erwartetem Preisanstieg wird zum Beispiel im März die Ware auf 6 Monate (also mit Liefertermin September) zum vereinbarten Preis von 500 000 DM/Fr. gekauft. Es werden 10 %, d.h. 50 000 DM/Fr. angezahlt. Die Restzahlun wäre fällig im September; aber vor Ablauf des Termins, wenn der Marktpreis höher ist, wird die Ware wieder verkauft, also zum Beispiel für 550 000 DM/Fr. Der Gewinn beträgt 50 000 DM/Fr. oder 100 % des angezahlten Geldes. Der Käufer hat die Ware nie gesehen, sondern nur mit Papieren gehandelt.
Bei erwartetem Preisverfall wird umgekehrt vorgegangen: Der Spekulant verkauft Ware auf Termin, die er zunächst gar nicht besitzt. (Auf Termin verkaufen heißt, sich zur Ablieferung der vereinbarten Ware zu vereinbartem Termin für einen vereinbarten Preis verpflichten). Vor Ablauf des Termins kauft er neue Ware zu einem niedrigeren Preis, die er dann zum vereinbarten, höheren Preis abgibt. Auch so erhält er einen Gewinn.
Die Termingeschäfte mit Rohwaren werden unter Zuhilfenahme von Computern, durch Maklerfirmen in Zürich, Frankfurt, London usw. für Anleger und Spekulationswillige vermittelt. Die Verluste, die durch Fehlabschätzung der Preisentwicklung auftreten können, werden mit Computer begrenzt, indem die Kontrakte bei Umkehr der Preistendenz in Minutenschnelle an der Börse abgestoßen werden. Die Mindestkontraktsumme ist meist auf 300 000 bis 500 000 DM/Fr. festgelegt, damit nicht zu viele kleine Firmen mitmachen.

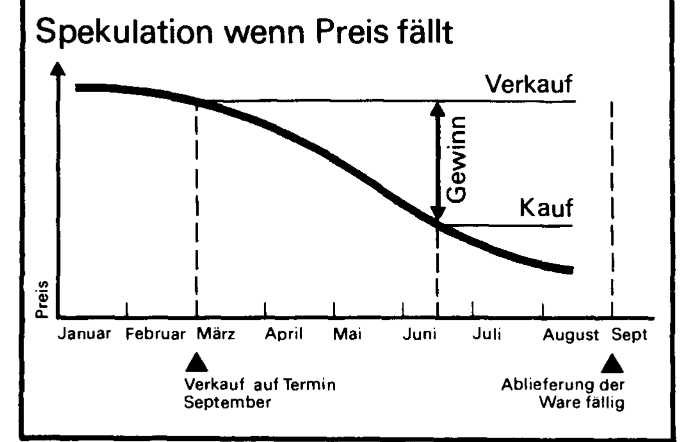
Wie die Spekulation funktioniert

Gewinnabschöpfung bei Rohwarentermingeschäften (schematisch)

Spekulation wenn Preis steigt

Verkauf
Gewinn
Kauf
Preis
Januar Februar März April Mai Juni Juli August Sept
Kauf der Ware auf Termin September
Lieferung der Ware fällig

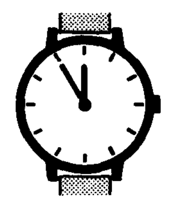
Spekulation wenn Preis fällt



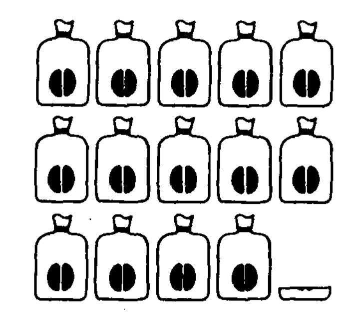
In Arbeitszeiten ausgedrückt findet ein ungleicher Tausch statt

Warentausch 1971–74

Schweiz



Tansania



1 Uhr

hergestellt in

3 Arbeits-Std.

(Entwicklung, Herstellung der Werkzeuge, Herstellung der Uhr)

14,2 kg Kaffee

hergestellt in

21 Arbeits-Std.

(Anbau, Pflege, Ernte, Waschen der Bohnen)

1 Arbeits-Std.
des Industrielandes tauscht sich gegen
7 Arbeits-Std.
des Entwicklungslandes

Vorbemerkung: Dieses Zahlenbeispiel ist vereinfacht und soll als Denkanstoß dienen. Die (repräsentativen) Zahlen sollen nur die Größenordnung veranschaulichen.

Im Durchschnitt der Jahre 1971 – 74 ließ sich, entsprechend den herrschenden Marktpreisen, 1 Schweizer Uhr gegen 14,2 kg Kaffe aus Tansania tauschen. (1) Zur Herstellung einer Uhr in der Schweiz (inbegriffen deren Entwicklung und die Herstellung der Werkzeuge) sind 3 Arbeitsstunden notwendig. (2) Die Herstellung der 14,2 kg Kaffee benötigt rund 21 Arbeitsstunden des tansanischen Kaffeepflanzers (Kaffeeanbau ist eine sehr arbeitsintensive Tätigkeit). (3)
Eine Arbeitsstunde in der Schweiz wurde also gegen 7 Arbeitsstunden des Tansaniers getauscht:es herrscht ein Verhältnis des ungleichen Tauschs (dies ungeachtet der Terms of Trade).

Mit dem Prinzip des ungleichen Tauschs läßt sich die Ausbeutung im internationalen Handelssystem am deutlichsten zeigen. Die Frage, ob die Arbeitszeit ungeachtet der Qualität und Produktivität der Beschäftigten als Beurteilungsmaßstab für die Tauschgerechtigkeit herangezogen werden soll, ist eine ethische Frage, die seit 130 Jahren in der Nationalökonomie debattiert wird (sog. Arbeitswertlehre).

Samir Amin hat ausgerechnet, daß selbst unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Produktivität (= Ertrag pro Arbeitszeiteinheit) ein ungleicher Tausch zwischen Industrie- und Entwicklungsländern stattfindet: Wenn die Industrieländer 1966 die Arbeitseinkommen in den Entwicklungsländern proportional zu deren (geringerer) Produktivität hätten entschädigen müssen, wäre der Wert ihrer Ausfuhrgüter 22 Mrd. Dollar (d.h. um 62 % des 1966 tatsächlich bezahlten Werts) höher gewesen. (5) Umgerechnet auf 1974 „schenken" also die armen den reichen Ländern durch ihre Güterexporte (ohne Erdöl) 36 Mrd. Dollar, dreimal soviel wie die öffentliche Entwicklungshilfe aller Industrieländer! Ohne die Berücksichtigung der Produktivitätsunterschiede müßten sich die Rohstoffpreise noch um ein Mehrfaches erhöhen.

Markt bestimmt waren („Kolonialwaren" wie Kaffee, Baumwolle, Sisal, Naturgummi usw.). Wenn sich die unterentwickelten Länder aufgrund günstigerer Austauschbedingungen auf dem Weltmarkt weiterhin auf lange Sicht auf solche Produkte spezialisieren, muß das also durchaus nicht den Bedürfnissen ihrer eigenen Bevölkerung entsprechen. Nur wenn die günstigeren Handelsbedingungen während eines bewußt als Übergangsphase verstandenen Zeitraums als Voraussetzungen für eine durchgreifende Veränderung der kolonialen Wirtschaftsstruktur genutzt werden, können sie langfristig den Bedürfnissen der einheimischen Bevölkerung in den unterentwickelten Ländern gerecht werden.

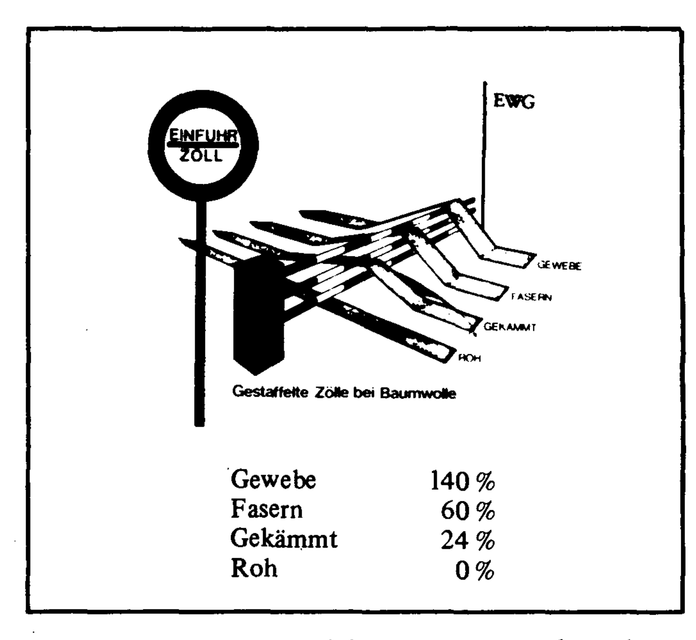
c. Hauptinstrument der „Neuen Weltwirtschaftsordnung": Integriertes Rohstoffprogramm

In der Argumentation vieler Regierungsvertreter soll ein „gerechtes Exporteinkommen" die Möglichkeit bieten, langfristigen Entwicklungsplänen eine gesicherte Grundlage zu verschaffen. Als ein Instrument hierzu wird dabei der Zusammenschluß zu Produzentenkartellen diskutiert. Jedoch scheint das Beispiel der OPEC (Zusammenschluß der ölexportierenden Länder) in anderen Bereichen kaum wiederholbar zu sein. Zum einen ist die Abhängigkeit der Industrieländer im Energiebereich besonders gravierend, da sie – etwa im Gegensatz zu Kupfer oder Zinn – einem Boykott der Produzentenländer kaum mit strategischen Lagern vorbeugen können (Lagerkosten sind bei Rohöl besonders hoch). Zum anderen läßt sich bei Erdöl die Förderung problemlos kurzfristig regulieren, während landwirtschaftliche Produkte verhältnismäßig rasch nach der Ernte vermarktet werden müssen und deshalb den Entwicklungsländern kaum Möglichkeiten bieten, Preisdruck auszuüben.
Anstelle von Produzentenkartellen stand deshalb auf der UNCTAD-Konferenz auch das sogenannte „Integrierte Rohstoffprogramm" (auch Corea-Plan, nach dem Unctad-Generalsekretär) im Vordergrund. Dieser Plan sieht ein ganzes Paket von sich gegenseitig unterstützenden Maßnahmen für eine Reihe von Rohstoffen vor, um Preise, Produktion und Absatz zu stabilisieren. Im einzelnen sieht das Inte-

grierte Rohstoffprogramm, das jetzt etwa noch 10 der wichtigsten Produkte umfassen soll, folgende Maßnahmen vor:
1. Ausgleichslager („bufferstocks") als Puffer für Produktions- und Nachfrageschwankungen; sie sollen gemeinsam finanziert werden (Kosten etwa 30 Mrd. DM).
2. Direkte Liefer- und Abnahmegarantien der beteiligten Länder (Ausschaltung der Börsenspekulation).
3. Schaffung eines Finanzierungsfonds zur Sicherung stabilerer Exporteinnahmen.
4. Produktionsverbreiterung (Produktion mehrerer Rohstoffe, „horizontale Diversifizierung") in den Produzentenländern.
5. Bindung der Rohstoffpreise an die Preisentwicklung für die von den Entwicklungsländern importierten Industriegüter („Indexierung").
Dieses Rohstoffprogramm ist der Hauptgegenstand der Kontroverse um eine neue Weltwirtschaftsordnung. Es wird von den meisten Industrieländern bekämpft unter Hinweis darauf, daß das „freie Spiel der Marktkräfte" ausgeschaltet würde und außerdem nur Überproduktionen gefördert würden, mit der Konsequenz, eine ganze Reihe von Überschußlagern ähnlich den EWG-Bergen subventionieren zu müssen: eine Befürchtung, die begründet ist, wenn mit den internationalen Preisregelungen keine entsprechende Produktionsplanung verbunden wird. Wie sich die „freien Kräfte auf den Weltmärkten" bei den gegebenen extremen Ungleichgewichten von Wirtschaftsmacht auswirken, braucht hier wohl nicht mehr erläutert zu werden (vgl. dazu auch die Artikel von Angelika Feldmann in: Abhängigkeit der Dritten Welt, Broschüre des iz3w Freiburg). Wichtig ist, daß das Rohstoffprogramm (anders als die EG-Marktordnung) Maßnahmen vorsieht, die die Bildung von teuren „Rohstoffbergen" zumindest unwahrscheinlich machen (Produktionsbeschränkungen, Preis- und Lagerhöchstgrenzen). Außerdem ist eine Ausgleichsfinanzierung zur Stabilisierung der Exporterlöse (Punkt 3) schon in abgewandelter Form zwischen der EG und den AKP-Staaten im Rahmen der Lomé-Konvention in Kraft (AKP = afrikanische, karibische und pazifische Staaten). So hat man sich denn auch in Nairobi zumindest auf einen derartigen Ausgleichsfonds einigen können.
Ein anderes Argument der Industrieländer bezieht sich auf die Maßnahme der Indexierung:es wird eingewendet, daß sie die weltweite Inflation anheizen würde. Dem ist entgegenzuhalten, daß einerseits der Kostenanteil für Rohstoffe aus der Dritten Welt relativ begrenzt ist – jedenfalls wesentlich geringer als für den Hauptenergieträger Öl. Andererseits mutet dieses Argument den Entwicklungsländern zu, die Folgen der Inflation in den Industrieländern ohne Entschädigung zu tragen.

d. Instrument der „Neuen Weltwirtschaftsordnung": Förderung der Weiterverarbeitung von Rohstoffen (Vertikale Diversifizierung)

Ein weiterer Hauptbestandteil der Neuen Weltwirtschaftsordnung betrifft den Handel mit Fertigwaren. Hier wurde von der UNCTAD seit jeher eine Liberalisierung des Welthandels gefordert, d.h. freierer Zugang für verarbeitete Produkte aus Entwicklungsländern auf die Märkte der Industrieländer mit dem Ziel, die industrielle Entwicklung in der Dritten Welt zu fördern. Bezeichnend für den ideologischen Charakter der Argumentation der Industrieländer ist, daß sie, die das Integrierte Rohstoffprogramm gerade mit dem Hinweis auf das „freie Spiel der Marktkräfte" ablehnen, auf die Schutzzölle für ihre eigenen Produkte (z.B. Textilien) nicht verzichten wollen.
Im Rahmen der Neuen Weltwirtschaftsordnung sollen vor



Gestaffelte Zölle bei Baumwolle

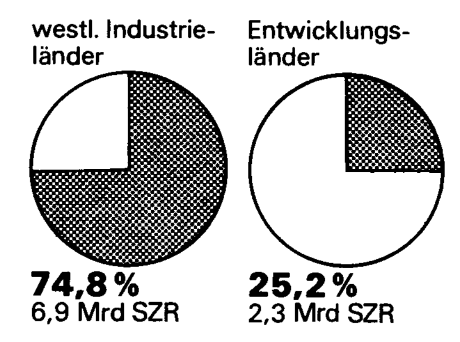
Gewebe	140 %
Fasern	60 %
Gekämmt	24 %
Roh	0 %

allem arbeitsintensive Produktionen aus den Industrieländern ausgelagert und der Aufbau solcher Industrien in den Entwicklungsländern gefördert werden, so daß dort Schritt für Schritt immer höherwertige Güter produziert werden. Auf der zweiten UNIDO-Generalversammlung in Lima (UNO-Organisation für industrielle Entwicklung, Lima 1975) wurde in diesem Zusammenhang das Ziel aufgestellt, den Anteil der Entwicklungsländer an der Weltindustrieproduktion von jetzt 7 auf 25 Prozent im Jahre 2000 auszudehnen.
Zwei Tendenzen sollen hier den Hintergrund verdeutlichen. Einmal haben die bisherigen Ergebnisse gezeigt, daß Vorzugszölle für Fertigwaren aus Entwicklungsländern nur für wenige Länder von Vorteil waren (z.B. Hongkong und Korea. Vgl. Schaubild „Vorzugszölle nützen nur den reichen Entwicklungsländern). Andererseits sind von dieser Regelung die sogenannten „sensiblen" Produkte, für welche ein Produktionsinteresse in den Industrieländern besteht (z. B. Textilien, Schuhe) ausgenommen. Gerade in diesen Bereichen erblicken viele Entwicklungsländer aber besondere Wachstumchancen.
Bei Gewährung von Vorzugszöllen auf Fertigwaren profitieren vor allem die multinationalen Konzerne davon, noch stärker als bisher in sogenannte „Billiglohnländer" ausweichen zu können. Sie kontrollieren in der Regel mit regional konzentrierter, kapitalintensiver Produktion den Export von Halb- und Fertigwaren vieler Entwicklungsländer.
Leichterer Zugang zu den Märkten der Industrieländer kann ähnlich wie die Erhöhung und Stabilisierung der Rohstoffpreise dazu führen, daß auch die industrielle Produktion der entwicklungsgehemmten Länder weiterhin an den Bedürfnissen der Industriegesellschaften orientiert bleibt und damit die bestehende Abhängigkeit verfestigt wird. Daß dies tatsächlich häufig der Fall ist, geht daraus hervor, daß ständig die Notwendigkeit einer Übernahme der westlichen Technologie betont wird. Im Rahmen der Neuen Weltwirtschaftsordnung ist vorgesehen, durch den „Verhaltenskodex für den Transfer von Technologie" technisches Wissen, Patente etc. zu günstigeren Konditionen in noch größerem Umfang als bisher von den kapitalistischen Industriestaaten zu beziehen. Diese Tendenz läuft – ähnlich wie die Forderung mancher Entwicklungsländer nach eigenen multinationalen Konzernen – darauf hinaus, die westliche kapitalistische Entwicklung lediglich zu imitieren.

Das internationale Währungssystem benachteiligt die schwachen Länder

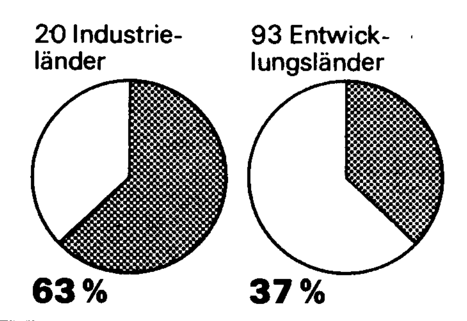
Zuteilung der Sonderziehungsrechte (Papiergold) bis 1974

‹Wer hat, dem wird gegeben ... ›



Stimmenverteilung in Weltbank und Währungsfonds

‹Wer zahlt, befiehlt›



Finanzbeziehungen/Währungssystem

Sonderziehungsrechte sind ein unentgeltlich geschaffenes Zahlungsmittel, das den Nationalbanken der Länder zur Begleichung von Schulden zur Verfügung gestellt wird. Sie sind eine Art Goldersatz (Papiergold), der nichts kostet und faktisch nicht zurückgezahlt wird. In den ersten drei Jahren des Bestehens wurden insgesamt 9,135 Milliarden SZR (24,5 Mrd. DM) geschaffen. Die westlichen Industrieländer und ein paar besser gestellte Länder in der Dritten Welt (Brasilien, Mexiko) verfügten bis 1974 zusammen über drei Viertel, alle Entwicklungsländer zusammen nur über ein Viertel der SZR (1).

Allein die USA und England erhielten 1970-73 durch tatsächliche Beanspruchung mehr Sonderziehungsrechte als alle Entwicklungsländer zusammen.

Seit 1972 schlägt die UNCTAD vor, zwischen der Geldbeschaffung durch Sonderziehungsrechte (SZR) und Entwicklungshilfe eine Koppelung („Link") zu schaffen, indem ein Teil der neugeschaffenen SZR für die Hilfe verwendet wird. Obschon mehrheitlich angenommen, wurde der Vorschlag vom Internationalen Währungsfonds bisher nicht verwirklicht.

Sowohl in der Weltbank als auch im Internationalen Währungsfonds (IWF), der Behörde, die sich mit zwischenstaatlichen Zahlungen befaßt, verfügen die 93 Entwicklungsländer nur über 37 % der Stimmen, obwohl sie mehr Menschen zählen als die 20 beteiligten Industriestaaten. Diese Stimmenverteilung und Weltwährungsordnung stammen aus dem Jahre 1944. Seit Jahren harrt das Problem der Währungsreform einer Lösung. (2)

e. Instrument der „Neuen Weltwirtschaftsordnung": Reform des Weltwährungssystems

Neben dem Rohstoffbereich wichtigster Punkt der Vorschläge für die Neue Weltwirtschaftsordnung in Nairobi war die Schuldenfrage. Insgesamt betragen die Schulden der Entwicklungsländer bei den Industriestaaten weit über 100 Mrd. Dollar. Wenn man bedenkt, daß von der sogenannten „Kapitalhilfe" nach Abzug der Schuldendienste den Entwicklungsländern bestenfalls ein Viertel verbleibt, ist eine Rückzahlung der eingegangenen Verpflichtungen unter den gegebenen Verhältnissen aussichtslos. Teilweise wird daher ein allgemeiner Schuldenerlaß („Moratorium") gefordert.

Insgesamt soll im Rahmen der Neuen Weltwirtschaftsordnung das gesamte Währungssystem mehr auf die Belange der Entwicklungsländer zugeschnitten werden. Der Fluß finanzieller Ressourcen soll ohne hemmende Auflagen weitgehend automatisiert, d.h. allgemein vertraglich geregelt und somit der bei Einzelfallentscheidungen gegebenen strengen Kontrolle durch die Industrieländer entzogen werden. (vgl. Schaubild „Das internationale Währungssystem benachteiligt die schwachen Länder").
Auch hier wieder dieselbe Tendenz: In der Neuen Weltwirtschaftsordnung weisen die Vertreter der Dritten Welt ausdrücklich darauf hin, daß sie auf technische und finanzielle Hilfe der kapitalistischen Industrieländer in noch stärkerem Maße zurückgreifen wollen wie bisher. Damit bejahen viele das System der kapitalistischen Weltwirtschaft als ganzes, streben aber innerhalb dieses Systems größere Mitbestimmungs- und Kontrollrechte an. Hierbei muß allerdings bedacht werden, daß die Reform des Weltwährungssystems auch für die Länder, die eine wirtschaftliche Unabhängigkeit und Selbständigkeit anstreben, bessere Bedingungen für ihre Entwicklungspolitik schafft.

f. Der Widerstand der Industrieländer gegen die „Neue Weltwirtschaftsordnung"

In der Gruppe der westlichen Industrieländer reichen die Positionen gegenüber der Neuen Weltwirtschaftsordnung von Zustimmung (Holland, Schweden) bis zur strikten Ablehnung (BRD, USA). Die Bundesrepublik betreibt mit ihrer Argumentation eine Art Hinhaltetaktik. Sie will allenfalls Sondervereinbarungen „von Fall zu Fall" und „von Land zu Land" verschieden zulassen.
Selbst wenn die Bestrebungen der meisten Entwicklungsländer insgesamt auf eine Aufrechterhaltung der bestehenden Weltwirtschaft hinauslaufen, von der die Bourgeoisien der Industrieländer am meisten profitieren, ist der Widerstand von seiten der Industrieländer insofern erklärlich, als ja auch ein systemimmanenter Verteilungskampf ihre Privilegien zu schmälern droht. (Die Reaktion der imperialistischen Mächte ist allerdings weit härter, wenn die Regierung eines Entwicklungslandes die Unabhängigkeit vom Weltmarkt und den multinationalen Konzernen anstrebt. Vgl. etwa die ökonomischen Sanktionen gegen Chile während der Zeit der Unidad-Popular-Regierung).

Aus einem Interview des Südwestfunk-Mitarbeiters Peter Klein mit Bundesminister Egon Bahr zu Problemen der UNCTAD-Konferenz:

Frage (Klein): ... Die Entwicklungsländer wollen – vereinfacht ausgedrückt –, daß die zehn wichtigsten Rohstoffe, Erdöl ausgenommen, so bezahlt werden, daß die Entwicklungsländer in die Lage versetzt werden, Industriegüter zu kaufen. Ist diese Forderung berechtigt?

Antwort: Ja, sie ist berechtigt; wenn ich mich auf den Standpunkt der Entwicklungsländer stelle, dann habe ich dafür sehr viel Sympathie. Sie ist für uns nicht akzeptabel. Sie ist berechtigt, weil die Entwicklungsländer daran interessiert sind, festere, stabilere Preise für ihre Rohstoffe zu erlösen, damit sie damit auch fester rechnen können. Sie ist nicht akzeptabel von unserem Standpunkt, weil sie marktwirtschaftlich nicht durchsetzbar ist; sie wäre mit unserem marktwirtschaftlichen System nicht vereinbar.

...

Frage: Stimmen Sie zu, wenn jemand sagt – das ist jetzt etwas provozierend ausgedrückt –, die Entwicklungsländer seien früher ausgebeutet worden, heute würden sie ausgespielt durch den sogenannten freien Markt, der gar nicht frei sei, sondern von den Industrie-Nationen manipuliert wird?

Antwort: Das ist sehr hart ausgedrückt, aber es ist im Grunde ein Kennzeichnen des Marktes, daß er sich mit allen Kräften seine Wege sucht und schafft. Und wenn er die Kraft hat, seine Wege und Märkte auch sichert. Und wir haben es hier mit einer Art von Denken zu tun, die die Nützlichkeit und den Egoismus in den Mittelpunkt stellt, und wir haben es bisher noch nicht zu tun mit der weltweiten Übertragung dessen, was uns in der Innenpolitik ganz geläufig ist; wir haben nämlich in der Innenpolitik bei uns ja auch keine freie Marktwirtschaft, sondern wir haben sehr bewußt von einer ‚sozialen' gesprochen. Das heißt, wir sehen, daß es Schwache gibt, die es zu schützen gilt. Und dieses Denken ist weltweit bisher nicht etabliert.

Frage: Wünschenswert wäre also eine soziale Welt-Marktwirtschaft?

Antwort: Ganz recht.

g. Allgemeine Kritik am Konzept der „Neuen Weltwirtschaftsordnung"

Zunächst ist es nötig, den Gesamtumfang der möglichen Einkommensverteilung durch die Neue Weltwirtschaftsordnung zu charakterisieren. Würden alle Vorschläge durchgesetzt, beliefe sich der Einkommenstransfer auf etwa 2 Prozent des Sozialproduktes der Industrieländer und käme in dieser Größenordnung etwa der Umschichtung durch die Ölpreiserhöhung gleich. (Verteilt auf alle Entwicklungsländer ist das außerordentlich wenig).
Kurz gefaßt läßt sich die Neue Weltwirtschaftsordnung auf folgende Formel bringen: Weitere Integration der Dritten Welt in das bestehende Weltwirtschaftssystem . Es wird immer wieder hingewiesen auf die Notwendigkeit von Krediten, von einer Übernahme der westlichen Technologie und von Privatinvestitionen westlicher Großunternehmen. Aus Äußerungen vieler Regierungsvertreter aus Entwicklungsländer geht hervor, daß sie ihre Volkswirtschaften noch stärker als bisher auf den kapitalistischen Weltmarkt ausrichten wollen. Besonders die Erleichterung des Zugangs zu den Märkten der Industriestaaten birgt die Gefahr in sich, daß die Produktion der Dritten Welt in Zukunft noch stärker als bisher an kapitalistischen Produktions- und Konsummustern orientiert wird.
Die Bedeutung der im Rahmen der Neuen Weltwirtschaftsordnung gemachten Vorschläge für die internationalen Wirtschaftsbeziehungen besteht darin, das bestehende kapitalistische Weltwirtschaftssystem zu reformieren. Also im wesentlichen eine Neuverteilung der zukünftigen, zusätzlichen Handelsgewinne und keine Umverteilung der vorhandenen Wirtschaftsmacht. Dabei bleiben seine charakteristischen Merkmale, z.B. die internationale Arbeitsteilung, erhalten. Die Vorstellung von einer „interdependent-kooperativen Weltwirtschaft", in der die Partner sich gleichberechtigt gegenüberstehen und ihre Konflikte harmonisch lösen, entbehrt der realen Grundlage. Die Entwicklungsländer verfügen über keine ausreichende Macht, um Forderungen durchzusetzen, die keinerlei Übereinstimmung mit den Interessen des internationalen Kapitals haben. Ihre Schwäche wird vertieft durch die Neigung vieler Entwicklungsländer, wirtschaftliche Vorteile individuell anzustreben, was einen Konkurrenzkampf zwischen ihnen zur Folge hat. Zwar sitzen, wie oft betont wird, alle in einem Boot; doch geht die Diskussion darüber, wer zuerst den Haien zum Fraß vorgeworfen wird. Und solange sich die politischen Vertreter der Entwicklungsländer innerhalb eines von den Industrieländern vorgezeichneten Weges bewegen, sitzen letztere eben am längeren Hebel.
Diese allgemeine Kritik trifft nicht für Länder zu, deren Entwicklungspolitik bewußt auf eine größere Unabhängigkeit vom Weltmarkt abzielt sowie auf den Aufbau einer Produktion, die hauptsächlich auf die Bedürfnisse der einheimischen Bevölkerung ausgerichtet ist.

II. Wem nützt die „Neue Weltwirtschaftsordnung"?

Die folgenden Überlegungen sehen von solchen Ländern mit fortschrittlicher Entwicklungspolitik ab und beziehen sich lediglich auf die Staaten, in denen eine parasitäre Oberschicht unangefochten die politische Macht innehat und ihre Profitinteressen verfolgen kann.
Eine Konsequenz aus der Neuen Weltwirtschaftsordnung betrifft die Stellung der Länder der Dritten Welt zueinander. Wie schon bei den Zollpräferenzen oder bei den Kreditmöglichkeiten gezeigt, sind es die reicheren Entwicklungsländer, denen die größten Vorteile erwachsen würden, während die ärmeren zurückbleiben.
Die am wenigsten entwickelten Länder (im UN-Jargon MSAC's genannt = most seriously affected countries), die von der Erhöhung der Ölpreise am schwersten betroffen sind, über keine Rohstoffe verfügen und denen deshalb kaum Kredite gewährt werden, würden am wenigsten von verbesserten Handelsbeziehungen im Rahmen der Neuen Weltwirtschaftsordnung profitieren. Zwar sind besondere Hilfsmaßnahmen für solche Länder vorgesehen, doch würde eine Verwirklichung der Neuen Weltwirtschaftsordnung den Einkommensunterschied zwischen verschiedenen Dritte-Welt-Ländern sogar noch vergrößern.
Eine weitere Konsequenz der Neuen Weltwirtschaftsordnung betrifft die sozialen und politischen Verhältnisse innerhalb der einzelnen Entwicklungsländer. Viele Politiker

der Dritten Welt vertreten nur vordergründig die Interessen der gesamten Bevölkerung. In Wirklichkeit nehmen sie entweder direkt die Interessen der Industrieländer und insbesondere der multinationalen Konzerne wahr, denen sie ihre Machtpositionen verdanken, oder sie bewegen sich aufgrund übernommener kapitalistischer Produktions- und Konsumstrukturen in einem indirekten Abhängigkeitsverhältnis zur Entwicklung der westlichen Zentren; weil das Schicksal dieser Brückenkopfeliten eng mit dem des ausländischen Kapitals verknüpft ist, würden **grundsätzliche** Veränderungen der bestehenden Wirtschaftsbeziehungen die privilegierte Stellung dieser Oberschichten in ihren Ländern gefährden. Statt radikaler Veränderungen streben sie daher Reformen im Rahmen der Neuen Weltwirtschaftsordnung an, wozu sie insbesondere aus den beiden folgenden Gründen gezwungen sind:

a) die augenblicklichen weltwirtschaftlichen Entwicklungen drohen auch den relativ modernen, kapitalistischen Wirtschaftssektor von Entwicklungsländern aus dem Gesamtsystem zu desintegrieren (Schwindender Anteil der Entwicklungsländer am Welthandel, sinkende Rohstoffabhängigkeit der Industrieländer aufgrund von Substitution durch Kunstfasern u.ä., wachsender Anteil des Handels zwischen den Industrieländern),

b) die herrschenden Oberschichten sehen sich zu ideologischen Beschwichtigungen breiter Bevölkerungsschichten ihrer Länder gezwungen, seit diese ein wachsendes Selbstbewußtsein entwickeln und sich gegen ihre Ausbeutung zu wehren beginnen.

Schuldenlast der Entwicklungsländer

Ausstehende öffentliche Auslandsschulden der Entwicklungsländer .. in Mrd. $

1970 1973 1978*

Ostasien: 6,97 11,36 22,66
Südasien: 11,72 15,43 23,13
Lateinamerika: 15,46 21,45 37,25
Afrika: 8,10 13,83 23,91
Naher Osten: 5,68 10,11 23,23
Südeuropa: 5 09 7,95 10,95

*Schätzung der Weltbank

In dem Maße, wie die bestehenden sozio-ökonomischen Beziehungen zwischen Peripherie und Zentren auf Weltebene durch die Neue Weltwirtschaftsordnung ausgebaut würden, würden sich auch die Abhängigkeitsverhältnisse zwischen lokalen Zentren und Peripherien innerhalb der Dritten Welt verfestigen. In Brasilien z.B. würden Vorzugszölle für Fertigwaren auf ein noch hektischeres industrielles Wachstum im Gebiet von Sao Paulo hinauslaufen, während andere Regionen des Landes, insbesondere der Nordosten, weiterhin lediglich als Arbeitskräftereservoir für das Subzentrum Sao Paulo dienen und in totaler Armut und Rückständigkeit verharren. Hieran zeigt sich, daß auch die Neue Weltwirtschaftsordnung an der Befriedigung der elementaren Lebensbedürfnisse der breiten Massen vorbeigeht.

Inwieweit nicht doch Änderungsprozesse, die der breiten Bevölkerung nützen, durch die Neue Weltwirtschaftsordnung eingeleitet werden können, hängt davon ab, in welchem Maße es den Massen in den Peripherien gelingt, sich zu organisieren und ihre berechtigten Interessen innerhalb des jeweiligen Entwicklungslandes durchzusetzen.

III. Alternative zur „Neuen Weltwirtschaftsordnung": Strategie der Loslösung aus dem Weltmarkt

Es ergibt sich nun die Frage: welche Alternativen können dem Konzept der Neuen Weltwirtschaftsordnung entgegengestellt werden?
Eine konsequente Alternative wäre eine Strategie der Loslösung von den Zentren wirtschaftlicher Macht. Unter diesem Sammelbegriff lassen sich einige Einzelkonzepte zusammenfassen (autozentrierte Entwicklung, self-reliance, disengagement etc.). Eindeutiges Ziel solcher Strategien ist die Befriedigung der Grundbedürfnisse der unterprivilegierten Massen. Hierzu müßten die bestehenden sozio-ökonomischen Beziehungen zu den Zentren langfristig weitgehend abgebaut und nur auf die notwendigen beschränkt werden.
Handelsbeziehungen mit den Industrieländern würden dann nur noch selektiv bestehen. Gerade auf den Empfang traditioneller Entwicklungshilfe müßte im Rahmen der Strategie der Loslösung verzichtet werden, ebenso wie auf die Durchdringung der unterentwickelten Gesellschaften mit dem Kapital und der Technologie der Industrieländer.
Stattdessen würden die Eigenkräfte mobilisiert. Hierzu gehört in erster Linie der Ausbau eines funktionsfähigen Binnenmarktes, der auf die eigenen Notwendigkeiten zugeschnitten ist und nicht nur auf Signale aus den Industrieländern reagiert. Dieser Binnenmarkt fördert vor allem Produktion und Verteilung von Gütern des Basisbedarfs auf der Grundlage der Priorität für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse, während im Rahmen der Neuen Weltwirtschaftsordnung gerade umgekehrt die Exportproduktion angereizt werden soll. Zusammen mit der Exportproduktion würden bei einer Strategie der Loslösung auch die Privilegien der Oberschichten beschnitten, deren Interesse daher verständlicherweise eher auf die Neue Weltwirtschaftsordnung zielt.
Gleichzeitig mit der Entwicklung einer eigenen Basisproduktion müßten auch die Austauschbeziehungen mit anderen, ähnlich strukturierten Entwicklungsländern ausgebaut werden, um räumlich größere Einheiten zu schaffen; eine vollständige Autarkie, wie sie von der Volksrepublik China während der Aufbauphase der 60iger Jahre verwirklicht wurde, läßt sich anderswo wohl kaum durchführen.

Die grundlegende Forderung nach dem Ausbau eines funktionsfähigen Binnenmarktes mit dem Zuschnitt der Produktion auf die Basisbedürfnisse steht langfristig im Widerspruch zu der UNCTAD-Strategie des „Wachstums durch Handel und Kooperation".
Im Rahmen einer Strategie der Loslösung stellt sich das Problem, inwieweit Kriterien erarbeitet werden können, nach denen die Produktion bestimmter Güter und die Aufnahme bestimmter Wirtschaftsbeziehungen als „nützlich" oder „nicht nützlich" (bzw. „notwendig" oder „nicht notwendig") eingestuft werden können. Eine Strategie der Loslösung bedeutet auch die Abkehr von Entwicklungsmodellen, die in den europäischen oder aus Europa verpflanzten Zentren entworfen worden sind.
Eine solche „intellectual self-reliance" findet in der UNO schon die Unterstützung einiger unabhängiger Forscher und Politiker.

Seerecht

Zu den Themen der Konferenz

1. Vorgeschichte der Konferenz

Im Jahre 1609 formulierte der Holländer Hugo Grotius zum Schutze des holländischen Ostindienhandels den Grundsatz von der Freiheit der Meere, nachdem es jedem frei steht, „auf dem Meere zu fahren, ohne von einem Fürsten besondere Erlaubnis erhalten zu haben." (2, S. 3). Dieser Grundsatz wurde von den großen Seemächten jahrhundertelang gewahrt, um den Handel und die freie Bewegung der eigenen Flotten zu ermöglichen.

Die erste Einschränkung der Freiheit der Meere verfügten die USA: Die Truman-Doktrin vom 28.9.1945 erweiterte die US-amerikanische Rechtsprechung über die Territorialgrenzen der USA hinaus auf den bis zu einer Tiefe von 200 Metern reichenden Festlandsockel. Das bedeutete einen Erwerb von ca. 700 000 Quadratmeilen (etwa die zehnfache Fläche der BRD). Andere Nationen folgten bald mit ähnlichen Ansprüchen.

Um diese und andere Änderungen des Seerechts zu beraten und dann allgemeinverbindliche Regelungen festzulegen, fand in Genf 1958 die erste Seerechtskonferenz statt. Es ergaben sich jedoch kaum Erfolge: Die vier dort ausgehandelten Konventionen wurden nur von etwa der Hälfte der teilnehmenden Staaten unterschrieben. Die strittigen Punkte (Breite der Territorialgewässer und der Fischereizone) wurden daraufhin auf der zweiten Seerechtskonferenz (Genf 1960) erneut diskutiert, aber eine Einigung blieb aus. Darüber hinaus haben die meisten Entwicklungsländer, die erst später formell unabhängig wurden, die Konvention von 1958 nicht anerkannt, da sie darin eine einseitige Privilegierung der großen Industriestaaten sahen.

Die wissenschaftliche und technologische Entwicklung der folgenden Jahre führte zu einer erheblichen Ausweitung der Fernfischerei, sowie zu der Möglichkeit, auch in tiefer gelegenen Meeresböden nach Erdöl und Erdgas zu bohren. Außerdem rückte ein Abbau der auf dem Boden der Tiefsee liegenden Mineralien in den Bereich des technisch Möglichen. Aufgrund der (noch geltenden) Freiheit der Meere können daher die Industrienationen derzeit die neuen Technologien zum eigenen Vorteil einsetzen: Mit hochtechnisierten Fischfangflotten operieren sie vor fremden Küsten, sie bohren in verschiedenen Teilen des Meeres nach Erdöl; ihre Militärschiffe beherrschen die Ozeane.

Aus diesen und anderen Gründen forderte der UN-Botschafter Maltas 1967 eine wirksame internationale Kontrolle über das Meer und den Ozeanboden außerhalb einer klar definierten nationalen Jurisdiktion. Daraufhin beschäftigte sich die UNO erneut mit diesem Thema: Die Vollversammlung erklärte 1970 den internationalen Meeresboden zum „gemeinsamen Erbe der Menschheit", das unangetastet bleiben müsse, bis eine neue Nutzungsordnung geschaffen sei. Gleichzeitig wurde die dritte Seerechtskonferenz einberufen. Die ersten vier Sitzungsperioden dieser Konferenz fanden bereits statt: Dezember 1973 in New York; Juni bis August 1974 in Caracas; März/April 1975 in Genf; März bis Mai 1976 in New York. Trotz dieser langen Verhandlungen sind die vier Hauptprobleme dieser Konferenz bislang noch nicht eindeutig gelöst:

1) Ausdehnung der nationalen Hoheitszone
2) Ausbeutung der Meeresschätze, insbesondere der Mineralien auf dem Meeresboden (der sog. Manganknollen)
3) Maßnahmen gegen eine Verschmutzung der Meere
4) Durchfahrtsrechte in Meeresstraßen

Im folgenden Artikel soll nicht auf alle Einzelheiten der Verhandlungen der Seerechtskonferenz eingegangen werden, sondern es werden nur zwei Schwerpunkte behandelt:

Zum einen wird die wirtschaftliche Bedeutung der Weltmeere aufgezeigt, damit deutlich wird, welche Auswirkungen eine neue Seerechtsregelung haben kann. Zum zweiten wird über den gegenwärtigen Stand der Verhandlungen berichtet, wobei insbesondere auf die Differenzen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern eingegangen wird.

2. Wirtschaftliche Bedeutung der Weltmeere

2.1. Schiffahrt

Von allen Transportmitteln erbringt die Übersee-Schiffahrt die größte Transportleistung. Die Transportmengen der Welthandelsflotte liegen über 2 700 Mio Tonnen pro Jahr (4, S. 10). Daneben dienen die zahlreichen im Meer verlegten Seekabel zur Nachrichtenübermittlung zwischen den Kontinenten. Von Bedeutung sind auch die militärischen Flotten der Großmächte: Sie benutzen die Weltmeere als Aufmarschgebiete für ihre Militäreinheiten, die auf diese Weise in den verschiedensten Regionen der Welt eingesetzt werden können. So verfügt z.B. die sowjetische Marine über 17 000 Mann Marineinfanterie, also beständig auf Schiffen stationierte Landungstruppen (5).

2.2. Nahrung aus dem Meer

Der Fischfang trägt derzeit mit etwas mehr als einem Prozent zur Weltnahrungsmittelproduktion bei. (1, S. 7)
Von den etwa 70 Mio Tonnen Fisch, die pro Jahr gefangen werden (4, S. 4), gehen etwa 60 Prozent in die nördlichen Industriestaaten (mit nur einem Drittel der Weltbevölkerung). Diese Situation wird noch dadurch verschärft, daß in Peru, wo etwa ein Siebtel des Weltfischfangs angelandet wird, der größte Teil dieser Fänge zu Fischmehl verarbeitet und dann in westliche Industrieländer (vorwiegend USA und BRD) exportiert wird. Diese unbefriedigende Situation ließe sich verbessern, indem die Fischfangquoten der Entwicklungsländer erhöht werden und der Raubbau durch Fernfangflotten eingeschränkt wird. Die erstgenannte Möglichkeit wird derzeit im Rahmen einiger Entwicklungshilfeprojekte gefördert: So liefert z.B. die BRD an Indonesien die Ausrüstung für einen Fischerei-Forschungskutter, damit die Fischbestände der Java-See festgestellt und erschlossen werden können. (6, S. 23) Ein ähnliches Projekt führt die UdSSR in Zusammenarbeit mit der FAO an den Küsten Schwarzafrikas durch (7, S. 1). Zu diesen Projekten ist anzumerken, daß sie nur dann der einheimischen Fischerei nützen können, wenn verhindert wird, daß die dabei „erschlossenen" Fischbestände Zielscheibe der Fangflotten Der Industrieländer werden. Im östlichen Mittelatlantik ist diese Bedingung beispielsweise nicht erfüllt, denn dort wird

„ein Großteil des jährlichen Fanges von 3 Millionen Tonnen von den großen Fangflotten der Länder Sowjetunion, Spanien, Norwegen, Japan, Italien, Frankreich und Griechenland eingebracht. Auf die afrikanischen Nationen – Marokko, Ghana, Senegal, Elfenbeinküste und Nigeria – entfällt weniger als ein Drittel des jährlichen Fanges, was nicht ausreicht, um den eigenen Bedarf zu decken. Die Folge davon ist, daß jährlich – besonders von Nigeria – Fischereiprodukte in beträchtlichem Umfange importiert werden müssen." (7, S. 1)

An diesem Beispiel zeigt sich schon, wie wichtig eine Regelung des Seerechts (und des damit verknüpften Rechts auf Fischfang) für eine Reihe von Ländern ist.

Obwohl beim Fischfang die Erträge (vor allem in den südlichen Meeren) noch gesteigert werden können, wird sich dadurch nicht der zusätzliche Bedarf der menschlichen Bevölkerung an tierischem Eiweiß decken lassen. Denn die obere Grenze für den konventionellen Fischfang wird derzeit auf etwa 100 Mio Tonnen pro Jahr (maximal das Doppelte der derzeitigen Fangmenge) geschätzt. (6, S. 22) Was darüber hinausgeht, wäre Raubbau der den Fischbestand dezimiert. Jedoch ist es möglich, auf andere Weise tierisches Eiweiß aus dem Meer zu gewinnen: Zum einen können bisher wenig beachtete Tierarten gefangen und verarbeitet werden (zehnarmiger Tintenfisch; antarktischer Krill); zum anderen läßt sich die Vermehrungsrate der Fische durch spezielle Maßnahmen erhöhen."Man macht sich dabei die Tatsache zu nutze, daß in der Natur von tausend Fischeiern meist nur eins überlebt. Wenn man hier eingreift und die Fischeier züchtet, kann man ihre Überlebensrate um ein Vielfaches erhöhen." (6, S. 23)
Experten erwarten, daß sich durch derartige Methoden die Nahrungsmittelproduktion der Weltmeere innerhalb der nächsten 10 bis 25 Jahre mindestens verzehnfachen läßt, womit also ein bedeutender Anteil der menschlichen Ernährung sichergestellt werden könnte. Voraussetzung dafür ist allerdings, daß die derzeit rapide zunehmende Verschmutzung der Meere gestoppt wird. (Auch in diesem Punkt soll die Seerechtskonferenz eine Regelung herbeiführen. (vgl. Teil 3.1.)

2.3. Rohstoffe aus dem Meer
Das Meerwasser enthält neben etwa 3 % Salz auch noch Spuren von Mineralien; darunter z.B. 1,3 Milligramm Uran je Tonne Meerwasser. Das Salz läßt sich gewinnen, indem man eine begrenzte Menge Meerwasser in abgeschlossenen Becken verdunsten läßt. Die übrigen Mineralien werden nur zum geringen Teil ausgenutzt. Jedoch decken die USA gegenwärtig den größten Teil ihres Bedarfs an Magnesium und Brom aus dem Meerwasser (4, S. 22). Bei den meisten Elementen sind diese Gewinnungsverfahren jedoch unrentabel; daher wird im folgenden hierauf nicht mehr eingegangen.
Im Zusammenhang mit der Seerechtskonferenz sind hier zwei Rohstoffquellen genauer darzustellen: Ölbohrungen in flachen Meeresteilen und Abbau der Manganknollen der Tiefsee.

2.3.1. Erdöl und Erdgas
Schon heute werden mehr als ein Fünftel der Weltrohölförderung aus dem Meeresboden geholt, und zwar bei steigender Tendenz: 1980 sollen es 30 % bis 35 % sein. (1, S. 10) Diese Steigerung kann ermöglicht werden, weil man daran denkt, bis zu diesem Zeitpunkt auch bei größeren Wassertiefen (bis zu 1 500 Metern) zu bohren (4, S. 17).
Die Erdöl- und Erdgasbohrungen in Schelfgebieten haben zur Folge, daß die Erdölgewinnung außerhalb der OPEC-Länder in den nächsten Jahren stark zunimmt, was zu einer Schwächung der OPEC führen kann. Gleichzeitig führt die Zunahme der Erdöl- und Erdgasbohrungen in Meeresgebieten zum Aufblühen von Zuliefererindustrien für die Explorations- und Fördertätigkeit. Die Größe dieser Industrien läßt sich verdeutlichen, wenn man bedenkt, daß die gesamten Investititionen für derartige Bohrungen für den Zeitraum bis 1985 auf etwa 120 Mrd. DM geschätzt werden. (4, S. 17).

2.3.2. Manganknollen
Bei Manganknollen handelt es sich um knollenförmige Gebilde, die sich auf dem Boden der Tiefsee (aber z.T. auch in Flüssen und Süßwasserseen) in größerer Zahl finden. Diese Knollen bestehen im allgemeinen aus einem Kern aus Vulkanit (besondere Gesteinsart), um den sich schichtartig verschiedene Mineralien abgelagert haben. Neben Mangan enthalten diese Knollen insbesondere die wichtigen Metalle Nickel, Kupfer und Kobalt.

Die genauen Lagerstätten und die Menge der abbauwürdigen Manganknollen werden derzeit noch genau erforscht. Einige Experten meinen jedoch jetzt schon, die Manganknollen könnten für drei Jahrtausende den Weltbedarf an obengenannten Mineralien decken. (8) Auch wenn diese Schätzung zu hoch gegriffen ist, so zeigt sie doch in etwa die Bedeutung der Manganknollen auf, und es wird daher verständlich, daß die Frage nach den Abbaukonzessionen für diese Knollen eine der Hauptfragen der Seerechtskon-



Die Karte zeigt die Manganknollen-Vorkommen in den Weltmeeren.

ferenz wurde: Die Industriestaaten (insbesondere USA und BRD) sind an einem baldigen Abbau der Manganknollen im großen Stil interessiert, weil sie dadurch von gewissen Rohstoffimporten (Kupfer, Nickel, Kobalt) aus Entwicklungsländern unabhängiger werden können. (Dazu hat die westdeutsche Industrie 1973 die „Arbeitsgemeinschaft meerestechnisch gewinnbarer Rohstoffe" (AMR) gegründet, der die Firmen Metallgesellschaft, Preussag, Rheinische Braunkohlenwerke und Salzgitter angehören.) Besondere Bedeutung bei der Förderung von Manganknollen kommt dem Nickel zu: Bei diesem Metall rechnet man bis 1985 mit einer jährlichen Steigerungsrate des Verbrauchs um etwa 6 %. Der Produktionszuwachs (außer aus Manganknollen) wird demgegenüber geringer sein. Der dadurch entstehende ungedeckte Bedarf (etwa 220 000 Tonnen pro Jahr) soll nach Plänen westlicher Industrieller aus Manganknollen gewonnen werden. Für die Entwicklungsländer hätte dies allein keine direkten negativen Auswirkungen, denn ein Preisverfall bei Nickel wäre nicht zu befürchten. (3, S. 723)

Tabelle 1

	Produktion aus Manganknollen	Weltbedarf	Prozentsatz des Weltbedarfs aus Manganknollen	Importbedarf der Industriestaaten	Prozentsatz des Importbedarfs aus Manganknollen
Mangan	920	16 400	6	7 300	13
Nickel	220	1 220	18	770	26
Kupfer	200	14 900	1,3	3 600	5,5
Kobalt	30	60	50	unsicher	unsicher

Entwicklung des Importbedarfs der Industriestaaten an Mangan, Nickel, Kupfer und Kobalt (alle Angaben in 1000 t) (3, S. 723)

Jedoch fallen bei der Gewinnung von diesen 220 000 Tonnen Nickel pro Jahr erhebliche Mengen Kupfer, Kobalz und Mangan an (siehe Tabelle 1). Für diese drei Metalle ist daher eine Überproduktion und damit ein Preisverfall zu erwarten, der insbesondere bei Kobalt und Mangan größere Ausmaße erreichen wird (Einzelheiten dazu siehe: 3, S. 722 f.). Da diese Rohstoffe vorwiegend von Entwicklungsländern exportiert werden, wird ein solcher Preisverfall die Handelsbilanzen derjenigen Entwicklungsländer stark beeinflussen, die diese Mineralien exportieren. Die Möglichkeit, sich durch OPEC-ähnliche Kartelle vor einem solchen Preisverfall zu schützen, ist hier nicht gegeben, da bisher nur Industrieländer die für den Meeresbergbau notwendige Technologie besitzen. Die einzige Möglichkeit, auf die Förderung von Manganknollen Einfluß zu nehmen, liegt für die Entwicklungsländer darin, das zu schaffende Seerecht so zu gestalten, daß die Forderung der UNO, der Meeresboden solle gemeinsames Erbe der Menschheit sein, erfüllt wird und damit die Meeresschätze allen Völkern gleichermaßen zugutekommen.

Neben den wirtschaftlichen Folgen müssen beim Meeresbergbau aber auch die ökologischen Auswirkungen mitbedacht werden. Dazu meinte Dr. Thiel (Institut für Hydrobiologie und Fischereiwissenschaft der Universität Hamburg) in einem Interview:

„Die Aufnahme von Manganknollen vom Meeresboden zerstört primär die Sedimentoberfläche, in der sich alle biologischen Prozesse abspielen. Hinzu kommt die Eintrübung des bodennahen Wassers durch aufwirbelnden Schlamm und eine wesentlich verstärkte Sedimentation in weiten Nachbargebieten. Die Organismen am Meeresboden werden in diesen Gebieten mit Schlamm überdeckt, und ihre Filtrier- und Atmungsorgane werden verstopft. Da die Lebensgemeinschaft vorwiegend aus kleinen Organismen besteht, ist die Gefährdung besonders groß. Aber auch die freischwimmenden Tiere werden nachteilig beeinflußt.

Das Ökosystem der Tiefsee wird durch die Förderung von Manganknollen nachhaltig gestört. Im Bereich der direkt und indirekt gestörten Flächen werden die Organismen vernichtet, und für die Wiederbesiedlung müssen Jahrhunderte angenommen werden. Die Auswirkungen eines solchen Eingriffs auf den Ozean lassen sich bisher nicht abschätzen." (3, S. 716)

3. Zum Stand der Verhandlungen

Bisher wurden einige wichtigere wirtschaftliche Aspekte dargestellt, die bei einer Diskussion über Fragen des Seerechts von Bedeutung sind. Es geht nun darum zu zeigen, wie sich die im letzten Abschnitt angedeuteten Interessengegensätze auf der Seerechtskonferenz wiederspiegeln. Dabei ist jedoch zu beachten, daß zusätzliche Gegensätze dadurch auftreten, daß fast jedes Land (je nach Küstenlänge und Breite des Schelfgebietes) spezielle Vorstellungen über die nationalen Hoheitszonen und Nutzungsrechte hat. Auf die unterschiedlichen Vorschläge, die hierzu vorliegen, soll in diesem Artikel nicht eingegangen werden.

3.1. Umweltverschmutzung

Die zunehmende Schiffahrt auf den Ozeanen, das Versenken von giftigen Chemikalien und Atommüll im Meer, sowie andere Ursachen führten in den letzten Jahren zu einer zunehmenden Verschmutzung der Meere. Daher ist es eine Aufgabe der Seerechtskonferenz, eine Komission einzusetzen, die ein Umweltschutzprogramm des Meeres entwirft und verwirklicht. Bei der Frage, welche Organisation diese Aufgabe übernehmen soll, gehen die Meinungen stark auseinander: „Es gibt in dieser Frage, allgemein formuliert, drei Gruppen nationaler Interessenten: Als erste die Großmächte und die Länder mit den größten Schiffstonnagen. Sie wünschen natürlich möglichst enge territoriale und wirtschaftspolitische Grenzen für die Gewässer und die größtmögliche Freiheit der Meere. Sie würden es gern sehen, daß die IMCO (Intergovernmental Maritime Consultative Organization) als Büro für die Kontrolle der Meeresverschmutzung in den Mittelpunkt der Szene rückt. Das ist weiter nicht verwunderlich, wenn man weiß, daß die ausführenden Komitees der IMCO von den großen Seemächten beherrscht werden." (9, S. 4)

Wie gewissenhaft die IMCO den Umweltfragen nachgeht, zeigt sich z.B. an deren Hauptversammlung im Jahre 1973, wo es explizit um die Verschmutzung der Meere durch die Schiffahrt ging: „Von den 26 nichtstaatlichen Organisationen, die als Berater zu dieser Konferenz zugelassen waren, hatte nur *eine* keinerlei kommerzielle Interessen und war um den Umweltschutz besorgt." (9, S. 4) Außerdem wurde kein Meeresbiologe oder Ökologe hinzugezogen. Daraus wird deutlich, daß von der IMCO keinesfalls eine aktive Politik zur Erhaltung des Meeres als Lebensraum zu erwarten ist; man kann vielmehr sicher sein, daß die IMCO die bisherige Schiffahrtspolitik nahezu unangetastet läßt (Bei dieser Schiffahrtspolitik werden u.a. die Frachtraten so festgesetzt, daß die Entwicklungsländer systematisch benachteiligt werden (10, S. 19)).

Der Gruppe von Ländern mit großen Flotten steht eine große Zahl von Entwicklungsländern gegenüber, die um ihren Fischfang fürchten. Sie fordern eine Behörde, die größere Kompetenzen hat als die derzeitigen UN-Umweltprogramme (UNEP).

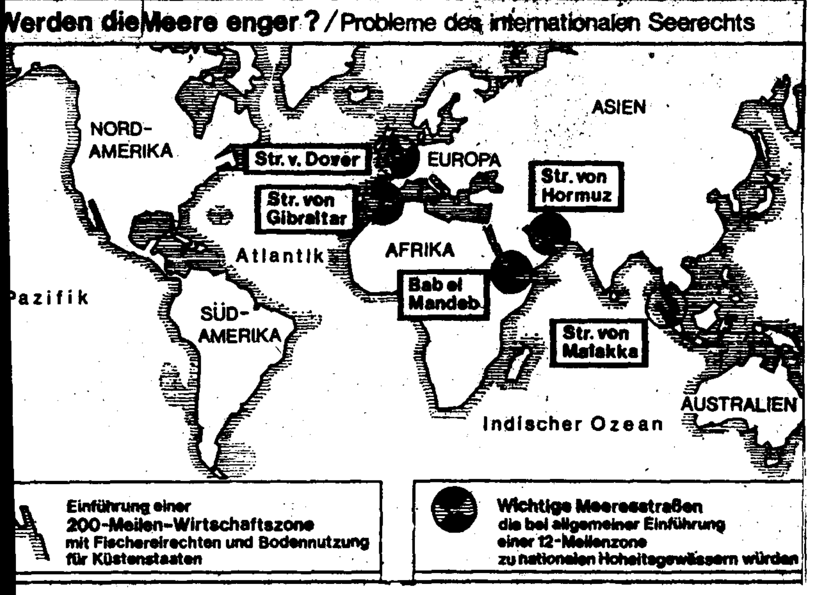
Eine mittlere Position vertritt eine dritte Gruppe von Ländern (u.a.: Kanada, Australien, Island), die den Umweltschutz des Meeres der UN anvertrauen möchten. (9, S. 4)

3.2. Küstenmeer und Wirtschaftszone

Das Küstenmeer ist ein an die Küste anschließender Meeresstreifen, der hoheitsrechtlich zum angrenzenden Land gehört. Die Erweiterung des Küstenmeeres von bisher überwiegend drei auf 12 Seemeilen ist auf der Seerechtskonferenz praktisch beschlossene Sache. Die Folge davon ist, daß über hundert Meerengen, die vom internationalen Seeverkehr benutzt werden, unter die Kontrolle der jeweiligen Küstenstaaten fallen (siehe Karte). Inwieweit das Recht auf freie Durchfahrt bei derartigen Meerengen eingeschränkt wird, ist noch offen. Wahrscheinlich wird die Durchfahrt für reaktorbetriebene Schiffe und Kriegsschiffe gewissen Beschränkungen unterworfen.

Im Anschluß an das Küstenmeer ist ein 188 Seemeilen breiter Rand, die Wirtschaftszone, geplant, deren Grenze also 200 Seemeilen vor der Küste verläuft. In dieser Wirtschaftszone soll der Küstenstaat nahezu alle Nutzungsrechte erhalten. Darüber hinaus fordern einige Länder die Nutzungsrechte im Bereich des Festlandsockels. Die wirtschaftliche Bedeutung eines so definierten Küstenmeeres (Festlandssockels) liegt darin, daß etwa 95 % aller potentiellen Erdölquellen unter Wasser in diesem Bereich liegen und daß etwa 80 % der derzeitigen Weltfischereierträge in den so begrenzten Meeresteilen gefangen werden. (1, S. 8)

Im Prinzip ist die so umgrenzte Wirtschaftszone bzw. die Forderung bezüglich des Festlandsockels in weiten Kreisen der Seerechtskonferenz anerkannt. Das liegt wohl zum Teil daran, daß die USA wegen ihrer langen Küsten selbst von einer solchen Regelung profitieren. Länder die traditionell vor fremden Küsten Fischfang treiben (Japan, BRD, UdSSR) wenden sich bisher noch gegen diese Regelung und wollen von den Küstenstaaten noch weitgehende Zugeständnisse erhalten. (2, S. 5)



3.3. Ausbeutung der Meeresschätze im Bereich der Hohen See

Da laut Beschluß der UN-Vollversammlung der Meeresboden als gemeinsames Erbe der Menschheit zu betrachten ist, fordern die Entwicklungsländer die Einrichtung einer internationalen Meeresbodenbehörde, die das Monopol zur Ausbeutung der Mineralien des Meeresbodens erhält (Enterprise-System) und die „für eine geordnete und sichere Erschließung, eine sachgerechte Verwaltung des Gebietes und seiner Naturschätze sowie eine Erweiterung der Nutzungsmöglichkeiten sorgt und eine gerechte Beteiligung der Staaten an den hieraus erzielten Vorteilen einschließlich einer besonderen Berücksichtigung der Entwicklungsländer sicherstellt." (11, S. 88)

Die Entwicklungsländer erwarten, im Rahmen einer solchen Behörde aktiv am Meeresbergbau teilnehmen zu können und so genauere Einblicke in die dazu notwendige Wissenschaft und Technologie zu erhalten. Darüber hinaus soll die Meeresbehörde sicherstellen, daß es zu keinem Preisverfall bei den aus dem Meer geförderten Erzen kommt (vgl. Teil 2.3.2.)

Die Industrieländer, die in der Technik des Meeresbergbaus führend sind (USA, UdSSR, BRD), wollen einer solchen Meeresbodenbehörde nur minimale Rechte zugestehen: Nach ihren Vorstellungen soll diese Behörde Ausbeutungslizenzen ohne weitere Auflagen an staatliche oder private Unternehmen vergeben (Lizenzsystem). Zwar wollen sich die Industrieländer verpflichten, diese Lizenzen entsprechend zu bezahlen und den Entwicklungsländern auch einen gewissen Einblick in die Technologie zu gewähren, aber über die Ausbeute wollen sie selbst verfügen. Genau über diesen Punkt wird die Seerechtskonferenz noch lange verhandeln müssen, denn hier stehen die Interessen von Industrie- und Entwicklungsländern genau gegeneinander: Die Industriestaaten, in deren Delegationen sich zahlreiche Industrielle befinden (2, S. 5), wollen möglichst bald ihre Meerestechnik zur Förderung von Manganknollen einsetzen, um so die Abhängigkeit von den Rohstoffen der Entwicklungsländer zu verringern. Die Entwicklungsländer befürchten dagegen neben einem Raubbau, der zur Zerstörung des Ökosystems Tiefsee führt, einen Preisverfall bei den von ihnen exportierten Rohstoffen.

4. Imperialistische Tendenzen auf der Seerechtskonferenz

Im letzten Abschnitt wurde gezeigt, daß hinter den Fragen der Seerechtskonferenz massive wirtschaftliche Interessen stehen. Daher ist es nicht verwunderlich, daß Industrieländer versuchen, bei der Behandlung dieser Fragen ihre Machtmittel einzusetzen, um ihnen unbequeme Beschlüsse zu verhindern oder zu unterlaufen. Dazu einige Beispiele:

Als Entwicklungsländer zu erkennen gaben, daß sie Militärschiffen die Passagerechte durch Meerengen nur mit besonderer Genehmigung der betreffenden Küstenstaaten gewähren wollen, „ließ eine der Großmächte durchblicken, daß sie ihren Anspruch auf freie Meerengendurchfahrt notfalls mit Mitteln durchsetzen werde, die ‚außerhalb des Rahmens der weltweiten Friedensbemühungen' liegen könnten." (2, S. 7)

Es ist deutlich, daß hinter dieser vornehmen Diplomatensprache eine massive Drohung steht.

Einige Industrieländer, die bisher in größerem Umfange Fernfischerei betreiben, befürchten, daß dieses Geschäft durch die Einführung der Wirtsohaftszone stark beeinträchtigt wird. Dies trifft beispielsweise auch für Frankfreich zu, dessen Fischer bis zu den Küsten Marokkos und Senegals vorstoßen. Nach französischer Ansicht soll daher ein Küstenstaat *verpflichtet* sein, „mit anderen interessierten Ländern in Verhandlungen um Fischereirechte einzutreten, wenn er selbst die ihm zugesprochene Wirtschaftszone nicht ‚optimal' zu nutzen versteht." (12) Ähnlich klingt die Forderung nach „Anerkennung historisch erworbener Ausbeutungsrechte". (13) Beide Forderungen verdeutlichen, daß hier Industrieländer ihre Macht einsetzen, um Rohstoffe der Entwicklungsländer ausbeuten zu können. In diesem Sinne ist auch die Haltung der BRD im Konflikt um die 200-Meilen-Zone um Island zu interpretieren: Hier versuchte die BRD 1975,

Island unter Druck zu setzen, indem sie (vorübergehend) die Anlandung von isländischem Fisch behördlich verbieten ließ. (14)
Andere Länder versuchen, die Konferenz zu umgehen: So sind im amerikanischen Kongreß zwei Gesetzesvorlagen eingebracht, die es amerikanischen Firmen (insbesondere „Kennecott" und „Deepsea Ventures") ermöglichen sollen, noch vor einer endgültigen internationalen Regelung bezüglich der Meeresbodenbehörde mit dem Abbau der Mineralien der Tiefsee zu beginnen. (15) Ähnliche Ziele haben auch Vertreter der BRD: Zu der Sitzung der Seerechtskonferenz in Caracas (August 1974) wurde die Delegation der BRD von Beratern aus der Industrie begleitet. In der Zeitschrift „Meerestechnik" äußerten sich letztere wie folgt zu obigem Problem:

„Die Geschichte zeigt, daß technische Entwicklungen, die in der Luft liegen, durch interessierte Staaten oder Personen nicht langfristig blockiert werden können. Als die ersten Satelliten Länder und Meere zu überfliegen begannen, haben sich die entsendenden Staaten nicht darum gekümmert, daß völkerrechtlich jedes Land das Überfliegen seines Territoriums rechtlich verbieten kann. Die technologisch entwickelten Staaten werden sich ebenso auf lange Sicht, insbesondere in Zeiten der Rohstoffknappheit, nicht an dem Einsatz ihrer technischen und wirtschaftlichen Fähigkeiten auf dem Gebiet der Meeresnutzung hindern lassen." (Zitat nach: 3, S. 724)

Ziel der Entwicklungsländer bei dieser Seerechtskonferenz ist es, allen derartigen Tendenzen einen entschiedenen Widerstand entgegenzusetzen und darauf zu dringen, daß das Meer und der Meeresboden auch von den Industriestaaten als „gemeinsames Erbe der Menschheit" anerkannt wird. Nur so kann verhindert werden, daß der Kolonialisierung riesiger Landgebiete in den letzten Jahrhunderten schon in naher Zukunft eine Kolonisierung des Meeres (mit ähnlich krassen Auswirkungen) folgt.

wawi

Quellen:

1) „Die wirtschaftliche Bedeutung der Weltmeere" in: Wirtschaftskunde, Beilage zu Kleiner Wirtschaftsspiegel Nr. 9, Nov. 1975 (Stuttgart)
2) Pätzoldt, B.: Revolution auf den Meeren, in: epd 10/74, S. 3-7
3) Umschau in Wissenschaft und Technik 75, (1975), H. 23, S. 716-726
4) Schott, F.: Das Weltmeer als Wirtschaftsraum, Schöningh, Paderborn 1974
5) KVZ, 26.6.75
6) Entwicklung und Zusammenarbeit, 4/75, S. 22-23
7) UNDP in Aktion, Beilage zum Forum Vereinte Nationen, Juni-Juli 75
8) Bonner Perspektiven, ZDF 25.4.76, 19.10 – 19.30 Uhr
9) Forum vereinte Nationen, Juli-August 1974, S. 3 f.
10) Abhängigkeit der Dritten Welt, iz3w Freiburg, o.J. (1975)
11) Rogge, H.: Aktive oder passive Teilhabe der Entwicklungsländer am Meeresbergbau? in: Verfassung und Recht in Übersee, (1973), H. 1, S. 87-104
12) FR 21.4.75
13) Die Welt 13.3.75
14) KVZ 3.10.75
15) Die Zeit 14.3.75

INDIEN UNTER DER GANDHI-DIKTATUR

BILANZ DES ERSTEN JAHRES*

Teil I

Ein Jahr nach Verhängung des Ausnahmezustandes durch Indira Gandhi ist die innenpolitische Lage in Indien weiterhin durch brutale Unterdrückung jeglicher Opposition, durch einen Zustand der absoluten Rechtslosigkeit und ein kontinuierliches Sinken des Lebensstandards für die Masse der Bevölkerung gekennzeichnet. Gleichzeitig erfreuen sich aber die Unternehmer des Landes weiterer Vergünstigungen, während die Gandhi-Familie auf dem besten Wege ist, eine dynastische Diktatur zu errichten.

Pressezensur

Es ist allgemein bekannt, daß die Presse in Indien in der Folge des Ausnahmezustandes einer strikten Zensur unterworfen wurde, mißliebige Korrespondenten ausländischer Zeitungen kurzerhand ausgewiesen, ja sogar die Telexeinrichtungen verschiedener Nachrichtenagenturen (Reuter z.B.) beschlagnahmt wurden. Trotzdem gelang es ab und zu immer wieder, unzensierte Meldungen ins Ausland zu lancieren, die neben den eintönigen und nichtssagenden offiziellen Nachrichten sehr erhellend waren.
Ob dies in Zukunft jedoch weiterhin möglich sein wird, scheint nach den jüngsten, die Presse betreffenden Maßnahmen der indischen Regierung sehr fraglich zu sein. Mit ihrer Zwei-Drittel-Mehrheit im Parlament beschloß die regierende Congress-Party, die seit 1956 bestehende Straffreiheit für die Presseberichterstattung über Vorgänge im Parlament aufzuheben sowie den Presserat aufzulösen. Gleichzeitig wurde ein neues Gesetz verabschiedet, das die Veröffentlichung aller Meldungen untersagt, an denen die Regierung Anstoß nimmt. Zuwiderhandlungen werden mit einem Jahr Haft, der Beschlagnahmung der Publikation sowie der Schließung des Presseunternehmens geahndet (NZZ, 1./2.2. 76). Es dürfte auf der Hand liegen, daß mit diesem schwammig formulierten Gesetz der staatlichen Willkür Tür und Tor geöffnet werden.

Wie der Korrespondent des Far Eastern Economic Review in Delhi, Lawrence Lifschultz, berichtet, versuchte die indische Regierung, die größte indische Tageszeitung „Indian Express" in ihre Hand zu bekommen, indem sie den Zeitungsverleger R. N. Goenka vor die Alternative stellte, das Unternehmen aufzugeben oder ins Gefängnis zu marschieren (Vorwärts, 5.2.76).
Wegen dieser Meldung mußte Lifschultz kurze Zeit später Indien verlassen. Inzwischen wurde bekannt, daß die Regierung mit Erfolg den „Indian Express" unter ihre Kontrolle gebracht hat. Der regierungstreue Großindustrielle Birla (dem deutschen Flick vergleichbar) wurde zum Aufsichtsratsvorsitzenden dieser Zeitung berufen. Birla ist schon Herausgeber der überregionalen Tageszeitung „Hindustan Times" (vgl. dazu auch Chronik, Heft 40). Der kritische Chefredakteur des „Indian Express" soll in Kürze durch einen Kandidaten der regierenden Congress-Party ersetzt werden. Lediglich die bekannte Zeitung „Statesman" konnte sich bislang dem staatlichen Zugriff widersetzen, doch gibt es jetzt schon klare Anzeichen dafür, daß auch diese Zeitung von der Regierung vereinnahmt wird (NZZ, 18.2.76).

Interessant in diesem Zusammenhang ist die Tatsache, daß Milliardär Birla dem Gandhi-Sohn Sanjay – quasi als Gegen-

gabe – eine neue Zeitung zur Verfügung gestellt hat, damit dieser seine überaus dummen Phrasen („Indien hatte in 2000 Jahren nicht so viel Fortschritt aufzuweisen, wie seit Verhängung des Ausnahmezustandes.") landesweit verbreiten kann (Der Spiegel, Nr. 16/1976).

Die wohl brutalste Methode zur Knebelung der Presse wurde dann Ende Februar vollzogen. Binnen weniger Tage wurde kurzerhand 700 (siebenhundert) indischen Journalisten die Akkreditierung von der Zentral- bzw. den Landesregierungen entzogen. Diese Maßnahme kommt de facto einem Berufsverbot gleich, da Journalisten ohne Akkreditierung in Indien nicht arbeiten dürfen und ihnen daher die Entlassung droht. Auch geht damit eine sofortige Kündigung von regierungseigenen Wohnungen einher, in denen bisher viele der Betroffenen gewohnt haben (NZZ, 20.2.76/FR, 19.2.76).

Weiterhin veranlaßte die Regierung eine Zwangsfusion der ehemaligen vier Nachrichtenagenturen. Diese vier Agenturen sind nun zu einer neuen, vom Staat kontrollierten Institution zusammengefaßt worden, die unter dem Namen „Samachar" (zu deutsch: Nachricht) ihre Arbeit bereits aufgenommen hat (NZZ, 4.4.76).

Anzumerken ist, daß Radio und Fernsehen direkt dem Informationsministerium unterstehen und eine entsprechende Programmgestaltung machen.

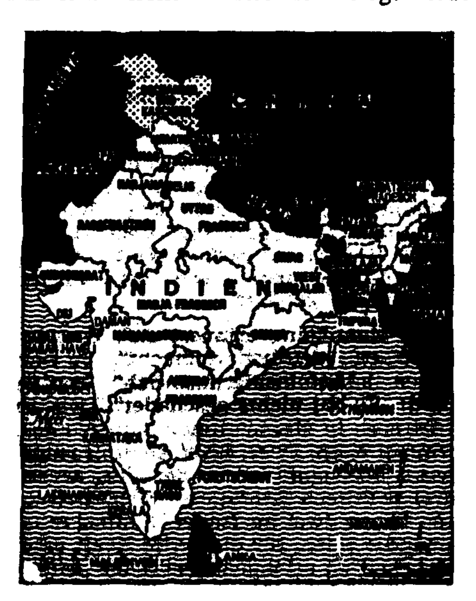
Absetzung von Landesregierungen

Die rigorose Ausschaltung der Presse ist nicht die einzige Maßnahme gewesen, die die Regierung zur Unterdrückung jeglicher Form von Opposition unternommen hat. Unter Vorgabe scheinheiliger Gründe wurden auch die beiden letzten Landesregierungen, die nicht von der Congress-Party gestellt wurden, in Tamil Nadu Ende Januar und sechs Wochen später in Gujarat ihres Amtes enthoben, das Parlament aufgelöst und der direkten Gewalt der Zentralregierung in Delhi (President's Rule) unterstellt (NZZ, 3.2.76/14.3.76; FEER, 13.2.76). Damit gibt es in Indien jetzt keine Landesregierung mehr, die in Opposition zur Zentralregierung in Delhi stünde.

Tamil Nadu war neben Gujarat (dort regierte die sog. „Janate Front" seit einem Jahr, Vgl. Heft 46/47) der einzige Gliedstaat mit einer Nicht-Congress-Regierung. Die Regierung wurde dort von der DMK (Dravida Munnetra Kazhagam), eine auf Tamil Nadu beschränkte Partei mit stark regional-patriotischem Einschlag gestellt. Die DMK, die seit 1967 an der Macht war, hatte im zuletzt gewählten Landesparlament eine Zwei-Drittel-Mehrheit mit 167 von 235 Sitzen. Die Congress-Party war eine winzige, unbedeutende Oppositionsgruppe mit lediglich 7 Sitzen (FR, 18.2.76).
Offiziell wurden als Gründe für die Absetzung der Regierung angegeben, die DMK habe Amtsmißbrauch betrieben und sei nicht in der Lage gewesen, die Regierungsgewalt in verfassungsmäßiger Weise auszuführen. Weiterhin habe sie auf eine Loslösung Tamil Nadus von der Indischen Union hingearbeitet, Korruption und Nepotismus überhand genommen – alles Gründe, die aus dem Munde der durch und durch korrupten und diktatorischen Congress-Regierung geradezu lächerlich klingen.

Die wahren Gründe für die Amtenthebung liegen natürlich auf anderen Gebieten. Die DMK-Regierung hatte bisher die Politik der Zentralregierung heftig kritisiert. Tamil Nadu konnte Indira Gandhi durchaus gefährlich werden, da die Möglichkeiten der Bildung von Widerstandsgruppen in diesem Gliedstaat wesentlich günstiger waren als in anderen, der Congress-Herrschaft unterstehenden Staaten des Landes. Doch der entscheidende Punkt liegt darin, daß genau sieben Wochen nach der Absetzung der DMK-Regierung Wahlen für das Landesparlament hätten stattfinden sollen, die ganz sicher nicht mit einem Sieg der Congress-Party geendet hätten. Ursprünglich wäre dieser Wahltermin mit den von Indira Gandhi auf unbestimmte Zeit verschobenen gesamtindischen Parlamentswahlen zusammengefallen, und hätte für die Opposition einen guten, für jedermann klar ersichtlichen Anknüpfungspunkt geliefert, die Wiederherstellung der Demokratie zu fordern.

Etwas anders gelagert war der Fall in Gujarat. Die dort regierende „Janata Front" war noch nie sehr stabil gewesen, da sie Gruppen verschiedenster politischer Couleur umfaßte und eigentlich nur zum Zwecke einer Anti-Congress-Regierung gebildet worden war. Daher brauchte die Zentralregierung in Delhi auch nur einige Abgeordnete zu bestechen, um diese zum Übertritt in die Congress-Party zu bewegen. Nachdem die „Janata Front" auf diese Weise in die Minderheit gedrängt wurde, hatte die Regierung in Delhi einen erstklassigen Vorwand, Gujarat ihrer Direktherrschaft zu unterstellen.
Kurz nach der jeweiligen Machtübernahme durch die Zentralregierung kam es zu Massenverhaftungen in den beiden Bundesstaaten (NZZ, 4.2./16.3.76). Die Regierung in Delhi hatte ja auch einen „Nachholbedarf". Aus anderen Bundesstaaten wurden Polizeikräfte zusätzlich herangeschafft. Man wollte kein Risiko eingehen, denn die bisherigen Landesregierungen hatten den Oppositionellen oft Zuflucht gewährt. Die ehemalige Regierung von Tamil Nudu muß sich nun vor einer richterlichen Kommission verantworten, und es ist abzusehen, daß sie mit hohen Haftstrafen belegt werden.



Nur zwei Tage nach der Absetzung der DMK lag die Zahl der Verhafteten in Tamil Nadu allein über 1000 Personen, davon 37 Mitglieder der DMK (3.2./4.2.76 NZZ). Über Gujarat liegen keine Zahlenangaben vor, doch spricht die konservative Neue Zürcher Zeitung (16.3.76) von einer „Verhaftungswelle", die über den Bundesstaat hinausgeht.

Generell lassen sich folgende Angaben über die Situation der politischen Gefangenen in Indien machen. Amnesty International gibt die Zahl der politischen Häftlinge mit maximal 100.000 Personen, minimal 20.000 Personen an (General Anzeiger, 8.2.76). Daß die Minimumzahl viel zu tief gegriffen ist, läßt sich aus den Angaben anderer renomierter Presseorgane entnehmen: Economist 140.000 Personen, Der Spiegel (Nr. 10/76; Nr. 16/76) 120.000 Personen, Newsweek (10.5.76) 100.000 Personen. Man geht wohl nicht fehl, wenn man die Gesamtzahl der politischen Gefangenen in Indien derzeit mit ca. 100.000 Personen angibt.

Sehr schlecht sind auch die Haftbedingungen in den Indischen Gefängnissen. Es wird über brutale Foltermethoden

berichtet, denen die Häftlinge ausgesetzt sind und die den in Chile angewandten in nichts nachstehen (Der Spiegel, Nr. 16/76; FR, 8.4.76). Amnesty International meldet beispielsweise, daß in einem Gefängnis in Neu-Delhi Kriminelle auf politische Gefangene losgelassen wurden und diese mit eisernen Ruten und Rohrstöcken folterten. Sieben der Gefolterten mußten mit schweren Verletzungen ins Krankenhaus gebracht werden (General Anzeiger, 8.2.76). Zum ersten Male seit 1948 ist in Indien wieder die Todesstrafe vollstreckt worden, und zwar am 1. Dezember 1975 an zwei politischen Häftlingen (Gen. Anzeiger, 8.2.76).

Zwangssterilisation

Im Bereich der Familienplanung und der Beseitigung von Slums hat die Regierung drastische Maßnahmen eingeleitet, die die Versäumnisse der letzten Jahre und die Unfähigkeit der Herrschenden, die dringendsten Probleme des Landes zu lösen, auf brutalste Weise aufheben sollen. Es ist bekannt, daß Indien – wie alle Länder der Dritten Welt – durch einen rapiden Anstieg seiner Bevölkerung gekennzeichnet ist. Im Moment beträgt die Bevölkerungszahl Indiens über 600 Mio. Menschen und steigt jährlich um 2,48 % an (FEER, 7.5.76). Angesichts dieser Lage erließ die Regierung ein Gesetz, demzufolge Eltern mit mehr als zwei Kindern nicht mehr in den öffentlichen Dienst übernommen werden, mit Nachteilen bei der Wohnungssuche zu rechnen haben und keine staatlichen Darlehen mehr beanspruchen können. Beamte müssen sich einer Zwangssterilisation unterziehen, falls sie drei oder mehr Kinder haben. Bei Verweigerung droht ihnen die sofortige Entlassung aus dem öffentlichen Dienst (FR, 12.3.76). Ebenso wurde das Heiratsalter heraufgesetzt. Männer dürfen künftig erst ab 21 Jahren (früher 18), Frauen ab 18 (14) Jahren heiraten (FEER, 7.5.76).

Wenn auch die Zentralregierung noch keine generelle Zwangssterilisation eingeführt hat, so haben doch die Bundesstaaten Punjab und Maharashtra Gesetze verabschiedet, die dies unter Haftandrohung vorsehen (Le Monde, 27.3.76; NZZ, 2.4.76). In Maharashtra z.B. ist es seit April möglich, Personen mit mehr als zwei Kindern zur Sterilisation zu zwingen oder zwei Jahre zu inhaftieren.

Ebenso werden in Indien Kampagnen zur Propagierung der Sterilisation durchgeführt. Lehrer werden aufgefordert, mindestens fünf Personen zur Sterilisation zu motivieren. In mehreren Bundesstaaten des Landes wurden schon Einrichtungen geschaffen, um die Eingriffe in größerem Umfange durchzuführen. Sie werden schwer bewacht und können von Ausländern nicht besichtigt werden (Le Monde, 1.4.76).

Um den betreffenden Personen die Entscheidung zu erleichtern, werden Prämien angeboten, die von einer Kinokarte bis zu einem kleinen Transistorradio alles umfassen, wovon ein Durchschnittsinder träumt. Doch diese Prämien erstrecken sich nicht nur auf die Betroffenen selbst, sondern auch auf Anwerber, d.h. Leute, die eine Person zur Sterilisation überredet haben. Im allgemeinen erhalten diese Anwerber fünf Rp. pro Person, bzw. ein Fernsehgerät bei fünfzig Personen (Le Monde, 8.4.76). Dieses Prämiensystem führt nun in einer Mangelgesellschaft wie Indien zu grotesken Auswüchsen, da viele Autoritätsträger wie Beamte, Polizisten etc. auf diese Weise ihr knappes Monatsgehalt aufbessern wollen. So berichtete Le Monde (8.4.76), von Polizisten, die den Tribles (das ist die autochthone Bevölkerung, die in Rückzugsgebieten, speziell Orissa, leben) ihr Ackerland weggenommen haben unter dem Vorwand, die Landreform vorbereiten zu wollen. Um ihr so entwendetes Land wieder zurückzubekommen, mußten sich die Bauern auf Geheiß der Polizisten zwangssterilisieren lassen. Auf diese Weise sollen mehrere unverheiratete Männer operiert worden sein.

Auch die Frankfurter Rundschau vom 4.6.76 weiß von ähnlichen Vorkommnissen zu berichten. In der Altstadt von Delhi sind Mitte April 15 junge und überwiegend unverheiratete Männer von Polizisten nachts aus ihren Betten gerissen und zur Zwangssterilisation abgeführt worden. Einige Tage später waren es vier junge Männer. Um ihr Vorgehen zu legitimieren, haben die Polizisten sie als Randalierer bezeichnet.

Diese Willkürmaßnahmen verbreiten natürlich ein Klima der Angst. Viele Eltern melden ihre neugeborenen Kinder nicht mehr an, da sie sonst eine Zwangssterilisation befürchten müssen. Allgemein läßt sich sagen, daß diese drastischen Maßnahmen zur Geburtenregelung nur die Armen trifft. In einem Land, wo es de facto keinerlei Sozialversicherung gibt, ist die Masse der Bevölkerung auf möglichst viele Kinder angewiesen, weil jedes Kind schon im frühen Alter eine weitere Arbeitskraft darstellt und einen geringen Beitrag zur Ernährung der Gesamtfamilie leisten kann. Verzicht auf Kinder bedeutet für die allermeisten Inder Hunger und Elend. Indem nun diesen Menschen ab einer gewissen Kinderzahl jetzt auch noch Kredite und Wohnungen entzogen werden, vergrößert sich ihre Not noch mehr. Die Reichen hingegen sind auf diese staatlichen Unterstützungen nicht angewiesen, außerdem betreiben sie aufgrund ihres wesentlich höheren Bildungsgrades und ihrer sozialen Situation schon längst eine gezielte Geburtenkontrolle. Die Folge dieser gesamten Situation wird jetzt aber so sein: Die Besitzenden, die Reichen, erhalten staatliche Kredite und besetzen alle Positionen im öffentlichen Dienst, die Habenichtse, die Armen und Unterdrückten aber verlieren ihre staatlichen Stellen und Unterstützungen und werden noch ärmer, als sie schon sind.

In diesem Zusammenhang sei darauf verwiesen, daß in einer Agrargesellschaft wie Indien, wo die überwiegende Mehrheit in traditionale Lebens- und Denkweisen eingebunden ist, ein Erfolg jeglicher Geburtenplanung von vornherein sehr unwahrscheinlich ist, es sei denn, man greift zu einer massenhaften Zwangssterilisation. Viele Kinder, besonders Söhne, tragen sehr viel zur Erhöhung des Sozialprestiges bei. Unfruchtbarkeit ist ein nicht aufhebbares Makel, das schwer auf den Betroffenen lastet. Wie das Beispiel China und auch der europäischen Staaten zeigt, kann ein Geburtenrückgang nur über eine schnelle Industrialisierung des Landes und eine Hebung des allgemeinen Lebensstandards erzielt werden. Dann erst werden den Ursachen des Kinderreichtums die Grundlagen entzogen (vgl. dazu auch Heft 38 und 40).

Zerstörung von Wohnraum

Mit der gleichen Unmenschlichkeit, wie die Regierung das Geburtenproblem zu lösen versucht, geht sie bei der Beseitigung des, letztlich von ihr selbst verschuldeten Problems der Slumbildung, der Bettler und der sog. Bürgersteigbewohner vor. So wurden in Delhi in jüngster Zeit mindestens 250.000 Menschen aus ihren Behausungen, meist selbstgebastelten Hütten, kleine Läden, aber auch Steinhäuser, kurzerhand vertrieben und dreißig Kilometer vor der Stadt auf freiem Feld abgesetzt. Ihre ehemaligen Wohnstätten wurden mit Bulldozern einfach niedergewalzt. Ganze Straßenzüge wurden auf diese Weise dem Erdboden gleichgemacht (NZZ, 12.3.76; FR, 4.6.76; Der Spiegel, Nr. 16/76). Dabei erhielten die Betroffenen lediglich ein paar Stunden vor dem Anrücken der Abbruchkommandos die Nachricht, daß sie sofort ihr Wohngebiet zu verlassen haben. Oft passierte es, daß Leute ihre Habseligkeiten zurücklassen mußten oder beim

Kommen der Bulldozer noch in ihren Wohnungen waren und unter den Trümmern begraben wurden (FR, 4.6.76).

Die bei diesen Aktionen – offiziell als das „revolutionärste Projekt einer Landreform auf der Welt" bezeichnet – vertriebene Personen sind allesamt einfache Straßenhändler, Diener oder Hilfsarbeiter und zählen zu den ärmsten und ausgebeutetsten Bevölkerungsschichten. Bestand bis zu ihrer Vertreibung ihr tägliches Leben darin, mit den vielfältigsten Arbeiten ihren Lebensunterhalt zu erkämpfen, so sind sie jetzt bar jeglicher Existenzgrundlage. Denn die Zerstörung ihrer Wohnviertel vernichtete gleichzeitig ihre Arbeitsplätze. Jetzt, da sie dreißig Kilometer außerhalb der Stadt auf freiem Feld dahinvegetieren müssen, ohne Arbeitsmöglichkeit, ohne finanzielle Unterstützung und ohne die einfachsten sanitären Anlagen, müßten die Arbeitsfähigen unter ihnen täglich mindestens sechzig Kilometer mit Bus oder Bahn



zu ihrem Arbeitsplatz nach Delhi fahren, sofern dieser nicht gleich von den Bulldozern plattgewalzt wurde. Doch dafür fehlt das Geld und die Anfahrtszeit wäre viel zu lang. Diese „Slumsanierung" hat also tausende von Indern arbeitslos gemacht und zwingt sie zu einem unmenschlichen Dasein, an dessen Ende der sichere Hungertod steht.

Mit diesen Zwangsumsiedlungen wurde das Problem der Landflucht und der damit verbundenen Slumbildung in den Großstädten in keinster Weise gelöst, sondern exakt – um es in Kilometer anzugeben – um dreißig Kilometer vor die Tore Delhis verlagert. Und diese geographische Verlagerung geht noch mit einer gravierenden Verschlechterung der Lebenssituation der Slumbewohner einher, da es an dem neuen Ort keinerlei Infrastruktur gibt. Man kann sich leicht vorstellen, wie verheerend die Lebensmittelversorgung und die sanitären Zustände sind. Krankheiten werden rasch folgen und viele hinwegraffen.
Für die Herrschenden aber lebt es sich jetzt im gesäuberten Delhi wesentlich angenehmer als zuvor, werden sie doch jetzt nicht mehr mit Hunger und Elend direkt konfrontiert. Sie haben die Armen von ihren Reichtümern physisch getrennt.

Nicht nur in der Hauptstadt Delhi, sondern auch in Bombay und Calcutta ging die Polizei rücksichtslos gegen die Armen vor. In Bombay wurden 75.000 Bettler aufgegriffen und in Lager gesteckt (NZZ, 5.3.76). In Calcutta, wo es zwei Millionen Bürgersteigbewohner und 60.000 Straßenhändler gab, wurden die Trottoirs buchstäblich mit brutalster Gewalt leergefegt und alle Straßenhändler verbannt (NZZ, 12.3.76).

Die totale Pressezensur verhindert natürlich, daß diese Vorgänge in vollem Umfange an die Öffentlichkeit gelangen. Wenn übehaupt, so werden sie stets beschönigend beschrieben und als sinnvoll geplante Altstadtsanierung hingestellt. Trotzdem hört man von heftigen Kämpfen zwischen Militärpolizei und Slumbewohnern in Delhi, als Abbruchkommandos am 19. April ein muslimisches Viertel in der Altstadt „sanieren" wollten (NZZ, 22.4./29.4.76). Es wird angenommen, daß diese Kämpfe die bisher schwersten in der Zeit des Ausnahmezustandes waren (The Japan Times, 21.4.76). Die realen Vorgänge werden in einem Bericht der Frankfurter Rundschau vom 4.6.76 von einem Augenzeugen beschrieben. Er berichtet folgendes: Nachdem am 19. April mit einstündiger Vorwarnung die Abbruchkommandos angerückt waren, schlossen sich die mehr als 3.000 Bewohner dieses Viertels zusammen und leisteten heftigsten Widerstand. Es kam zu regelrechten mehrstündigen Straßenschlachten (auch: NZZ, 22.4./29.4.76) mit der Polizei, die die Aktion absichern sollte und mit Knüppeln und Tränengas vorging. Doch erst als die Grenzpolizei mit modernen Waffen eingriff und wahllos in die Menge schoß, konnte der Widerstand gebrochen werden. Etwa 500 (!) Menschen wurden getötet, ca. 2.500 verletzt. Die Leichen wurden auf Lastwagen geworfen und zu einem Krematorium gekarrt. Über den gesamten Stadtbezirk wurde eine Ausgangssperre verhängt, in den folgenden Tagen nach regierungsamtlichen Angaben (!) 453 Personen festgenommen (NZZ, 29.4.76; zum Vergleich: nach offizieller Darstellung sind nur sechs Personen insgesamt getötet worden). Nachdem der Aufstand niedergeschlagen war, wurden die Abbrucharbeiten sofort weitergeführt und das gesamte Stadtviertel dem Erdboden gleichgemacht.

Soweit der Bericht des Augenzeugen. Genau acht Tage später erfolgte erst eine offizielle Stellungnahme der Regierung zu den Vorgängen (NZZ, 29.4.76).
An dieser Stelle sei darauf verwiesen, daß in Colombo (Sri Lanka) und Dacca (Bangla Desh) ähnliche „Sanierungs"-Aktionen durchgeführt wurden und noch werden. In Colombo findet im kommenden August eine große internationale Konferenz statt. Anscheinend will man den Besuchern nur eine saubere und schöne Hauptstadt präsentieren.

jür

Teil II folgt im nächsten Heft

* Zur Vorgeschichte der Diktatur vgl. Heft 46/47.

„Ich habe Respekt vor dieser Frau... Menschenrechte haben schließlich auch etwas damit zu tun, daß jemand frei von Hunger und Not ist" (Minister Egon Bahr über die indische Ministerpräsidentin Indira Gandhi).

Spiegel 5/76

Organisationen

KBW—Minderheit sprengt das KSA—Heidelberg

KBW-MINDERHEIT SPRENGT DAS KOMITEE SÜDLICHES AFRIKA

Auseinandersetzungen im Komitee Südliches Afrika Heidelberg (KSA)über die Rolle der Sowjetunion im Südlichen Afrika brachen während des Angola-Krieges aus. Eine Minderheit im KSA, bestehend aus Mitgliedern des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) bzw. ihm zugehöriger Organisationen, hielt die Unterstützung der MPLA durch die UdSSR für eine imperialistische Aktion, die darauf zielte, den Befreiungskampf zu schwächen und Angola in die Abhängigkeit von der Sowjetunion zu bringen. Die Mehrheit des Komitees hat hingegen auch während des Angola-Krieges die MPLA (wie in früheren Jahren) unterstützt. Die KBW-Minderheit scheiterte beim Versuch, die Mehrheit des Komitees von ihrer Einschätzung zu überzeugen. Anstatt die Mehrheitsentscheidung zu aktepzieren oder das Komitee zu verlassen, hat die Minderheit (5 der ca. 20 Mitglieder) in einer Nacht- und Nebelaktion das gesamte Archiv, das Material und auch die Konten des Komitees in seine Gewalt gebracht und beansprucht nun, das gesamte Komitee zu verkörpern.

Ihr undemokratisches Verhalten rechtfertigt die Minderheit auf sehr sonderbare Weise in einem Flugblatt, in dem sie schamhaft vom Ausschluß einer Gruppe aus dem KSA (gemeint sind 3/4 des Komitees) spricht: „Auch wenn sogar eine Mehrheit von einer konsequenten Linie abgeht, die in einem Komitee herrscht, so stellt sie sich außerhalb dieses." Selbstverständlich halten es die KBW-Mitglieder für ihre Sache und nicht für die Sache der Mehrheit, zu bestimmen, was eine konsequente Linie ist. So treffen die Flugblätter der Minderheit oder auch der Kommunistischen Hochschulgruppe (der Studentenorganisation des KBW) in denen ihre Einschätzung der UdSSR verteidigt wird, nicht den Kern. Auch die vermeintlich bessere Einschätzung befreit nicht von der Verpflichtung, die demokratische Entscheidung eines Komitees zu respektieren.

Ein solch undemokratisches Vorgehen kann nur durch die Isolation der Minderheit bekämpft werden. Es ist deswegen erforderlich, Post und Überweisungen nicht mehr auf die alte Adresse und die alten Konten zu leiten (über die die Minderheit die Verfügung erlangt hat), sondern nur mit dem aus der Mehrheit der Mitglieder gebildeten Komitee zusammenzuarbeiten (vorläufige Adresse und Konto siehe Kasten).

Wir dokumentieren diesen Vorfall anhand der Flugblätter der Mehrheit- und der Minderheit. Wir veröffentlichen dies, um solche Vorfälle in Zukunft verhindern zu helfen und dazu beizutragen, daß eine breite Öffentlichkeit die Herausgabe der gestohlenen Materialien erzwingt. Auch kann nur die öffentliche Diskussion dieses Vorgehens den KBW, dessen Ortsleitung in Heidelberg zumindest von diesem Vorgehen informiert war, zu einer Stellungnahme zwingen. Wir veröffentlichen diesen Vorfall nicht, um antikommunistische Strömungen zu stützen, auf die sich die heute für die Berufsverbote Verantwortlichen stützen. Wenn jedoch auch dies die Wirkung einer solchen öffentlichen Auseinandersetzung sein kann, so trifft die Schuld die, die sich solcher undemokratischen Methoden bedienen. Sie zwingen uns zur Veröffentlichung.

Red.

DAS FLUGBLATT DER MINDERHEITSFRAKTION IM KSA:

Solidarität mit den Völkern Afrikas im Kampf gegen Kolonialismus, Neokolonialismus und Imperialismus

Hrsg.: Komitee Südliches Afrika
Postfach 10 33 68
6900 Heidelberg
Verantwortlich i.S.d.P. L. Cammann   Mai 1976

DAS KOMITEE SÜDLICHES AFRIKA SETZT SEINE ANTIIMPERIALISTISCHE TRADITION FORT!

Auf der letzten Sitzung des Komitee Südliches Afrika (KSA) hat sich aufgrund einer Diskussion über die letzte Ausgabe der „Afrika Zeitung" (Organ des KSA) gezeigt, daß einige Mitglieder des KSA in Widerspruch zu den Zielen des KSA stehen, was eine weitere Mitarbeit dieser im KSA verunmöglichte.

WAS WAREN DIE GRÜNDE?

Seit längerem findet im KSA eine Diskussion über die Bedeutung der Einmischung der Sowjet-Union (SU) im südlichen Afrika statt, insbesondere am Fall Angolas. Diese Diskussion ist eine für die Solidaritätsbewegung wesentliche, insofern die heute nicht mehr sozialistische SU noch unter dem Aushängeschild des „Sozialismus" und der „brüderlichen Hilfe" an die Befreiungsbewegungen versucht, in die Länder der Dritten Welt militärisch einzudringen und diese wirtschaftlich abhängig zu machen. Im KSA gab es dazu zwei Positionen: die eine sah in der SU einen für den Befreiungskampf nutzbaren und progressiven Faktor, die andere ging aus vom imperialistischen Charakter der SU und sah es als konsequente Aufgabe eines Antiimperialisten an, den Kampf der Völker Afrikas gegen jede Art von Imperialismus zu unterstützen und für wirkliche Unabhängigkeit einzutreten.

Diejenigen im KSA, die im Mäntelchen einer scheinbar kritischen Haltung zur SU zur Vertuschung von deren Ziele und Absichten beitrugen, haben zunehmend versucht, diese Debatte formal zu unterdrücken, was seinen zugespitztesten Ausdruck in der letzten „Afrika-Zeitung" des Komitees fand, wo in einem Artikel über den Kampf des Volkes von Zimbabwe die Stellen, die auf das Manöver der SU in diesem Land eingingen, von diesen herausgeschnitten wurden. Damit hatten sich diese Mitglieder objektiv gegen die Ziele des KSA gestellt die in der Unterstützung des Kampfes der Völker um **wirkliche Unabhängigkeit** bestehen. Da sie sich zudem weigerten, daß in Form einer Beilage in dieser „Afrika-Zeitung" ihr Vorgehen kritisiert wird und damit auch ihre Haltung zur SU, war es nicht mehr möglich, auf Grundlage der antiimperialistischen Zielsetzungen des KSA mit diesen Leu-

ten zusammenzuarbeiten. Weil letztlich von diesen – ob sie es wollen oder nicht – eine proimperialistische Haltung in der Beschönigung der Machenschaften der SU vertreten wurde, war eine Trennung unumgänglich.

Auch wenn weiterhin diese Leute von sich behaupten sollten, das KSA zu repräsentieren, so ist dies falsch: es gibt nur ein Komitee Südliches Afrika, welches den Kampf der Völker des südlichen Arika um wahre Unabhängigkeit unterstützt. Und eine konsequente antiimperialistische Linie ist niemals eine Frage von Minderheits- oder Mehrheitsentscheidungen. **Auch wenn sogar eine Mehrheit von einer konsequenten Linie abgeht, die in einem Komitee herrscht, so stellt sie sich außerhalb dieses.** (Hervorhebung iz3w)

Dies sind die gegenwärtigen Verhältnisse im KSA. Um die Differenzen klarer werden zu lassen, gehen wir kurz auf die Tradition des KSA ein und nochmals auf die Debatte um Angola.

ZUR ANTIIMPERIALISTISCHEN TRADITION DES KSA

Das KSA ging 1969/70 aus der Cabora-Bassa-Gruppe – Heidelberg hervor. Der Name der Gruppe leitete sich aus dem Cabora-Bassa Staudamm her, der von imperialistischen Konzernen im Auftrag des portugiesischen Kolonialregimes in der ehemaligen Kolonie Mozambique gebaut wurde und der den Zweck hatte, die Kolonialistenherrschaft durch Ansiedelung 1 Million Weißer in diesem Land zu verfestigen. Diese offen konterrevolutionäre Funktion des Staudamms wurde von der antiimperialistischen Bewegung seinerzeit ins Zentrum der antiimperialistischen Solidarität mit den Völkern Afrikas gestellt, weil der imperialistische und völkerfeindliche Charakter der Investitionen gerade auch westdeutscher Konzerne hier besonders klar gezeigt werden konnte. Als 1970 der ehemalige amerikanische Kriegsminister und Weltbankpräsident McNamara und der damalige „Entwicklungshilfeminister" Eppler in Heidelberg sich über die weitere Ausplünderung der Länder der „Dritten Welt" abstimmen wollten, wurde von den antiimperialistischen Kräften eine machtvolle Demonstration gegen die Anwesenheit dieser Imperialistenhäuptlinge durchgeführt, unter dem Namen „Cabora-Bassa-Demonstration noch vielen in Erinnerung.
Nach diesen Solidaritätsaktionen bildete sich das KSA, welches nun umfassend den Befreiungskampf im südlichen Afrika ins Zentrum seiner Solidaritätsarbeit setzte. Ausgangspunkt der Solidarität waren immer die Interessen der Völker, die sich in einer oder mehreren Befreiungsbewegungen repräsentieren. Ziel war immer die Aufklärung über koloniale und imperialistische Machenschaften, Menschen für materielle Unterstützung und für die Mitarbeit im KSA und seiner später gebildeten Projektgruppen zu gewinnen.

DER US-IMPERIALISMUS UND DER SOZIALIMPERIALISMUS SIND DIE GRÖSSTEN FEINDE DER VÖLKER AFRIKAS

In den ehemaligen portugiesischen Kolonien war der wesentliche Widerspruch der zwischen kolonialer Unterdrückung und Volk. Dies und die Anprangerung der Unterstützung des Kolonialregimes durch die westlichen imperialistischen Staaten standen im Vordergrund der Solidaritätsarbeit.
Mit dem Niedergang des portugiesischen Kolonialismus im Feuer des Volkskrieges war dieser Widerspruch im wesentlichen gelöst und es galt, die Sicherung der Unabhängigkeit dieser Länder zu unterstützen wie auch materielle Unterstützung weiterhin zu organisieren.

Nun trat ein neuer Feind der Völker auf den Plan, der bis heute eine wirkliche Unabhängigkeit Angolas verhinderte: Der Sowjetische Sozialimperialismus.
Dieser nutzte die Niederlagen des US-Imperialismus aus, der sich gänzlich auf die Rassisten und Kolonialisten stützte, und versuchte unter dem Deckmantel „sozialistischer Bruderhilfe" das Land durch Militärhilfe und Kredite von sich abhängig zu machen; das gleiche Ziel verfolgt er in der SAR, Namibia oder Zimbabwe: die Abspaltung von Teilen der Befreiungsbewegungen zu erreichen, um sich später an der Stelle der alten Imperialisten festzusetzen.
In Angola betrieb er die direkte und offene Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Landes, setzte auf die Abspaltung der drei Befreiungsbewegungen MPLA, FNLA und UNITA, die sich im Abkommen von Alvor zusammengeschlossen hatten, um eine Einheit gegen das portugiesische Kolonialregime zu bilden.
Die SU setzte auf eine der drei Bewegungen, begann erst nach der besiegelten Niederlage Portugals massiv Waffen an eine dieser Bewegungen zu liefern, um gegen die anderen zu hetzen. Dies alles hat die SU schließlich benutzt, um in Gestalt kubanischer Söldnertruppen dem angolanischen Volk angeblich zur „Hilfe" zu kommen. In Wahrheit um sich in Angola fest einzunisten.

Im KSA bestand lange Zeit über dieses Vorgehen der SU Unklarheit und entsprechend lange wurde dieses Problem diskutiert. Im Januar '76 faßte das KSA den formalen Beschluß, der von einer scheinbar bereits realisierten Unabhängigkeit Angolas ausging und die Solidaritätsarbeit auf Projekte für die MPLA reduzierte. Verbal hieß es noch im Beschluß, man würde das vermutete Machtkalkül der SU analysieren, praktisch jedoch wurde damit die Entlarvung der imperialistischen Machenschaften der SU verhindert. So auf einer Angola-Veranstaltung, wo KSA-Mitgliedern, die die imperialistischen Manöver der SU aufdecken wollten, versucht wurde, Redeverbot zu erteilen. Ebenso sollten die sich in dieser Einschätzung in der Minderheit befindlichen KSA-Mitglieder unterzuordnen haben und nur noch die eben noch nicht realisierte Unabhängigkeit Angolas propagieren dürfen. Weiter sollte nur noch diese und keine andere Meinung erscheinen. Konnte dies noch verhindert werden und ein Artikel erscheinen, der die wirkliche antiimperialistische Position bezüglich der beiden Supermächte erläuterte, so hat die eingangs erwähnte Zensur am Artikel über den Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe vollständig diese Mitglieder entlarvt: Sie wollen nicht nur die Machenschaften des Sozialimperialismus beschönigen und, wie in Angola, vertuschen – nein – auch in anderen Ländern wie in Zimbabwe oder Namibia waren sie darangegangen, den ideologischen Boden für die Sozialimperialisten vorzubereiten.

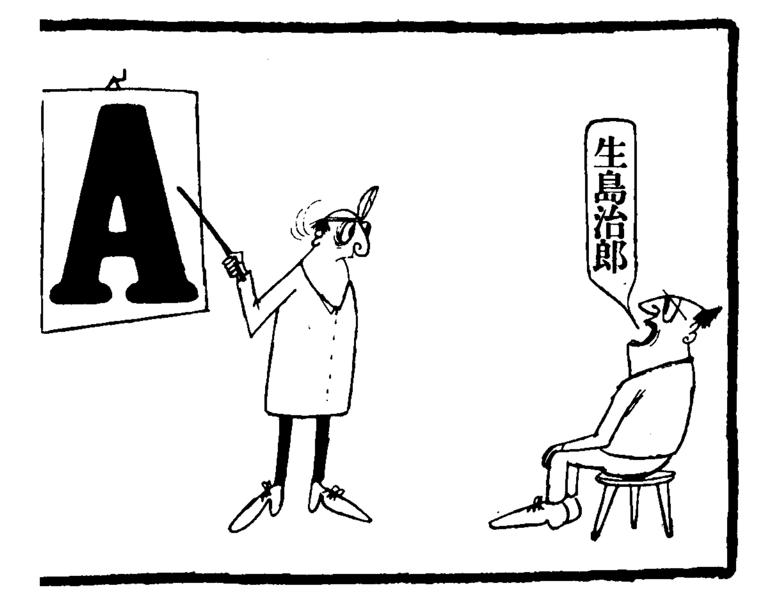
DAS KSA WIRD DIE ANTIIMPERIALISTISCHE TRADITION FORTSETZEN!

Das KSA, das sich als eine antiimperialistische, demokratische Massenorganisation versteht, hat sich die Unterstützung des Kampfes der Völker gegen den Imperialismus in all seinen Erscheinungsformen zum Ziel gesetzt, so wie ihn diese Völker führen. Unterschiedliche Einschätzungen sind bei manchen Problemen normal, breite Debatten auch im Organ, der „Afrika-Zeitung", sind nötig und möglich.

Wenn jedoch die Beschönigung und Vertuschung einer neu auftretenden imperialistischen Supermacht, der SU, zugelassen wird, wenn sich diese Position nur durch Zensur und Verhinderung der freien Debatte zum Durchbruch verhelfen kann, so ist dies nicht mit der Haltung eines wirk-

lichen Antiimperialisten zu vereinbaren. Für solche Leute ist im KSA kein Platz.

Wir fordern alle antiimperialistischen Menschen auf, weiterhin die Arbeit des KSA zu unterstützen und seine 14-tägigen Sitzungen zu bestimmten Problemen der Befreiungskämpfe zu besuchen und in den Projektgruppen mitzuarbeiten.



DAS FLUGBLATT DER MEHRHEITSFRAKTION IM KSA:

Solidarität mit den Völkern Afrikas im Kampf gegen Kolonialismus, Neokolonialismus und Imperialismus!

Komitee Südliches Afrika
Heidelberg
Spendenkonto: Volksbank , HD, Kt. Nr. 20 22 99 18

KBW SABOTIERT SOLIDARITÄTSARBEIT DES KOMITEE SÜDLICHES AFRIKA

Eine kleine KBW-Minderheit im Komitee südliches Afrika (KSA) beansprucht plötzlich, das KSA zu sein, will die Mehrheit des KSA Ausschließen, klaut bei Nacht und Nebel das gesamte KSA-Archiv, das Büromaterial und die KSA-Literatur, verweigert die Übergabe des Postfachschlüssels und der gesammelten Spenden für die Befreiungsbewegungen des südlichen Afrika an die Mehrheit des KSA.

Beginn des Konflikts: Politische Auseinandersetzung zu Angola
Das KSA hat sich laut Statut das Ziel gesetzt, „den Befreiungskampf der afrikanischen Völker für nationale Unabhängigkeit und Selbstbestimmung, so wie ihn diese Völker führen, zu unterstützen. Zu diesem Zweck setzt es sich die dauernde Aufgabe, möglichst viele Menschen über den gerechten Kampf der Völker zu informieren und sie für die politische und materielle Unterstützung zu gewinnen."

Die vom KBW bestimmte Minderheitsfraktion im KSA hat sich das Ziel gesetzt, daß das KSA in seiner politischen Unterstützungsarbeit für die Befreiungsbewegungen des Südlichen Afrika generell die KBW-Position zum Sozialimperialismus als Schlüssel für die Analysen zur Lage im Südlichen Afrika anwendet. Am deutlichsten wurde dies im Fall von **Angola**: Hier war die **Position der Minderheitsfraktion** folgende: Der Hauptfeind des angolanischen Volkes ist der Sozialimperialismus. Es muß die Einheit aller drei angolanischen „Befreiungsbewegungen" (MPLA, FNLA, UNITA) gefordert werden. Die Sowjetunion hat diese Einheit verhindert und einen Bürgerkreig in Angola entfacht. Die Solidaritätsarbeit des KSA muß darin bestehen, die Unterstützung all der Kräfte zu propagieren, die zum Widerstand gegen die Sowjetunion und ihren kubanischen Söldner aufrufen. Dagegen lautete die **Position der Mehrheit im KSA**: Der Hauptfeind des angolanischen Volkes ist der US-Imperialismus und seine Verbündeten, die EG & NATO-Staaten und die weißen Minderheitsregimes in Afrika. Es waren die alten Kolonialmächte, die die portugiesischen Kolonialisten in ihren Kolonialkriegen unterstützten und Reichtümer und Arbeitskräfte Angolas ausplünderten. Es waren die USA, die nach dem Abkommen zwischen den drei angolanischen Organisationen und Portugal über die Entkolonialisierung zuerst die Waffenlieferungen an die FNLA wieder aufnahmen. Mit Unterstützung des Westimperialismus drangen Truppenverbände aus Zaire und Südafrika in Angola ein. Erst dann, als sich FNLA und UNITA eindeutig mit den südafrikanischen Invasionstruppen verbündet hatten, erklärte die MPLA und die Volksrepublik Angola den beiden anderen Organisationen und Südafrika den Krieg. Erst dann forderte die MPLA Kuba und die Sowjetunion zur Unterstützung auf. Der zweite Befreiungskrieg Angolas mußte nach Meinung der Mehrheit des KSA als anti-imperialistischer Krieg interpretiert werden (nicht als Bürgerkrieg). Die Forderung der Westmächte und Südafrikas nach einer Einheitsregierung von MPLA, FNLA und UNITA mußte deshalb als der Versuch erklärt werden, die Interessenvertreter des West-Imperialismus in die Regierung Angolas zu lancieren. Deshalb forderte das KSA aufgrund eines Mehrheitsbeschlusses die Anerkennung und politische wie materielle Unterstützung der von der MPLA ausgerufenen Volksrepublik Angola. Das KSA folgte damit der Argumentation der Befreiungsbewegungen von Guinea Bissau und Kapverde (PAIGC), von Mozambik (FRELIMO), von Zimbabwe (ZANU) und von Namibia (SWAPO). Weiter beschloß die Mehrheit des KSA, das Machtinteresse der Sowjetunion bei ihren Hilfsmaßnahmen für das Volk von Angola politisch zu bekämpfen. Das KSA sieht die Gefahr, daß der Sozialimperialismus die Unabhängigkeit der Volksrepublik Angola bedroht. Gleichzeitig sehen wir aber auch, daß das angolanische Volk mit dem Aufbau der Volksmacht die sicherste Grundlage errichtet für die Absicherung und den Ausbau der Unabhängigkeit Angolas. Deshalb hat das KSA mehrheitlich beschlossen, durch konkrete Unterstützungsprojekte und entsprechende politische Arbeit das angolanische Volk unter Führung der MPLA auf seinem Weg zur vollständigen Unabhängigkeit tatkräftig zu unterstützen. Wir weisen auf das Kazenga-Schulprojekt des KSA hin, das wir in der Mai-Nummer der AFRIKA-ZEITUNG dargestellt haben.

DEMOKRATIE-VERSTÄNDNIS DER KBW-MINDERHEIT: MISSACHTUNG VON MEHRHEITSBESCHLÜSSEN, BOYKOTT DER SOLIDARITÄTSARBEIT.

In monatelangen Debatten des KSA konnte die KBW-orientierte Minderheitsfraktion sich nicht im KSA durchsetzen. Daraufhin versuchte die Minderheit, die Arbeit des KSA zur politischen und materiellen Unterstützung der VR-Angola und der MPLA zu boykottieren. Gleichzeitig appellierte aber die Minderheit an das demokratische Verhalten der Mehrheit und beanspruchte ‚Minderheitsrechte': sie erhielten auch das Recht, ihre Minderheitsposition in öffentlichen Veranstaltungen des KSA und in der AFRIKA-ZEITUNG des

KSA darzustellen, vorausgesetzt, daß sie die Unterstützungsprojekte des KSA aktiv fördern. Statt dessen war aber die Minderheit nicht bereit, einmal gefaßte Mehrheitsbeschlüsse des KSA zu akzeptieren und sich an ihrer Durchführung zu beteiligen. So weigerten sich z.B. Mitglieder der Minderheit, die AFRIKA-ZEITUNG zu verkaufen; sie versuchten, das KSA in einen bloßen Debattierklub umzufunktionieren. Diese Zermürbungstaktik der Minderheit gab für die KSA-Mitglieder ständig neuen Anlaß zu Frustrationen, konnte aber letztlich das KSA nicht daran hindern, seine konkrete Arbeit zu leisten. Als die Minderheit ihren Mißerfolg erkannte, hätte sie korrekterweise das KSA verlassen müssen. Statt dessen versuchte die Minderheit, das KSA durch einen Handstreich unter ihre Kontrolle zu bringen.

DER HANDSTREICH DER KBW-MINDERHEIT DARF DER SOLIDARITÄTSBEWEGUNG NICHT SCHADEN. SOLIDARISIERT EUCH MIT DEM KSA! ISOLIERT DAS „KBW-KSA".

Am 27.5. erklärte die KBW-Minderheit dem Plenum des KSA, die KSA-Mehrheit habe die anti-imperialistische Basis des KSA verlassen. Seitdem erhebt die Minderheit den exklusiven Anspruch darauf, daß KSA zu sein.Warum dieser Putsch? Das KSA-Heidelberg hat einen guten Namen bei den Befreiungsbewegungen im südlichen Afrika. Dieser gute Name soll der Minderheit als ‚Start-Kredit' dienen.
In der Nacht vom 28.5./29.5.1976 klaute die Minderheit dem KSA sämtliches Archiv-, Büro- und Literaturmaterial. Sie übergab dem KSA auch nicht die schon gesammelten Spendengelder und nicht die Schlüssel zum Komiteeraum und zum Postfach des KSA. Damit will die Minderheit erreichen, daß die Mehrheit des KSA arbeitsunfähig wird und sich schließlich der Kontrolle der Minderheit unterwirft. Andererseits hat das KSA viele Aufgaben: die Durchführung eines Angola Arbeitskreises im Rahmen des Studium Generale des C.A.-Heidelberg; zwei Veranstaltungen – zusammen mit der Cabral-Gesellschaft – zur Unterstützung des Gesundheitswesens auf den Kapverdischen Inseln; die Herstellung einer Südafrika-Informationsbroschüre; die Vorbereitung einer von 17 Komitees in der BRD beschlossenen Rundreise von ZANU-Vertretern...
Das sind die nächsten Aufgaben, an der die Mehrheit des KSA als KSA arbeiten wird. Wir lassen uns nicht arbeitsunfähig machen, weil das der Solidaritätsbewegung schaden wird. Um unsere Aufgaben erfüllen zu können, brauchen wir in der nächsten Zeit die praktische Unterstützung aller fortschrittlichen Kräfte in Heidelberg: Solidarisiert Euch öffentlich mit dem KSA! Helft uns aus mit Büromaterial! Isoliert das „KBW-KSA".

WIR FORDERN VOM KBW DIE SOFORTIGE HERAUSGABE DES KSA–ARCHIVS, DES BÜROMATERIALS UND DER KSA-LITERATUR, DIE SCHLÜSSEL ZUM POSTFACH UND ZUM KOMITEERAUM UND DIE ÜBERGABE DER GESAMMELTEN SPENDENGELDER des KSA!

Das Komitee Südliches Afrika
Heidelberg

Vorläufige Kontaktanschrift: U. Schmidt, 69 HD, Kettengasse 2, Telefon 13415.
Ab sofort alle Spenden nur noch auf: Spendenkonto des KSA, Heidelberger Volksbank, Kto. 20 22 99 18.

P.S. Mittlerweile wurde das Verhalten der KSA-Minderheit auch vom ZK des KBW gebilligt.

Südafrika

Vorster besucht die BRD

Südafrikas Premierminister Vorster wird vom 20. Juni bis wahrscheinlich 26. Juni 1976 in der BRD sein.
In ihrem Hinweis darauf verharmlost die ‚Frankfurter Allgemeine Zeitung' (FAZ) vom 8.6.1976 die südafrikanische Apartheidspolitik im Innern, sowie deren Unterdrückung in Namibia. (Zu den Verfassungsgesprächen, auf die die FAZ setzt; blätter des iz3w Nr. 48: Neuer Wein in alten Schläuchen – Vorsters Schwindel mit der neuen Verfassung)

„Der südafrikanische Ministerpräsident Vorster kommt uneingeladen – in der Diplomatensprache „privat" – nach Bonn. Daß er eine Konferenz südafrikanischer Botschafter leiten will, ist offiziell der Anlaß. Eher ist das aber ein Vorwand für einen Besuch in ganz anderer Absicht: Vorster will die Dinge zwischen Pretoria und Bonn, aber auch zwischen Pretoria und Washington wieder geraderücken, die seit Kissingers Schwarzafrika-Reise im April und Genschers Nachbeten der Kissingerschen Erklärungen zum südlichen Afrika durcheinandergekommen sind. Kissinger wird Vorster in einer der Hansestädte treffen. Es wäre gut, wenn auch Bundeskanzler Schmidt und sein Außenminister sich anhören würden, was Vorster zu sagen hat: daß Pretoria nicht erst gedrängt werden muß, sondern schon begonnen hat, Südwestafrika in die Unabhängigkeit zu entlassen; daß Pretoria nicht daran denkt, das weiße Regime in Rhodesien militärisch zu stützen, sondern seit Jahren versucht, es zur Vernunft zu bekehren; daß Vorsters eigener Partei schon die Apartheids-Politik in Frage gestellt wird. Entspannung gegenüber Südafrika kann uns ebenso Früchte tragen wie die gegenüber Ostblockländern. Die politische Wirklichkeit dort entspricht unseren Vorstellungen von Demokratie noch weniger als die Verhältnisse in Südafrika."

Eigentlich stimmt in diesem Atikel nur das Datum der Veröffentlichung.
Die Tagesschau im ARD-Fernsehen vom 12.6.1976 brachte in ihrer 20 Uhr-Ausgabe einen Filmbericht aus Rhodesien, in dem gezeigt wurde, wie die rhodesische Armee zusammen mit 34 südafrikanischen Hubschraubern – geflogen von Piloten aus Südafrika – das Staatsgebiet von Mozambique bombardiert hat. Dies ist nur das jüngste Beispiel, das die FAZ-Lügen widerlegt. Auch in Rhodesien ist Südafrika militärisch präsent.
Wie falsch die Verharmlosung des Apartheidsregimes Südafrika ist, geht auch aus einem Interview mit dessen Außenminister Mulder hervor, das in der „Bild-Zeitung" vom 8.6. 1976 abgedruckt ist:

„Bild: Außenminister Genscher hat die Rassenpolitik Ihrer Regierung kritisiert. Was sagen Sie dazu?

Mulder: „Herr Genscher sollte nach Südafrika kommen und sich selbst umsehen. Dann wird er Südafrika besser beurteilen können. Ich bin sicher, daß sich die Bundesregierung meinen Rat verbitten würde, sofort ihre Ostpolitik zu stoppen."

Bild: Versuchen die Sowjets, jetzt Südwestafrika und Rhodesien kommunistisch zu unterwerfen, um sich schließlich auf das Endziel Südafrika zu konzentrieren?

Mulder: „Ja, ich glaube, das haben die Sowjets im Sinn. Doch mehrere schwarz-afrikanische Staaten haben uns gesagt: Wir akzeptieren Südafrika als einen afrikanischen Staat und die Weißen in Südafrika als weiße Afrikaner – wenn die Probleme in Rhodesien und Südwestafrika gelöst werden könnten."

Bild: Opfert Südafrika also Rhodesien, um sich selbst zu retten?

Mulder: „Wir suchen eine friedliche Lösung..."

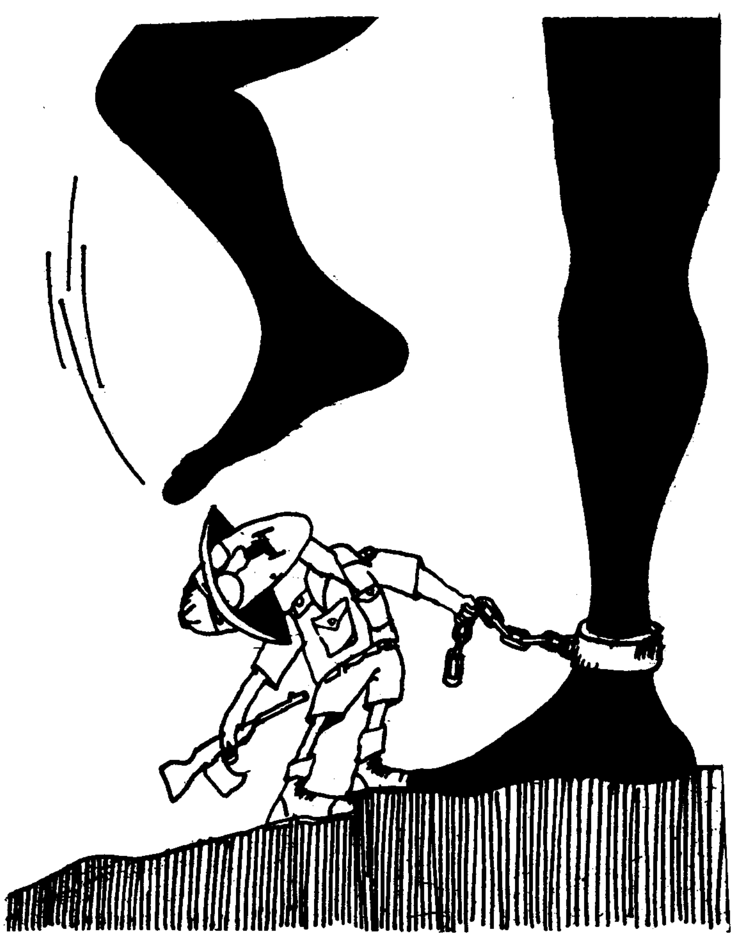
Bild: Würde Südafrika Rhodesien notfalls zu Hilfe kommen?

Mulder: „Wir müssen genau überlegen, ob es in unserem Interesse liegt."

Bild: Werden Sie notfalls Atomwaffen zur eigenen Verteidigung einsetzen?

Mulder: „Ich möchte so antworten: Wir haben klargemacht, daß wir Uran besitzen, daß wir ein Verfahren entwickelt haben, das Uran anzureichern, und wir haben grünes Licht für eine große Uranindustrie gegeben. Den Atomsperrvertrag haben wir nicht unterzeichnet. . ."

Mulder bestätigt indirekt, daß Südafrika nicht nur den Bau einer Atombombe betreibt, sondern daß die Rassisten auch keine Skrupel haben werden, sie nach Fertigstellung gegebenenfalls auch zu verwenden. Der „private Besuch" von Vorster muß im Zusammenhang mit dieser Drohung von Mulder gesehen werden.
Vorster, der sich vom 20. bis wahrscheinlich 26.6. in der BRD aufhalten wird, leitet zusammen mit Außenminister Mulder in Bonn ein Treffen aller südafrikanischen Botschafter aus Europa, Nordamerika und Nahost. Dies wird als offizieller Grund für den Besuch angegeben. Wichtiger dürfte allerdings das Treffen von **Vorster** und Mulder mit **Kissinger, Schmidt** und **Genscher** sowie dem **israelischen Außenminister Allon** am 23.6. in Hamburg sein.



Absicht dieses Treffens ist, militärisch-strategische und wirtschaftliche Absprachen zu treffen und Abkommen zu schließen, unter anderem auch auf nuklearem Gebiet. Israel nimmt wohl deshalb teil, weil es inzwischen eigene Atombomben herstellen kann. Dies wurde in der Zeitschrift ‚Wehrkunde' bestätigt. (Zum derzeitigen Verhältnis Israel – Südafrika: siehe Chronik in diesem Heft)
Der unaufhaltsame Befreiungsprozeß im südlichen Afrika soll durch neue Absprachen mit Südafrika, durch seine konkrete Unterstützung, die bis zur Weitergabe von Atomwaffen geht, gestoppt werden.
Daß dieses Treffen in der BRD stattfindet, weist auf die massive, unverhüllte Unterstützung der Bundesrepublik für das Apartheidsregime hin – trotz der jüngsten Sprüche von Genscher.
Obwohl Frankreich inzwischen den Lieferauftrag für Atomreaktoren bekommen hat, ist es die deutsche, vom Bund kontrollierte Firma STEAG (Essen), die eine Urananreicherungsanlage liefert. Gerade diese Anlage ist eindeutig für militärische Zwecke konzipiert: sie liefert noch nicht einmal angereichertes Material für die südafrikanischen Kernreaktoren. Auch aus dem Interview mit Mulder geht hervor, daß diese Urananreicherungsanlage das Kernstück für die zukünftige Atombombenproduktion ist.
Diese Anlage soll bis 1979 mit massiver finanzieller und technischer Unterstützung – besonders aus der BRD – fertiggestellt werden. Hierin liegt einer der wichtigsten Aspekte des Besuches.
Aber auch der Termin des Vorster-Aufenthaltes dürfte sorgfältig abgestimmt sein.
Am 20.6. finden in Italien Wahlen statt, deren Ergebnis eine Regierungsbeteiligung der Kommunistischen Partei (KPI) „befürchten" läßt. Italien könnte damit seine Rolle als 2.größter Waffenlieferant Südafrikas verlieren.

Da früher alle BRD-Regierungen – ob ‚christlich' oder ‚sozial-liberal' den portugiesischen Faschisten Waffen für ihren Kolonialkrieg geliefert haben, ist die Befürchtung realistisch, daß die BRD für Italien einspringt und sich an der Aufrüstung des Apartheidsregimes noch stärker beteiligt.
Der bisher bekannte Reiseplan Vorsters (Stand 14.6.76):

20.6.	7.00 Uhr	Ankunft Flughafen Frankfurt/Main. Weiterflug nach Düsseldorf. Unterkunft Hotel ‚Hilton'.
21.6.		Botschaftertreffen in Bonn.
22.6.		Besprechungen in Düsseldorf mit VEBA, STEAG, Rheinstahl. (die Treffen mit STEAG und Rheinstahl sind noch fraglich).
23.6.		Treffen mit Kissinger, Allon, Schmidt und Genscher im Hamburger Hotel ‚Vier Jahreszeiten'.
24.6.		Fortsetzung der Hamburger Gespräche.

Aus Anlaß dieses Besuches sind bisher folgende Aktionen geplant:

21.6.		Pressekonferenz in Bonn mit ANC-Beteiligung, „Aktionen" in Bonn
22.6.		Hinweis auf Vorster – Besuch und ANC – Ansprache auf der zentralen Demo des VDS in Bonn.
23.6.	15.30 Uhr	Demo vor STEAG-Essen, Bismarkstr. 54
24.6.		Demo in Hamburg.

Das „Organisationskomitee zur Unterstützung der Befreiungskämpfe", dem auch die Aktion Dritte Welt Freiburg angehört, rief zur Mitarbeit und zur aktiven Teilnahme an diesen Aktionen auf. Zudem wurde den Gruppen und Komitees vorgeschlagen, an ihren Orten Informationsveranstaltungen durchzuführen.

rb

Repression in der BRD

Einschränkung der Bewegungsfreiheit von drei Iranern

Viele Ausländer, die in der Bundesrepublik leben, klagen darüber, daß sie seit einiger Zeit in zunehmendem Maße von den westdeutschen Behörden schikaniert werden. Bisher pflegten die Behörden dabei insofern noch vorsichtig zu sein, als die Schikanen sorgfältig dosiert wurden: in den meisten Fällen begnügte man sich mit der mutwilligen Verschleppung von Anträgen o.ä. Solche Nadelstiche sind für jemanden, der nicht in seiner vertrauten Umgebung lebt, natürlich besonders quälend und verletzend.
Inzwischen greifen die Behörden aber auch schon zu wesentlich brutaleren Maßnahmen. Der folgende Artikel schildert Fälle, wo persischen Staatsangehörigen die Bewegungsfreiheit genommen und die Ausweisung angedroht wird. Indem die westdeutschen Behörden ausgerechnet Iraner verfolgen, die gegen das schmarotzende und folternde Schah-Regime auftreten, machen sie sich ohne Rücksicht auf demokratische Freiheitsrechte zu Gehilfen derer, deren Profitinteresse eine Aufrechterhaltung dieses Regimes verlangt: z.B. die westdeutsche Rüstungsindustrie, zu deren Hauptabnehmern Iran heute gehört. (vgl. auch die Rezension des Buches „Rüstung und Unterentwicklung" in diesem Heft)

Das Schah-Regime vertritt die Interessen des internationalen Kapitals als sogenannte „Ordnungsmacht" in der ölreichen Golfregion. In Oman führt es z.B. mit erheblichem Militäraufgebot zusammen mit englischen Truppen eine Art Kolonialkrieg gegen die PFLO (Volksfront zur Befreiung von Oman).
Daß fortschrittliche Iraner in der Bundesrepublik unterdrückt werden, kann daher auch als ein Teil der repressiven Verteidigungsstrategie verstanden werden, welche der Imperialismus nach den Siegen der Volkskräfte in Indochina und den ehemaligen portugiesischen Kolonien verfolgt, um sich gegen weitere Niederlagen zu wappnen.
Nicht weniger skandalös als die Repressionsmaßnahmen selbst sind ihre offiziellen Begründungen. Die Polizeibehörde versucht sich den Beifall und die Unterstützung der Bevölkerung zu erschleichen, indem sie unterschwellig gängige Vorurteile anspricht. Sie bezichtigt einen Iraner der „Notzucht", wo offenkundig ist, daß ihm allenfalls „Nötigung" hätte vorgeworfen werden können. Damit versucht sie sich das widerwärtige rassistische Vorurteil zunutze zu machen, daß Ausländer aus orientalischen Ländern zu Sexualstraftaten neigen würden. Sie beschuldigt denselben Iraner, an der „Besetzung der . . . Botschaft in Stockholm" teilgenommen zu haben, obwohl er sich zur fraglichen Zeit gar nicht in Schweden aufhalten konnte. Mit diesem Wortlaut spielt sie auf den blutigen Anschlag gegen die deutsche Botschaft in Stockholm im Frühjahr 1975 an und versucht so, den beschuldigten Iraner in dieselbe Ecke wie die politischen Gewalttäter zu stellen, die von den bürgerlichen Medien in der BRD heute zu Sündenböcken für alles und jedes gemacht werden.
Beides sind hinterhältige Methoden, um jemanden durch das Image kaltzustellen, das man ihm aus der Machtposition einer Polizeibehörde heraus zuschreiben kann. Hüten wir uns davor, auf solche Methoden hereinzufallen, und bekämpfen wir die Einschränkung demokratischer Freiheitsrechte in der BRD, wo immer sich die Gelegenheit dazu bietet!

Red.

Der Oberbürgermeister der Universitätsstadt Giessen (SPD) hat mit zwei Verfügungen vom 16. März 1976 die Aufenthaltsgenehmigung von zwei Mitgliedern der CISNU (Conföderation Iranischer Studenten National Union) auf die Stadt Giessen und vier umliegende Landkreise beschränkt. Eine dritte Verfügung dieser Art wurde in München (SPD-Mehrheit im Stadtparlament) erlassen, ist mir aber nicht wörtlich bekannt. Sie wird daher nicht in die folgende Erörterung einbezogen.
Die Begründung der Verfügung gegen Abdolhossein Behravan, Sekretär für internationale Angelegenheiten im Vorstand der CISNU, enthält teilweise denunzierende Falschinformationen. Es wird dort behauptet:

Sie halten sich seit August 1966 in der Bundesrepublik Deutschland als Student auf. Ihr Studium haben Sie bisher nicht abgeschlossen. Sie sind Vorsitzender der „Confoederation iranischer Studenten National Union" – cisnu – in Gießen.

Nach vorliegenden Erkenntnissen wurden Sie im März 1974 in Den Haag/Niederlande wegen Notzucht und Hausfriedensbruch festgenommen.

Am 8. März 1974 nahmen Sie an der Besetzung der iranischen Botschaft in Stockholm teil. Am 29. April 1975 haben Sie die Diensträume der iranischen Botschaft in London widerrechtlich besetzt.

Diese Tatbestände sind Ausweisungsgründe nach § 10 Abs. 1 Ziff. 2 des Ausländergesetzes, da sie die Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zu Ihrem Heimatstaat erheblich stören. Von einer Ausweisung wird jedoch vorerst abgesehen, um Ihnen die Möglichkeit zu geben, Ihr Studium hier abzuschließen. Ihre Aufenthaltserlaubnis war zur Vermeidung weiterer Störungen öffentlicher Belange der Bundesrepublik Deutschland auf Ihren Studienort und die nähere Umgebung zu beschränken. Damit ist die Fortführung Ihres Studiums gewährleistet.

Falsch ist in dieser Begründung,

– daß er sich seit 1966 in der BRD aufhalte. Er ist bereits 1964 in die BRD eingereist.

– daß er sein Studium bisher nicht abgeschlossen habe. Vielmehr hat er nach einem obligatorischen Vorstudium an der Technischen Hochschule in Darmstadt an der Universität Giessen ein Studium der angewandten Biologie absolviert und dort am 6. Juni 1972 seine Diplomprüfung abgelegt. Daran schloß er ein zweites Studium (Politikwissen-

schaft, Soziologie und Philosophie) an. Bereits im Wintersemester 1975/76 hat er die entsprechende Vordiplomprüfung bestanden.

– daß er Vorsitzender der CISNU in Giessen sei. Vielmehr ist er Mitglied des Weltvorstandes der CISNU. Es gibt in Giessen einen iranischen Studentenverein (ISV), der Mitglied der CISNU ist. Dieser Verein (e.V.) ist dem Polizeipräsidenten in Darmstadt bekannt, denn er muß jedes Semester einen Bericht über die geleistete Arbeit vorlegen.

– daß er am 8. März 1974 an der Besetzung der iranischen Botschaft in Stockholm teilgenommen habe. Im Verfassungsschutzbericht von 1974 heißt es auf Seite 132: „Wie die im wesentlichen von CISNU-Mitgliedern aus dem Bundesgebiet begangenen Ausschreitungen in den Botschaften des Iran in Brüssel, Den Haag und Stockholm am 8. März 1974 zeigen, ..." Da also in Den Haag und Stockholm **gleichzeitig** von Iranern gegen das Schah-Regime protestiert wurde, kann er unmöglich an den Aktionen in beiden Städten beteiligt gewesen sein.

– daß er im März 1974 in Den Haag/Niederlande wegen **Notzucht** und **Hausfriedensbruch** festgenommen worden sei. Er wurde festgenommen, nachdem er zusammen mit anderen Iranern in die Botschaft seines Landes eingedrungen war, um eine Protestresolution gegen die Hinrichtung von zwei fortschrittlichen Künstlern in Persien zu übergeben, in der u.a. auch gefordert wurde, daß die UN-Menschenrechtskommission die Zustände in iranischen Gefangenenlagern untersuchen solle. Ist schon eine solche Protestaktion gegen die faschistischen Machenschaften der Schah-Justiz für deutsche Beamte, die auf das Grundgesetz vereidigt wurden, neuerdings **Notzucht**? (Wohlgemerkt:Notzucht, nicht Nötigung. Entweder die Giessener Polizeibehörde hat sich da einen groben Fehler geleistet bei der Übersetzung aus dem Holländischen, oder aber sie hat damit absichtlich versucht, auf hinterhältige Weise eine politische Handlung in die Ecke gemeingefährlicher Kriminalität zu stellen. In einer Gerichtsverhandlung wird sie dazu Stellung nehmen müssen.)

Am 18. Februar 1974 hatte im Iran die Verfolgung fortschrittlicher Intellektueller mit der Hinrichtung des Schriftstellers Khosrow Golesorkhi und des Regisseurs Karamatolah Daneschian einen Höhepunkt erreicht. Die Besetzung der Botschaften war also „eine logische Antwort auf die ständigen Hinrichtungen, die trotz massiven Protestes der Weltöffentlichkeit gegen die Erschiessung der persischen Freiheitskämpfer durch das Schah-Regime unverfroren fortgeführt wurden. Innerhalb einer Woche wurden acht Revolutionäre nach unmenschlichsten Folterungen an die Exekutionskommandos ausgeliefert. In dieser Situation konnte weder eine fortschrittliche Person noch eine kämpferische Organisation dies hinnehmen und tatenlos zusehen." (Resistence, Organ der CISNU, Nr. 2, 1974).

Das holländische Gericht verhängt für die Teilnehmer an der Protestaktion eine Geldstrafe in Höhe von 100 Gulden wegen „Sachbeschädigung". Weder wegen Notzucht noch wegen Hausfriedensbruch ist die Anklage erhoben worden.

– daß er am 29. April 1975 die Diensträume der iranischen Botschaft in London **widerrechtlich** besetzte. Vielmehr zog die ‚Besetzung' in England nicht einmal eine Gerichtsverhandlung nach sich. Das Strafverfahren ist von dem Londoner Gericht im Februar 1976 eingestellt worden.

Der politische Hintergrund für die Aktion in London war ein Bericht in den offiziellen iranischen Zeitungen vom 19. April 1975, wonach in jenen Tagen 9 politische Gefangene erschossen worden waren; die Inhaftierten sollten angeblich aus einem Gefängnis in Teheran in ein anderes überführt werden. Bei dem „Fluchtversuch" zweier Gefangener sei es zu einer Schießerei gekommen, die den Tod aller neun Betroffenen zur Folge hatte.

Dieser offiziellen Darstellung konnte man keinen Glauben schenken, da die Gefangenen bei einer Umquartierung einer Leibesvisitation unterzogen und an Händen und Füßen gefesselt werden, so daß sie weder Waffen bei sich führen noch fliehen können.

Außerdem: wie können bei dem „Fluchtversuch" von zwei Gefangenen weitere sieben – übrigens von „Amnesty International" betreute – erschossen werden?

Zum Schutz der Profitinteressen des internationalen Kapitals wird das Schah-Regime mit Waffen, Geheimdienstberatern und politischer Rückendeckung unterstützt.

Die Unterstützung des faschistischen Schah-Regimes durch die SPD/FDP-Bundesregierung ist, so meine ich, ein Angriff auf alle antifaschistischen Bewegungen, vor allem aber auf die CISNU.

In der Begründung der zweiten Verfügung werden ähnliche ‚Fakten' zur ‚Beweisführung' herangezogen.

Sie halten sich seit Dezember 1966 in der Bundesrepublik Deutschland als Student auf. Ihr Studium haben Sie bisher nicht abgeschlossen.

Nach vorliegenden Erkenntnissen sind Sie am 27. Januar 1976 in die Räume des iranischen Rundfunk- und Fernsehstudios in Paris eingedrungen und haben diese Räume gemeinsam mit anderen Landsleuten besetzt.

Dieser Tatbestand ist ein Ausweisungsgrund gem. § 10 Abs. 1 Ziff. 11 des Ausländergesetzes, da er die Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zu Ihrem Heimatland erheblich stört. Von einer Ausweisung wird jedoch vorerst abgesehen, um Ihnen die Möglichkeit zu geben, Ihr Studium hier abzuschließen. Ihre Aufenthaltserlaubnis war zur Vermeidung weiterer Störungen öffentlicher Belange der Bundesrepublik Deutschland auf Ihren Studienort und die nähere Umgebung zu beschränken. Damit ist die Fortführung Ihres Studiums gewährleistet.

Ich beziehe mich hier nur auf den wesentlichen „Tatbestand" – die Teilnahme an der Besetzung des iranischen Rundfunk- und Fernsehstudios in Paris.

Die CISNU sah sich zu dieser Protestaktion veranlaßt, nachdem die Verfolgungen und Hinrichtungen Oppositioneller im Iran derart zugenommen hatten, daß zu Beginn des Jahres 1976 innerhalb kürzester Frist 20 Menschen der Terror-Maschinerie des Schah-Regimes zum Opfer fielen. Binnen fünf Tagen (23.1.1976 bis 21.1.1976) wurden 16 Männer und vier Frauen offiziell hingerichtet, hinterrücks auf offener Straße bzw. in ihrer Wohnung umgebracht oder zu Tode gefoltert.

Für die „Straftat", gegen diesen Terror zu protestieren, verhängt der Oberbürgermeister von Giessen eine Verfügung, die die Bewegungsfreiheit einschränkt. Damit werden die Grundrechte eines Menschen verletzt, dessen antifaschistische Aktivitäten sich durchaus im Rahmen gegebener demokratischer Mittel bewegten.

Mit diesen Verfügungen und indem sie die Ausweisung aus der BRD androhen, machen sich die westdeutschen Behörden zu Helfern eines Regimes, gegen das, so Carola Stern im „Weltspiegel" am 31. Januar 1976, „das Franco-Regime geradezu menschenfreundlich" war.

Rahim R. Oskui

Leserbriefe

Ich wollte Euch schon lange mal für Euren regelmäßigen Service und die wirklich ausgezeichneten Informationen in den Heften danken. Je länger wir hier in Nigeria sind, desto mehr merken wir, daß gerade solche Informationen über die Dritte Welt, über die Beziehungen der Bundesrepublik zu diesen Ländern und über die ganzen Zusammenhänge wichtig sind. Vor 2 Wochen haben wir seit etwa einem halben Jahr mal wieder den Spiegel gelesen und haben ziemlich einstimmig gesagt: „Mensch, Sorgen haben die in Deutschland". Wobei wir natürlich nicht meinen, daß der Spiegel unbedingt die Meinung der Mehrheit der Bevölkerung ausdrückt und auch nicht unbedingt über die wesentlichen Vorgänge in der Welt informiert.
Immer wieder erschüttert es uns sehr, wenn wir sehen, wie wenig die westliche Presse über Afrika berichtet, und wenn überhaupt, was für einen widerlichen und rassistischen Krampf die dann von sich gibt. Es fragt sich nur noch, wie lange die sich's noch leisten können, Afrika und die restliche 3. Welt zu verschweigen. Hier ist so viel in Bewegung, und der Druck auf die Industrieländer wird trotz aller Abhängigkeiten immer stärker werden.
Selbst das noch so kapitalistische Nigeria hat sich aufgerafft, zumindestens außenpolitisch, den USA den Rücken zuzukehren. Nigeria hat Mozambique, wie Ihr vielleicht wißt, jetzt finanziell unterstützt wegen der Grenzschließung zu Zimbabwe.

Elisabeth Lauck
Ibadan/Nigeria

In der 53. Ausgabe Ihrer „Blätter des IZ3W" berichteten Sie über die Verhaftung von 2 Studenten in Freiburg. Wenn die Verhaftung wirklich genauso geschehen ist, wie Sie es beschrieben haben, so würde ich das als „Schande" für die Polizei und unseren ganzen Staat bezeichnen. Aber, ehrlich gesagt, ich halte es nicht für möglich, daß jemand ohne wirklichen Grund verhaftet wird und dann auch noch unter den beschriebenen Haftverhältnissen bleiben muß. Es wird doch so oft von einer „menschengerechten" Haft gesprochen. Ist eine winzige, primitive Zelle „menschengerecht? Haben Sie hier etwas übertrieben, oder bringen die öffentlichen Medien und andere Zeitschriften nur falsche Berichte und Meldungen? Außerdem möchte ich Sie noch fragen, warum Sie meist nur weitumspannende Berichte über Afrika bringen. Die Informationen über Lateinamerika sind dagegen häufig nur sehr knapp. Zum Schluß möchte ich auch noch kritisieren, daß Sie manchmal nicht objektiv genug sind! Des öfteren haben Sie schon, direkt oder indirekt, das Verhalten der BRD kritisiert. Ich habe mich bei einigen Ländern der Dritten Welt näher informieren lassen und stellte fest, daß die Kritik manchmal nicht ganz berechtigt war.

Jutta Lohrsträter
Hamm-Bockum-Hövel

Wir wollen nur kurz zu dem Punkt „Verhaftungen in Freiburg" Stellung nehmen und neue Information liefern.

1. Die beiden Verhafteten sind freigelassen worden; die Staatsanwaltschaft hat jedoch dagegen Beschwerde eingelegt; die Entscheidung steht noch aus. Der Anklagepunkt „schwerer Raub" wurde fallengelassen, da es nach Ansicht der Justiz keinen Beweis dafür gibt, daß die Angeklagten Eigentum illegal an sich bringen wollten. Die anderen Anklagepunkte bestehen weiter. Die Freilassung bedeutet also nicht, daß die beiden Studenten nicht mehr vor Gericht gestellt werden.
Dazu ist noch zu bemerken, daß die Verhaftungen ein großes Aufsehen in Freiburg erregt haben und daß es zu einer breiten Solidarität für die Beschuldigten gekommen ist.

2. Unserer Ansicht nach waren diese Verhaftungen politisch motiviert und müssen im Zusammenhang mit der verschärften Repression in der BRD gesehen werden. Wenn jemand von vornherein annimmt, daß die Rechtsprechung in einem demokratischen Staat „objektiv" sei, ist das ein realitätsblinder Irrtum.

3. Was die „menschengerechte Haft" betrifft, so dürfte allgemein bekannt sein, unter welchen Bedingungen die Straf- und Untersuchungsgefangenen leben müssen. Dabei ist es reine Ansichtssache, mit welchen Adjektiven man diese Verhältnisse beschreibt. Die Kriterien, wonach man eine Haft als „menschengerecht" bezeichnen kann, haben leider einen breiten Spielraum. Hierzu ist noch zu bemerken, daß die Untersuchungsgefangenen den Strafgefangenen gegenüber besser gestellt sind, da sie als nicht schuldig zu behandeln sind.

4. Was die Massenmedien über Strafvollzug, politische Verhältnisse oder anderes berichten, ist abhängig vom jeweiligen Standpunkt des Autors und des Herausgebers. Berichte über dieselbe Sache in verschiedenen Massenmedien sind verschieden (um das festzustellen, braucht man nur zu vergleichen). Dabei ist die Berichterstattung keineswegs objektiv, sondern manipuliert, oft sogar unwahr. Wenn das nicht so wäre, würde sich auch die Herausgabe der „blätter des iz3w" erübrigen.
Der Aktionsausschuß für die Freilassung von Bernhard und Jost wird demnächst eine Dokumentation herausgeben, worin ausführlicher auf die Hintergründe und Folgen dieser Verhaftungen eingegangen wird. Dies nur als Hinweis für diejenigen, denen die Verhaftungen unglaubwürdig erscheinen.

Red.



Ich bedanke mich hiermit für die kostenlose lieferung der „blätter des iz3w" und möchte euch bitten, diese lieferungen einzustellen.
der grund dafür ist, daß mir die tendenz eurer zeitschrift nicht mehr gefällt. ich meine, daß ihr euch durch eure arbeit objektiv zum steigbügelhalter des russischen großmachtchauvinismus gemacht habt.

Gerhard E. Müller
Hamburg

Rezensionen

Albrecht u.a.: Rüstung und Unterentwicklung

U. Albrecht, D. Ernst, P. Lock, H. Wulf:
Rüstung und Unterentwicklung, rororo aktuell Taschenbuch Nr. 4004, 244 Seiten, 6,80 DM

Aufrüstung ist in den industrialisierten Staaten (Metropolen) längst zu einem festen Bestandteil der staatlichen Ausgaben geworden. So erreicht der bundesdeutsche Verteidigungshaushalt auch dieses Jahr wieder 25 % der Gesamtausgaben. Doch dieser Prozentsatz nimmt sich noch verhältnismäßig bescheiden aus, vergleicht man ihn mit den Rüstungsaufwendungen von peripheren Ländern, denen damit ein beträchtlicher Teil ihrer Ressourcen für Entwicklungsaufgaben verlorengeht.
Diese augenscheinlich paradoxe Situation wird in dem Buch „Rüstung und Unterentwicklung" mit dem Ziel untersucht, Zusammenhänge herauszufinden und detailliert zu beleuchten. Die Autoren sind Mitarbeiter eines Projektes der Deutschen Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung (DGFK). Obwohl es außerordentlich schwierig ist, exakte Informationen über den Rüstungssektor zu erhalten, wurde an dem Buch sehr sorgfältig gearbeitet. Das Literaturverzeichnis ist über 60 Seiten lang.
Die ersten beiden Kapitel beschäftigen sich theoretisch mit Rüstung und Unterentwicklung:
Im ersten Kapitel „Militär und Unterentwicklung" werden die Interessen industrialisierter, kapitalistischer Länder aufgezeigt, Waffen und Waffensysteme zu exportieren. Da findet sich in einer Auflistung von Fragen zur Optimierung bei der Vergabe von US-Militärhilfe folgender Punkt, der zukünftige Exporte stimulieren soll:
„Wird Militärhilfe (auch so) vergeben, daß sie als Mittel zur Marktöffnung für (künftige) Rüstungskäufe des Empfängerlandes wirkt?"
Wie auf Kosten peripherer Länder gleichzeitig noch globalstrategische Interessen metropolitaner Mächte zur Rohstoffischerung durchgesetzt werden, wird später am Beispiel Iran verdeutlicht.
In einer knappen geschichtlichen Darstellung wird gezeigt, daß die militärischen Strukturen der nichtindustrialisierten Länder häufig den Interessen der Metropolen noch entgegenkommen: „Die Militärapparate wurden in aller Regel relativ reibungslos von kolonialen Herrschafts- und Unterdrückungsinstrumenten in sogenannte nationale Streitkräfte umgewandelt oder waren wie im Falle Lateinamerikas, stark an das Militär einer europäischen Nation angelehnt." (Die Autoren gehen in ihrem Buch nicht auf sozialistische Länder ein). Da sich das Militärpersonal nicht geändert hat, werden sich die politischen Vorstellungen auch nur selten verändert haben. Militärs sitzen in vielen Entwicklungsländern an den Hebeln der Macht. Da eigene Entwicklungsvorstellungen fehlen, übernimmt man die Leitvorstellungen der Metropolen und öffnet das Land gegenüber diesen Mächten weitgehend. Der Import von Rüstungsprodukten zur „Sicherung" des Landes nach außen und innen bedeutet eine hohe Belastung des Devisenhaushaltes und – aufgrund notwendiger Folgekäufe – eine dauernde Abhängigkeit der peripheren Länder, die mit Unterentwicklung verbunden ist.
Deshalb wurden in manchen Ländern schon frühzeitig Versuche unternommen, durch eigene Rüstungsproduktion und -entwicklung unabhängiger zu werden und Devisen zu sparen. Damit beschäftigt sich das zweite Kapitel: „Rüstungsproduktion in peripheren Ländern":
Zum Aufbau einheimischer Rüstungsindustrie wird im Prinzip immer nach folgendem theoretischen Muster vorgegangen:

1) Einrichtung von Reparatur- + Wartungskapazitäten für importierte Waffensysteme
2) Erwerb von Produktionslizenzen + Montage von importierten Teilen
3) Zusätzlich lokale Fertigung der weniger komplexen Teile
4) Schließlich lokale Fertigung des kompletten Waffensystems + Eigenentwicklungen.

Das Buch macht klar, daß es bisher keinem peripheren Land (sozialistische Länder werden nicht berücksichtigt) gelungen ist, die Zielvorstellungen einer völligen Unabhängigkeit in der Rüstungsproduktion zu erreichen. Dafür werden Gründe angegeben:

1) meist ist die nötige Schwerindustrie nicht vorhanden
2) eine entsprechende Infrastruktur fehlt (Der aufwendige Bau einer auf militärische Anforderungen ausgerichteten Infrastruktur verschlechtert häufig zusätzlich die finanzielle Lage des Landes, da keine Kosten/Nutzenrechnung für die zivile Nutzung aufgestellt wird)
3) technisches know how fehlt speziell in Bereichen mit hoher Innovationsrate
4) das knapp überdurchschnittlich qualifizierte Fachpersonal wird in einem toten Produktionszweig aufgesogen, so daß es für Entwicklungsaufgaben fehlt.
5) Die Produktionskosten liegen für Indien – selbst bei 70-%iger Eigenfertigung und niedrigsten Löhnen – fast doppelt so hoch wie bei vergleichbaren Produkten auf dem Weltmarkt. (Zu geringe Stückzahlen, Import der komplexen Bauteile von Rüstungsmonopolen zu überhöhten Preisen).

Ein interessanter Gesichtspunkt des Buches ist zudem, daß Länder wie Iran, Brasilien, Südafrika und Indien überproportional viel mit Leichtpanzern und Leichtflugzeugen aufgerüstet haben, die speziell zur Bekämpfung von Aufständischen im eigenen Land geeignet sind.
Weitere drei Kapitel konkretisieren die aufgestellten Thesen anhand von Beispielen; Iran, Indien und Griechenland/Türkei.
In einem kurzen geschichtlichen Abriß erhält man einen Überblick über die Situation des jeweiligen Landes während der letzten hundert Jahre. Dann werden sehr sorgfältig und detaillierte Angaben über Rüstungsimporte (Zahl, Typ, Herkunft, Zeitpunkt und Bedingungen der Materialkäufe), über den Transfer von Wartungs- und Produktionseinrichtungen, Arbeit und Zahl von ausländischen Beratern im Rüstungswesen und den jeweiligen Stand der Importsubstituierung durch Eigenproduktionen gemacht. Dabei wird versucht,

die verstärkte Rüstung in ein Gesamtbild der politischen Situation des betreffenden Landes einzuordnen.
Beispiel Iran: Die Rüstungsinvestitionen lagen 1975 über denen der BRD. Hierbei verfährt der Westen nach der sehr einträglichen Devise: Waffen gegen Öl. Über 300 Jagdflugzeuge der Typen F-4 D/E von McDonnel-Douglas sowie F-5E Tiger II von Northrop und außerdem ein halbes Tausend Militärhubschrauber wurden gekauft. Weiterhin sind 80 Kampfflugzeuge F-14 Tomcat der Firma Grumman, der modernste Typ des Westens, in Auslieferung, der gerade auch erst in der US-Army eingeführt wird. Diese Lieste ließe sich noch erheblich erweitern! Der militärstrategische Aktionsradius Irans geht damit noch über die Subregion des Golfes hinaus. Iran nimmt damit, ganz im Sinne der Nixon-Doktrin, die Rolle des regionalen Golfpolizisten wahr und unterstützt so die Interessen der USA zur Rohstoffsicherung.

Das Buch ist unbedingt lesenswert. Es ist auch gut geeignet zur Behandlung im Oberstufenunterricht.

höw

Strahm: Überentwicklung – Unterentwicklung

REZENSION

Rudolf H. Strahm,
Überentwicklung – Unterentwicklung: Werkbuch mit Schaubildern und Kommentaren über die wirtschaftlichen Mechanismen der Armut; Nürnberg 1975, 128 Seiten.

Inhalt und Aufbau:
Strahm zeigt den wirtschaftlichen Zusammenhang zwischen dem Reichtum der Industrieländer und der Armut der Entwicklungsländer auf. Um die „Mechanismen der Armut" darzustellen, geht er auf zwei Aspekte ein, nämlich auf die abhängige Stellung der Entwicklungsländer im Weltwirtschaftssystem und auf die Klassengegensätze in diesen Ländern selbst. Er fordert zwar die Solidarität mit den armen Massen in den Entwicklungsländern, lehnt aber deren Integration in die bestehende Weltwirtschaft schon im Vorwort ab, da er darin eher ein Hemmnis als einen Motor für die weitere Entwicklung sieht.
Nachdem Strahm in Kommentaren und Schaubildern eine Fülle von Material zu zahlreichen Einzelaspekten seines Themas gebracht hat (vgl. Kasten), Material, das zumeist aus offiziellen Quellen stammt, wirft er auf den letzten Seiten seines Buches die Frage nach der Überwindung von Unterentwicklung und Armut auf und stellt dabei drei mögliche Strategien bzw. wirtschaftspolitische Rahmensysteme vor:

- **die liberale Weltwirtschaftsordnung**, was soviel heißt wie:
  - Festhalten am heutigen Zustand und weitere Integration der Entwicklungsländer in die bestehende Weltwirtschaft
  - Schaffung eines möglichst guten Investitionsklimas in der Dritten Welt
  - Vergabe von Entwicklungshilfe als Mittel zur Absatzförderung und Markterschließung in den Entwicklungsländern.

ÜBERENTWICKLUNG / UNTERENTWICKLUNG

- Der Energieverbrauch als Maßstab für Fehlentwicklung
- innere Einkommensverteilung in den Entwicklungsländern
- eine halbe Milliarde Menschen lebt unter dem Existenzminimum
- Industriewachstum verursacht Landflucht und städtische Slums

WELTHANDEL

- Rohwaren aus Entwicklungsländern unterliegen Preisschwankungen
- wie funktioniert die Spekulation?
- Kaufkraftverluste für die Entwicklungsländer
- wenige Konzerne beherrschen einzelne Warenmärkte
- die Vorzugszölle nützen nur den reichen Entwicklungsländern
- der Handel zwischen den Entwicklungsländern wird zurückgedrängt

WELTERNÄHRUNG

- große Unterschiede im Getreideverbrauch pro Kopf
- Getreideverschwendung durch Fleischproduktion
- Nahrungsmittel der Armen als Futter für das Vieh der Reichen
- Unterernährung ist ein Verteilproblem auch innerhalb der Länder
- die amerikanische Landwirtschaft kann nicht Vorbild sein

INDUSTRIALISIERUNG

- Industrialisierung beschäftigt wenig neue Arbeitskräfte
- Industrialisierung verdrängt Arbeitskräfte im Gewerbe
- mittlere oder angepaßte Technik ist ein Schlüssel zu breiter Beschäftigung
- die Industrieproduktion wird in Billiglohnländern ausgelagert
- multinationale Konzerne sind mächtiger als Entwicklungsländer
- Industrieprodukte sind für die Armen zu teuer und können schaden
- Transfermanipulation dient dem Verstecken von Gewinnen

FINANZBEZIEHUNGEN

- Entwicklungshilfe ist langfristig im Sinken
- Entwicklungshilfe hat die Landwirtschaft vernachlässigt
- Entwicklungshilfe wird nach strategischen Gesichtspunkten ausgerichtet.
- was den Entwicklungsländern von Kapitalhilfe und Krediten übrigblieb
- Rückflüsse in deutsche Privatwirtschaft sind größer, als Hinflüsse
- das internationale Währungssystem benachteiligt die schwachen Länder

- **die „Neue Weltwirtschaftsordnung"**; in ihr wird gefordert:
  - ein Recht der Entwicklungsländer auf Zusammenschluß zu Produzentenkartellen
  - gerechtere Austauschverhältnisse im internationalen Handel
  - Nationalisierung der ausländisch beherrschten Betriebe
  - Abbau von Zollschranken
  - Zahlungen der reichen Länder an die armen.
- **Strategie der Lösung**; sie würde bedeuten:
  - einen weitgehenden Abbau der Wirtschaftsbeziehungen zu den westlichen Industrieländern
  - die Entwicklung eines nationalen Marktes
  - die Förderung des Handels zwischen den Entwicklungsländern durch regionale Integrationszonen.

Die Klasse, die in den Industrieländern das Kapital und die herrschenden Ideen kontrolliert, wird großes Interesse haben, an der bisherigen liberalen Wirtschaftsordnung festzuhalten. Würde sich die vor allem von der UNO bzw. „Gruppe der 77" auf der UNCTAD propagierte „Neue Weltwirtschaftsordnung" durchsetzen, so würde das fast ausschließlich den Oberschichten der Entwicklungsländer zugute kommen. Nur bei der letztgenannten Strategie wäre eine Änderung der Lage der armen Massen zu erwarten. Da der Autor in seinem Vorwort deutlich macht, daß gerade sie unsere Solidarität brauchen, ist sein Votum für die Strategie der Loslösung eindeutig.

Didaktisch ist das Buch ausgezeichnet aufgebaut. Es besteht aus 54 Schaubildern, die mit einem kurzen und verständlichen Text erläutert werden. Speziellere Aspekte des Themas werden kleingedruckt behandelt, so daß jeder, der nicht so viel Zeit hat, sofort überblicken kann, was wichtig ist. Man kann außerdem jedes Schaubild für sich lesen, d.h. es ist nicht nötig, das Buch von vorne bis hinten durchzulesen, um die Zusammenhänge zu verstehen. Es erhält so geradezu den Charakter eines Nachschlagewerkes.

Verwendbarkeit: Obwohl das Buch wegen seiner stichwortartigen Anlage die einzelnen Themen nur anreißt, wird es für alle, die Bewußtseinsarbeit auf diesem Gebiet machen und Neulinge in die Problematik einführen wollen, eine unentbehrliche Hilfe sein. Vor allem jetzt, wo die Diskussion um die „Neue Weltwirtschaftsordnung" voll im Gange ist, kann das Buch schnell zum Standardwerk werden. Ob für den Unterricht, für das Schreiben von Wandzeitungen, für entwicklungspolitische Aktionen, für das Vorbereiten von Diskussionen oder als Argumentationshilfe für die Auseinandersetzung mit Leuten, die eine Abhängigkeit der Dritten Welt leugnen, immer ist das Buch eine Stütze. – Es ist vor allem deshalb so brauchbar, weil es komplexe Zusammenhänge wie z.B. die Finanzbeziehungen zwischen Industrieländern und Entwicklungsländern einfach und klar darstellt, ohne in ein plakatives und stark vereinfachendes Behaupten abzurutschen. Bestechend ist weiterhin die Sachlichkeit, die der Autor walten läßt: er verwendet im wesentlichen offizielle, bzw. offiziöse Daten der UNO, UNCTAD, Weltbank und anderer internationaler Organisationen. Der Vorwurf einseitiger Unzuverlässigkeit kann dem Buch daher kaum gemacht werden. Die Schaubilder sind so ausgewählt, daß sie weitgehend für sich allein sprechen, ohne noch eines Kommentars zu bedürfen.
Dennoch ist das Buch keineswegs wertfrei. Der kritische Standpunkt des Autors, der in der internationalen ökonomischen Abhängigkeit und den Klassengegensätzen innerhalb der Entwicklungsländer die Ursachen für Unterentwicklung und Elend erkennt, kommt klar zum Ausdruck.

Kritikpunkte: Bedauerlich ist, daß der Autor bei der Kürze seiner Kommentare, keine weiterführenden Literaturangaben macht. Für die meisten Leser wäre es sicher eine große Hilfe, wenn Möglichkeiten zur weiteren Information angegeben würden, um sich tiefer in die Problematik einzuarbeiten. In den Schaubildern stecken einige kleinere Mängel und Ungenauigkeiten: so ist z.B. nicht klar, ob auf S. 16/17 Einkommen oder Verbrauch verglichen werden. Bei der Gegenüberstellung von zwei Entwicklungskonzepten (S. 28/29) stellt der Autor die Kritik am zweiten Modell nicht in Frage, obwohl das wichtig wäre, denn sie behauptet, die Grundbedürfnisse des Menschen seien nicht bestimmbar. Hier hätte man sich außerdem gewünscht, daß Strahm sich klar für das zweite Konzept entscheidet.
Die Gefahr, daß mit seinem Buch ein „einseitig ökonomistisches Weltbild" gefördert werden könnte, spricht der Autor in seinem Vorwort selbst an. Denn Bereiche wie Kultur, Lebensstil, politische Unterdrückung etc. mußten außer Acht gelassen werden, um das Buch nicht zu verwirrend zu machen. Warum auch ein so oft zitiertes Problem wie das Bevölkerungswachstums nicht angeschnitten wird, leuchtet nicht ein. Abschließend ist zu sagen, daß das Buch sehr zu empfehlen ist und eigentlich jeder, der sich in irgendeiner Weise mit der Problematik beschäftigt, es sich anschaffen sollte. Billig ist es im Übrigen auch noch.

Das Buch ist im Buchhandel erhältlich. Um eine weite und gezielte Verbreitung zu sichern, haben verschiedene Organisationen Sonderdrucke davon erstellen lassen, teils mit eigenem Vorwort. Es kann bezogen werden bei:
- Deutsche Welthungerhilfe, Adenauerallee 49, 5300 Bonn;
- Brot für die Welt, Stafflenbergstr. 76, 7000 Stuttgart 1;
- MISEREOR, Mozartstr. 11, 5100 Aachen.

Bei den genannten Institutionen erhält man gegen Rückporto Ansichtsexemplare kostenlos. Bei Sammelbestellungen wird pro Exemplar 2,– DM verlangt.

hiwe

KLEINANZEIGEN

Unter dieser Rubrik drucken wir kostenlos nichtkommerzielle Kleinanzeigen ab. Bitte reichen Sie Ihre Anzeigen maschinengeschrieben und mit Ihrer vollen Adresse ein. Die maximale Länge beträgt fünf Druckzeilen. Eine Haftung für eventuelle Fehler wird nicht übernommen.



Wir haben uns Ende Januar als ‚Arbeitsgruppe Ecuador' konstituiert, wir sind zum größten Teil ecuadorianische Studenten, es arbeiten aber auch Leute aus anderen lateinamerikanischen Staaten mit.

Unsere Kontaktadresse:

Arbeitsgruppe Ecuador
c/o Miguel Yaulema
Akazienstraße 23
1000 Berlin 62

Projektbereich Dritte Welt

HANDBUCH DES ENTWICKLUNGSPOLITISCHEN FILMS

Am 1. Juni 1976 erscheint das HANDBUCH DES ENTWICKLUNGSPOLITISCHEN FILMS
Auf ca. 350 Seiten enthält es:
Ein nach Ländern geordnetes Verzeichnis von rund 500 Entwicklungspolitischen Filmen, die in öffentlichen Verleihstellen (Landesfilmdienste, Landes- Kreis- und Stadtbildstellen, katholische und evangelische Medienzentralen u.ä.) angeboten werden.
Zu jedem Film werden eine kurze Inhaltsangabe, die wichtigsten technischen Daten und die Bezugsquellen angegeben.
Etwa 250 dieser Filme werden einer ausführlichen Kritik unterzogen, die sich vom Standpunkt einer antiimperialistischen „Dritte-Welt"-Arbeit aus mit den Intentionen und Inhalten der Filme auseinandersetzt; als einheitlicher Maßstab wurde dabei ein Kriterienkatalog zugrundegelegt, der sowohl inhaltliche als auch formale Aspekte berücksichtigt. Einem großen Teil dieser Besprechungen sind ergänzende und/oder alternative Materialhinweise, sowie Anleitungen für den Einsatz im Unterricht angefügt.
Ein Anhang enthält weitere 165 Filmtitel mit kurzer Inhaltsangabe, technischen Daten und Bezugsquellen von zumeist politischen Filmverleihen.
Verschiedene Beiträge im ersten Teil des Handbuchs befassen sich mit spezifischen Aspekten der Medientheorie und Medienpraxis, insofern sie bei der Arbeit mit entwicklungspolitischen Filmen im Unterricht und in der Erwachsenenbildung von Bedeutung sind.
Ein weiterer Beitrag, verbunden mit einem Anschriftenverzeichnis der Verleihstellen, liefert alle Informationen, die für die Filmbestellung von Bedeutung sind.

Für das ca. 350 Seiten starke kartonierte Buch erbitten wir einen Unkostenspendenbeitrag von 6,00 DM.

Lieferung erfolgt gegen Vorauszahlung von 7,– DM (der Betrag enthält 1 DM für Porto) auf das Konto Vermögensverwaltung der KDSE, Projektbereich Dritte Welt, PSchA Köln 207 992, Briefmarken oder Scheck.
Bei größeren Bestellungen wird auf Anfrage Rabatt gewährt.
An die
AGG (Projektbereich Dritte Welt)
Rheinweg 34
5300 Bonn

Ich bestelle . . . . . Exemplare des Handbuchs
DES ENTWICKLUNGSPOLITISCHEN FILMS
Den Betrag von . . . . . . DM habe ich auf das o.g. Konto überwiesen.

....
(Name) (Straße)

....
(Ort) (Unterschrift/Datum)

antimilitarismus information

Die ami bringt jeden Monat:

- Informationen, Zahlen, Fakten zu Bundeswehr, NATO, Wirtschaft & Rüstung, Kriegsforschung, Notstandsmaßnahmen ...; Kriegsdienstverweigerung, Zivildienst, Abrüstung ... usw.
- juristische Neuigkeiten zu Wehrpflicht- und Soldatenrecht, Aktionsrecht, Recht auf Kriegsdienstverweigerung etc.
- Theorieresultate: Analysen über Hintergründe und Tendenzen des Militarismus; Besprechungen wichtiger neuer Bücher

Für alle, die praktisch gegen den Militarismus arbeiten.

Jedes vierte Heft ist ein Themenheft mit Doppelumfang. Noch zu bekommen:

Zivildienst, Friedenserziehung, Bundeswehr und Grundgesetz, Soldatenrechte, Zahlen, Europäische Sicherheit

1 Heft kostet 1,30 DM
1 Doppelheft 2,60 DM
Jahresabonnement 19,50 DM.

Für Gruppen und Wiederverkäufer günstiger Rabatt ab 10 Exemplaren.
Die ami läßt sich fortlaufend sammeln und ergibt mit der Zeit ein Informationshandbuch für die antimilitaristische Praxis.

Kostenloses Probeexemplar:

Brigitta Gründing
Nördliche Auffahrtsallee 20
8000 München 19

DRITTE – WELT – WOCHE IN WEIDEN

Der Dritte-Welt-Arbeitskreis der Kirchlichen Jugendpflegestelle Weiden veranstaltet vom 1. bis 4. Juli 1976 in Weiden in der Oberpfalz eine Dritte-Welt-Woche. Er wird dabei vom Regensburger Arbeitskreis für Solidarität und Partnerschaft mit den Menschen in der Dritten Welt (SuP), von Aktion 365 Weiden und vom Stadtjugendring Weiden unterstützt.

Mit einem Bildungsseminar, einer Ausstellung, dem Theaterstück „Tribunal 1982" und zahlreichen Filmen möchte der Arbeitskreis auf die Ungerechtigkeiten im Welthandel und auf die Schuld der Industrieländer an der wirtschaftlichen Unterentwicklung der Dritten Welt hinweisen. Auch hat man sich zum Ziel gesetzt, auf den Abbau der bei uns immer noch herrschenden gönnerhaften Spendermentalität hinzuarbeiten.

Die Kontaktadresse lautet:
Kirchliche Jugendpflegestelle Weiden
Dritte-Welt-Arbeitskreis
Adolf-Kolping-Platz 1, 8480 Weiden
Tel. 0961 – 33008